

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



7. September 1985
Jg. 6 Nr. 18

G 7756 D

Preis:
2,50



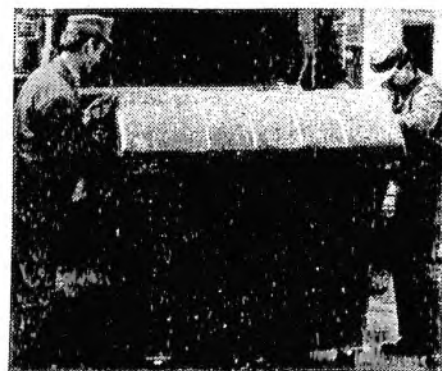
Vor fünf Jahren: Militärputsch in der Türkei



Sozialhilfe: DGB: Gegen Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, aber "christliche" Aufweichung wichtiger DGB-Positionen Seite 4



Müller-Gutachten zum Arbeitskampfrecht: Kampfstarke Tarifgebiete und Belegschaften sollen gebrochen werden Seite 10



Müllabfuhr: Lohnsenkung, Intensivierung und Gebührenanhebung Seite 23

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Sozialhilfe: DGB gegen Zwangsarbeit, aber Aufweichung wichtiger Positionen 4

Antifolterkonvention: Bundesregierung will Zusatzprotokolle 7

Marine: Der BRD-Flotte soll es an nichts fehlen 7

Wohnungsbau: Weitere Mieterhöhungen und Eigentumsumwandlung 8
Die Reaktion versucht, Gemeinnützige zu beseitigen 9

Arbeitskampfrecht: Kampfstarke Tarifgebiete und Belegschaften sollen gebrochen werden. 10
Aus dem Müller-Gutachten 11

Auslandsberichterstattung

Kurdistan: Interview mit Feyka Kurdistan 12

Israel: Hintermänner Kahanes... 13

Älrika: Wird Kap Verde wieder grün? 14

Brasilien: IWF erzwingt Haushaltsänderungen 14

Frankreich: Kaum Kritik an Atompolitik 15

Jugoslawien: Schuldenabbau mit der EG? 15

Internationale Meldungen 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen
DIHT zur Berufs- und Weiterbildung 18
Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz 18
Arbeit, die krank macht 18
Linke Sozialdemokraten zur SPD-Programmdiskussion 18

Vorruhestand: Bewertung des Chemietarifvertrages 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

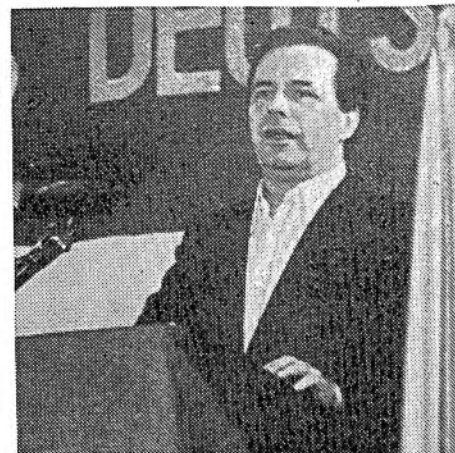
Antifaschismus: Ruhrgebiets-treffen erörtert Zusammenarbeit 22

Asyl: Reaktion bläst zur Hatz auf Asylbewerber 22

Müllabfuhr: Lohnsenkung, Inten-

Ernst Aust gestorben

Am 31. August wurde Ernst Aust in Müden/Aller beerdigt. Viele Genossinnen und Genossen, die Ernst Aust aus seiner jahrzehntelangen Arbeit für die proletarische Sache kannten, waren zur Beerdigung gekommen. Revolutionäre und fortschrittliche Organisationen unterschiedlicher Richtung schickten Delegationen. Ernst Aust lebte zu einer Zeit, die für die revolutionäre Bewegung in der BRD schwierig war und ist. Wir bedauern sehr, daß Genosse Aust, der im Alter von erst 62 Jahren starb, seine Erfahrungen und seine Sicht der Ereignisse nicht mehr niederschreiben konnte.



Stationen seiner Arbeit waren nach der Rückkehr aus der englischen Kriegsgefangenschaft die Arbeit für die KPD, die er auch nach dem Verbot im Jahre 1956 fortsetzte, seine Redaktionstätigkeit für die in Norddeutschland verbreitete Zeitung "Der Blinkfuer", seine Parteinahme für die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und für die Kritik des modernen Revisionismus, 1967 die Gründung der Zeitung "Roter Morgen", 1968/69 die Gründung der KPD/ML, 1980 die Gründung der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Mitglieder und Leitungen des BWK konnten Ernst Aust in einer seit 1981 dauernden Zusammenarbeit, die über die Bundestagswahlkandidatur 1983 zur Einrichtung der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG(NHT), KPD, PA und zur Herausgabe der "Gemeinsamen Beilage" durch diese Organisationen geführt hat, schätzen lernen.

Prinzipienhandel war ihm verhaßt, stets war er jedoch bestrebt, die Zusammenarbeit von Kräften, denen der Bezug auf die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse gemeinsam ist, über Kontroversen nicht abreißen zu lassen.

Bund Westdeutscher Kommunisten — Zentrales Komitee

Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykott gegen Apartheid! Aufruf zur zentralen Demonstration am 21.9.85 in Bonn

Südafrika brennt. Die Grundfesten des unmenschlichen Apartheidsystems sind erschüttert. Der Widerstand des südafrikanischen Volkes wächst weiter an: Geschäfte der Weißen werden boykottiert, lokale Apartheidstrukturen zerstört, Unternehmen massiv bestreikt. Die Regierung kann auf traditionelle Weise nicht mehr weiter regieren. Immer mehr unterdrückte Südafrikaner wollen eine radikale Veränderung. Sie lassen sich durch leere Reformversprechen nicht ködern. Das Apartheidregime, dieses "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (UNO-Konvention von 1973), kann sich nur noch durch offenen Terror aufrecht erhalten:

Allein während des letzten Jahres erschossen die Rassisten in Südafrika 620 Menschen — Bewohner der Vorstädte der Schwarzen, Schüler, streikende Arbeiter. Nach Verhängung des Ausnahmezustands am 20.7.85 nahm das Regime über 2000 Südafrikaner fest — Kirchenvertreter, Gewerkschafter, Frauen, Männer und Kinder, deren Schicksal Einschüchterung, Bedrohung, Folter, Mord heißt. Allein in den letzten Tagen wurden Hunderte von Jugendlichen und Kindern ohne Rücksicht auf ihr Alter wegen ihres Widerstands gegen die rassistische Schulerziehung ins Gefängnis geworfen.

Sie alle bringen diese Opfer für die gesamte Menschheit, denn Apartheid ist eine Bedrohung des Weltfriedens.

Pretoria führt nicht nur Krieg gegen das südafrikanische Volk. Seit 1966 hält es völkerrechtswidrig Namibia besetzt und führt eine brutale Kolonialherrschaft über das Volk Namibias, die vor 101 Jahren unter dem deutschen Kaiserreich begann. Pretoria hat Namibia zum militarisiertesten Territorium der

heutigen Welt gemacht. Die am 17. Juni 1985 in Windhuk eingesetzte Marionettenregierung ist der jüngste Versuch des Rassistenregimes in Südafrika, seine Herrschaft über das namibianische Volk zu verfestigen. Die Verhaftung von 52 SWAPO-Mitgliedern am 26.8.85, dem Freiheitstags Namibias, und Terrorakte gegen unschuldige Namibianer beweisen, daß Südafrika und seine Verbündeten nicht bereit sind, Namibia die Unabhängigkeit zu geben. Diese Repression ist eine Antwort auf den wachsenden Widerstand des namibianischen Volkes, der von SWAPO angeführt wird. Die einzige friedliche Lösung des Namibiakonflikts ist die Verwirklichung der UNO-Sicherheitsratsresolution 435 von 1978 ohne jegliche Veränderung.

Das Apartheidregime in Südafrika fällt in souveräne Staaten im Südlichen Afrika ein und unterhält Terrorkommandos zur Bekämpfung von Regierungen und Apartheidgegnern in aller Welt. Unverhohlen hat es mit dem Einsatz seiner Atombombe gedroht.

Gäbe es nicht eine umfassende, oft verschleierte und geleugnete Kumpanei westlicher Staaten, wie vor allem der USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, mit Apartheid und Kolonialismus in Namibia, so hätte dieses System längst aufgehört zu existieren.

- Der Handel von über 6000 Firmen aus der Bundesrepublik mit Südafrika wird von Bonn durch Hermes-Exportbüroschaften begünstigt;
- In Verletzung des Dekrets Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia von 1974 erhält die Bundesrepublik mindestens 30% ihrer Uranimporte aus Namibia;
- Durch ein staatliches Abkommen vergibt die Bundesregierung an die 450 bundesdeutschen Investoren in Südafrika Steuergeschenke in Millionenhöhe;
- Bundesdeutsche Banken wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank und die Westdeutsche Bank/Girozentrale sind die wichtigsten Manager von Krediten für das Apartheidregime;
- Die Bundesrepublik hat wesentlich zum Aufbau des Atombombenpotentials Pretorias beigetragen;
- Die Bundesrepublik zählt zu den stärksten Rüstungslieferanten des rassistischen Südafrika: Tausende von Militärlastwagen von Daimler-Benz und Magirus-Deutz, Militärhubschrauber von Messerschmitt-Bölkow-Blohm u.a.;
- Als einziges Land der Welt unterhält die Bundesrepublik ein staatliches Kulturabkommen mit Südafrika, das illegal Namibia mit einschließt. In seinem Rahmen findet auch eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit statt;
- Die Bundesrepublik ist das Land, das am stärksten Entwicklungshilfe für Namibia vor dessen Unabhängigkeit befürwortet und leistet. Sie trägt somit zur Fortführung der Kolonialherrschaft Südafrikas in Namibia bei.

Diese wichtige Unterstützung der Apartheid muß durch totalen Boykott verhindert werden! Diese Sprache, und allein diese, versteht der Rassistenchef Botha. Die zunehmenden internationalen Sanktionen können den gewachsenen Widerstand innerhalb des Landes, der die Bastion Apartheid ins Wanken gebracht hat, unterstützen. Schamlos hat die Bundesrepublik Lücken genutzt, die durch Sanktionen anderer Staaten entstanden sind. Es ist ein Skandal, daß die Bundesrepublik zu den treuesten Verbündeten Pretorias und den stärksten Gegnern der Boykottforderung gehört! Das muß anders werden!

Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist aufgerufen, mit allen Unterdrückten, Verfolgten und Ausgebeuteten Südafrikas und Namibias Solidarität zu üben und deren Ruf nach einem vollständigen Boykott des Apartheidsystems in die Tat umzusetzen. Laßt uns verstärkt südafrikanische Waren boykottieren! Kündigen wir alle Konten bei Banken, die mit Südafrika schmutzige Geschäfte machen! Kaufen wir keine Krügermands! Laßt uns alle Uranimporte aus Namibia stoppen! Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, damit der Ausnahmezustand in Südafrika aufgehoben wird!

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- sofortige umfassende und bindende Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen,
- für eine strikte Einhaltung des UN-Rüstungsembargos vom 4.11.77 zu sorgen,
- den Botschafter abzurufen und die diplomatischen Beziehungen zum Apartheidregime sofort abubrechen,
- das Kulturabkommen mit Südafrika umgehend zu kündigen,
- sich für die bedingungslose Freilassung des seit 23 Jahren inhaftierten Führers des African National Congress (ANC), Nelson Mandela, der im "Hochverrats"-Prozeß angeklagten 16 prominenten Mitglieder des breiten Bündnisses "Vereinigte Demokratische Front" (UDF) und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia einzusetzen,
- sofortige und konkrete Schritte zur Verwirklichung der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 435 für die Unabhängigkeit Namibias einzuleiten,
- die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias als rechtmäßige Vertreter ihrer Völker anzuerkennen.

*

Der BWK unterstützt den Aufruf zur Demonstration. Welche Organisationen die Demonstration insgesamt unterstützen, wird am 4. September, nach Redaktionsschluß dieser Zeitung festgestellt. Auskünfte erteilt das AAB-Büro, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 0228/21 13 55

sivierung. 23

Flexibilisierung: "Teilzeitarbeit für Männer attraktiv machen" 23

Frauen: Wenn schon Frauenbeauftragte, dann für die schlechtest bezahlten Frauen. 24

IG Drupa München: Vorbereitung auf Herbstaktionen des DGB. 25

Krankenhausprivatisierung: Schwache Argumente der ÖTV. ... 25

Dachau: Antifaschistische Bewegung in der bayerischen Provinz. ... 26
KZ-Gedenkstätte — Schon immer umkämpft. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung. 28

Südafrika/Azania: Breites Bündnis unterstützt Befreiungskampf. 29

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

EDV: Bücher und Arbeitshilfen. ... 30
Frauen am Computer. 30
Auswirkungen des Computereinsatzes. 30
Datenverarbeitung als Weg zum "wir-Gefühl". 30
HBV-Schulungsheft zur Warenwirtschaft. 30
Arbeitshilfen für BR und VL. 30
"Der programmierte Kopf". 31
Kritik an "künstlicher Intelligenz". 31

Lotto: Liebling der Banken und Bundesländer. 31

Zur Kritik des BWK am Programmwurf des ZK der KPD: Über Lohnarbeit und Vergesellschaftung. 32

Spezialberichte

Krankenpflegegesetz: Pflegepersonal soll Ausnahmebestimmungen unterstellt, der Pflegestandard gesenkt werden. 34
Freie Hand für die Kirchen, die Ausbildungsbedingungen zu regeln 34
Dienstherren wollen Auszubildende als billigste Arbeitskraft. 35
Keine Absicherung von pflegerischen Mindeststandards. 36
Ausbildung zum Hilfsarbeiter soll die Pflegekosten senken. 37
Kürzung der Einkommensvergütungen. 38
Militarisierung des Gesundheitswesens. 39

Titelbild: Foto: Nach dem Putsch in der Türkei 1980

Sozialhilfe

DGB: Gegen Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, aber "christliche" Aufweichung wichtiger DGB-Positionen

Auf einer Fachtagung des DGB am 12. Juli 1985 zum Thema "Neue Armut" legte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr ein Programm zur finanziellen Sicherung der Arbeitslosen und zur "Wiederherstellung der sozialen Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung" vor. Zu den Forderungen des DGB gehören:

- Erleichterung der zu hohen Anspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Beim Arbeitslosengeld Senkung der Mindestbeitragszeit auf sechs Monate bzw. den Stand von 1981;
- Verlängerung des Arbeitslosengeldes für alle Arbeitslosen ohne Altersbegrenzung sowie Verdoppelung und Dynamisierung des Freibetrags bei der Bedürftigkeitsprüfung der Arbeitslosenhilfe;
- Rücknahme der dem Versicherungsprinzip widersprechenden Kürzungen für Kinderlose beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe;
- Kürzung der Sperrfristen auf vier Wochen und Nichtanrechnung auf die Unterstützungszeit;
- Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit ergänzend- und nicht alternativ- zum Ausbau des Versicherungsschutzes. Die Mindestsicherung soll all die erreichen, die trotz Arbeitslosenunterstützung unter die Sozialhilfeschwelle sinken bzw. die wie z.B. arbeitslose Jugendliche keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben. Finanzierung der Mindestsicherung aus Bundesmitteln und Harmonisierung der Bedarfs-

und Leistungskriterien der Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit und der Sozialhilfe;

- Ablehnung der zum 1.7.85 wirksam gewordenen ungenügenden Anhebung der Sozialhilfessätze; stattdessen Anhebung des Regelsatzes in der Sozialhilfe um 30% auf Grundlage eines neuen Warenkorb;

- Abschaffung der Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger und Umwandlung der bestehenden Arbeitsplätze in reguläre versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

50% der Sozialhilfeempfänger leisten Zwangsarbeit

Diese Forderungen des DGB sind nützlich, weil sie der unter der SPD/



Die Sozialhilfe, von der inzwischen 40% aller Arbeitslosen ausschließlich leben, reicht nur für Billigware schlechtester Qualität.

FDP-Regierung begonnenen und von der CDU/CSU/FDP-Regierung fortgesetzten systematischen Aushöhlung des Versicherungsprinzips die Stärkung der Arbeitslosenversicherung entgegensetzen. Weil sie einen Mindeststandard formulieren, der deutlich über den jetzigen Sozialhilfessätzen liegt. Weil sie der Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung und ihrer Abschiebung in das Heer der Sozialhilfeempfänger durch eine aus Bundesmitteln zu finanzierende Mindestsicherung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung einen Riegel vorschieben wollen. Weil sie gegen die im Bundessozialhilfegesetz (BSGH) als "Hilfe zur Arbeit" verklärte Verankerung der Zwangsarbeit Front machen.

Zur Praxis der von den kommunalen Sozialämtern verordneten Zwangsarbeit für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger hat die Hans-Böckler-Stiftung des DGB eine nützliche Studie veröffentlicht, die beweist, daß es sich bei den Einsätzen zur Zwangsarbeit keineswegs mehr um Einzelfälle handelt, sondern um ein planmäßiges Vorgehen aller Sozialbehörden mit dem Ziel, die arbeitsfähigen Lohnabhängigen, die von den Hungerrationen der Sozialhilfe abhängig sind, an schlechteste Arbeiten ohne jede Bezahlung, ohne Sozialversicherungsschutz zu gewöhnen. Damit soll Zwangsarbeit— wie zu Zeiten des Faschismus— wieder zur gesellschaftlichen Institution werden, die es erlaubt, auch den Lohnabhängigen in regulären Beschäftigungsverhältnissen

"Fall Tiedge": Union will neue Staatsschutzgesetze

Alles spricht dafür, daß der VS-Mann Tiedge in die DDR flüchtete, weil ihn der neue VS-Chef Pfahls, gerade aus der Staatskanzlei von Strauß zum Verfassungsschutz gewechselt, so schwer unter Druck setzte, daß Tiedge in Panik geriet. Was ist die Konsequenz der Union daraus? Neue, noch schärfere, noch umfassendere Staatsschutzgesetze müssen her! Am 29.8. forderte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Laufs: "Die jüngsten Bonner Spionagefälle unterstreichen die Bedeutung des ... Gesetzgebungspakets der sogenannten Begleitgesetze zum neuen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweis. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, daß die ... Arbeiten an der umfassenden Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes des Bun-

des, einem Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst und einem Gesetz über die Informationszusammenarbeit der Nachrichtendienste mit den Sicherheitsbehörden und sonstigen amtlichen Stellen von Bund und Ländern in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes beschleunigt vorangetrieben werden."— (rü)

CDU-Vogel weiter tätig für Verschärfung des § 218

Durch einen Gesetzantrag des Bundesrates will die rheinland-pfälzische CDU-Landesregierung eine Verschärfung des § 218 durchsetzen. Die Landesregierung will eine Änderung der Reichsversicherungsordnung erreichen, um die Bezahlung von Abtreibungen durch die Krankenkassen zu beschränken und Abtreibungen weitgehend zu kriminalisieren. Ursprünglich hatte sie eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Bezahlung von Abtreibungen aus sozia-

len Gründen durch die Krankenkassen geplant. Alle Indikationen für eine legale Abtreibung sollen nur von "dafür besonders qualifizierten" Ärzten festgestellt werden. Der Arzt soll die Entscheidung über die Indikation ausführlich schriftlich begründen. Außerdem soll der Arzt, der die Abtreibung durchführt, der Krankenkasse eine zusätzliche Mitteilung machen, welche Indikation vorliegt und welche Indikation der beratende Arzt festgestellt hat. — (uld)

Kiechle: "Waldinventur" und dann Zwangsarbeit?

Eine "Waldinventur" hat Bundesminister Kiechle am 22. August für 1986 angekündigt. "Wichtigstes Ziel sei die Beschaffung von Datenmaterial zur besseren Beurteilung der mittel- und längerfristigen Nutzungsmöglichkeiten des Waldes und zur Erfassung der Struktur des Holzaufkommens." Auch die Waldschäden sollen erfaßt werden.



Die Regierung hat längst Entwürfe in der Schublade, die bei weiterem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit Arbeitsdienst für Jugendliche vorsehen.

Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Entlohnung zu diktieren und den tarifvertraglichen und Sozialversicherungsschutz weiter auszuhöhlen.

Schon 1983 wurden etwa 40 bis 50% aller arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in der BRD, ca. 50000, zu "gemeinnützigen Arbeiten" herangezogen, und zwar meist in Einsatzzeiten von drei bis sechs Monaten. In Berlin wurden über 23000 Sozialhilfeempfänger von Juli 1983 bis August 1984 zu Zwangsarbeitseinsätzen befohlen. 1984 dürften die Kommunen die Zahl der Zwangsarbeiter noch wesentlich gesteigert haben.

Ausnahmen werden von den Sozialämtern nur bei Alleinerziehenden mit einem Kind unter vier Jahren oder mit mehreren schulpflichtigen Kindern gemacht. Auch Bezieher von Arbeitslosenhilfe müssen Zwangsarbeit leisten, sofern sie zusätzlich Sozialhilfe

beziehen, eine Schikane, die besonders Arbeitslose mit Familie treffen kann. Haupteinsatzgebiete: Pflege von Parks und Friedhöfen, Tätigkeiten bei der Stadtreinigung, in Alters-, Pflegeheimen und Krankenanstalten. Für die Verausgabung ihrer Arbeitskraft bekommen die Sozialhilfeempfänger meist ein Spottgeld von 1 DM pro Stunde. Fahrkostenzuschüsse zu den Arbeitseinsätzen zahlen die Sozialämter nicht, da ein Arbeitsweg von einer Stunde zu Fuß oder mit dem Fahrrad zumutbar ist. Die Leiter der Sozialämter begegnen der Kritik an der kostenlosen Vernutzung der Arbeitskraft gern damit, daß sie die von den Sozialhilfeempfängern geleisteten Arbeitsstunden mit den Sozialhilfefazahlungen verrechnen und auf Stundensätze von über 8 DM kommen.

Das Kalkül mit der Zwangsarbeit geht auf: Nur ca. 15% der Betroffenen

verweigern die Zwangsarbeit, und gegen sie gehen die Sozialämter mit in §25 BSHG festgelegten abgestuften Sanktionen vor, die nach mehreren Monaten im Regelfall mit der Streichung jeder Hilfe enden. Die anderen lassen sich pressen, weil sie nicht ohne jede Existenzsicherung dastehen können und weil vielleicht 80 DM mehr am Monatsende eine kleine Anschaffung erlauben. Nachweisbar ist, daß der Einsatz von Zwangsarbeitern im öffentlichen Dienst nicht nur kurzfristige Engpässe (z.B. Schneeräumen) abfedert und die sonst notwendige Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert, sondern direkt die Vernichtung von Arbeitsplätzen fördert: So hatte ein Gartenbauamt vor Einsatz der Zwangsarbeiter noch 20 Beschäftigte, ein Jahr später nur noch 8. Allerdings berichtet die Studie auch von Fällen, in denen die festangestellten Beschäftigten einer öffentlichen Einrichtung den Einsatz von Zwangsarbeitern abgewehrt haben.

Erfolge in der Abwehr von Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger sind also möglich, vor allem, wenn die Initiative dazu von Betriebs- und Personalräten und den örtlichen Gewerkschaftsorganisationen ausgeht. Dafür bieten die DGB-Forderungen wesentliche Anhaltspunkte. Der Aufbau einer Front gegen die Zwangsarbeit ist umso wichtiger, weil die bürgerlichen Jugend- und Familienpolitiker längst Pläne für die Schaffung eines Arbeitsdienstes für arbeitslose Jugendliche formuliert haben, die bei einem weiteren Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit mit Sicherheit als Gesetzesinitiativen eingebracht werden. Außerdem sind zigtausende Jugendliche längst in verdeckte Formen von Zwangsarbeit gepreßt – verkleidet z.B. als Pflicht-"Sozialpraktika" für

Wer dann die festgestellten Schäden beheben soll, teilte Kiechle nicht mit. Bei ABM gibt's schon Stellen für so was. Zwangsarbeit zur "Rettung des deutschen Waldes", das würde Kiechle und so manchem Waldbesitzer gefallen. — (rüf)

Verschärfung der Isolationshaft für politische Gefangene

Die Anwälte der Gefangenen aus der RAF im Lübecker Hochsicherheitsstrakt teilen in einer Presseerklärung mit, daß das Justizministerium in Kiel droht, die aus drei Frauen bestehende Kleingruppe in Lübeck aufzulösen. Die Anwälte schreiben: "Seit dem Hungerstreik ... ist keine der bestehenden Gruppen vergrößert worden ... Die einzige Verlegung bislang war eine weitere Verschärfung: Brigitte Mohnhaupt wurde inzwischen von den im 7. Stock in Stammheim einzeln isolierten vier politischen Gefangenen wegverlegt nach Bielefeld-Brackwede

in eine Hochsicherheitszelle ... das Justizministerium in Kiel ... ließ den Gefangenen mitteilen: Kein Land würde Gefangene ... herausgeben, also könnte hier die Gruppe der politischen Gefangenen nicht vergrößert werden. Und 'weil das ein unmöglicher Zustand' wäre, 'drei Gefangene in einem Trakt von allem isoliert', die Drohung, in den Trakt Gefangene zu bringen, die vom Staatsschutz gesucht sind ... Die Absicht des Staatsschutzes ist klar: ... eine Provokation auszulösen, um einen Vorwand zu schaffen, auch die Gruppe der drei Frauen noch zu zerschlagen." — (uld)

Herbstmanöver in Norddeutschland

Aller drei Jahre führt das I. Korps das zentrale Herbstmanöver der Bundeswehr in der norddeutschen Tiefebene durch – mit Seen, sumpfigen Mooren, kleinen und größeren Wäldern ein "ausgezeichnetes Gelände" für das

Üben der Vorneverteidigung, weil diese Geländeform bis weit in die Sowjetunion gleichbleibt. Das Manöver heißt "Trutzige Sachsen" und wird außer Bundeswehrtruppen noch britische, US-amerikanische, belgische und niederländische Einheiten umfassen. Insgesamt werden 60000 Soldaten, 21000 Rad- und 3500 Kettenfahrzeuge durch Norddeutschland wüten. Der Vorbereitungsstab beim I. Korps hat sich zusätzlich das anbieternde plattdeutsche Motto "Watt mutt, dat mutt" ausgedacht, was auf Plakaten und Aufklebern die unter den Truppen leidende Bevölkerung versöhnen soll. Das Manöver beginnt am 12. September und wird die Bundesländer Niedersachsen, NRW, Hamburg und Schleswig-Holstein berühren. Das Manöver steht im Rahmen der NATO-Manöverserie AUTUMN FORGE, die vom Nordmeer bis zum Mittelmeer 22 Einzelübungen (neun davon in der BRD) umfaßt. — (jok)



Zur Zwangsarbeit verpflichtete Sozialhilfeempfängerinnen in der Kleiderkammer des DRK in Berlin-Kreuzberg. — Blüm auf einer DAG-Kundgebung. Für Arbeit wird die Regierung schon sorgen, allerdings zu welchen Bedingungen?

bayerische Realschüler bei kirchlichen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden.

DGB sucht Bündnis mit CDU-Sozialausschüssen

Allerdings ist der DGB auf dem besten Wege, die formulierten Positionen zur Sozialhilfe und Zwangsarbeit zurückzunehmen, und zwar durch Aufweichen der Position, daß die Bekämpfung der "neuen Armut" in erster Linie die Garantie eines Mindeststandards erfordert, der zum Leben reicht. Stattdessen ist in DGB-Verlautbarungen zunehmend von einem "Beschäftigungspakt" die Rede, für den auch Teile von CDU/CSU gewonnen werden sollen gegen die Wirtschaftsliberalen wie Bangemann etc. Erste Ergebnisse dieser Politik, mit der die SPD neuerlich ihre Regierungsfähigkeit beweisen will, sind

schon sichtbar: Allenthalben sprießen — meist unter Mitwirkung des DGB — "Beschäftigungs-GmbHs" aus dem Boden, die den Arbeitslosen nur Zeitverträge zu — wenn überhaupt — niedrigsten tariflichen Bedingungen bieten. In der zitierten Studie zur Zwangsarbeit wird dieser "zweite Arbeitsmarkt", unter den auch die ABM-Maßnahmen fallen, ausdrücklich als Alternative zur Zwangsarbeit propagiert.

Ideologisch kommt dieser Schulter-schluß zustande durch das Aufdecken von Gemeinsamkeiten zwischen dem sozialdemokratischen Theorem von der "neuen Armut" und Geißler's "neuer sozialer Frage" sowie dem Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre in seiner Interpretation durch den Jesuiten Nell-Breuning. So ist eine andere DGB-Veröffentlichung zur "neuen sozialen Frage" peinlichst bemüht, Widersprüche zwischen

CDU/CSU-Programmatik und der Politik der Regierungskoalition herauszufinden. Und wenn Arbeitsminister Blüm zwecks Absenkung der aus Bundesmitteln aufzubringenden Kosten der Arbeitslosenhilfe eine Verlängerung des ALG-Anspruches für ältere Arbeitslose erwägt, "begrüßt" der DGB "den Umdenkungsprozeß im Bundesarbeitsministerium". Diese Aufweichung wichtiger DGB-Positionen gefährdet die Wirkung der DGB-Aktionen im Oktober.

Quellenhinweis: J. Anthes: Die sogenannte "Neue soziale Frage", in: Graue Reihe Nr. 19 der Hans-Böckler-Stiftung, Köln 1985; H. Hartmann: Die Praxis der Hilfe zur Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz, in: Graue Reihe Nr. 20, a.a.O.; Metall 1/85; Referate der DGB-Fachtagung "Neue Armut" v. 12.7.85; Konkret 7/85 — (wom)

Bundeswehr im Afrika-Einsatz

Ende September wird die Bundeswehr ihren Einsatz in Äthiopien und im Sudan beenden. Er ermöglichte der Luftwaffe als Hilfsprogramm ausgegeben, ein Übungsprogramm von 1109 Einzelflügen in Äthiopien und 127 Flügen im Sudan. Güter von über 1 500 Tonnen wurden dabei transportiert, erklärte Staatssekretär Würzbach in einer Abschlußbilanz. In anderen afrikanischen Ländern ist die Bundeswehr aber weiter vertreten im Rahmen der "Deutschen Ausstattungshilfe". Das Geld dafür kommt vom Auswärtigen Amt; das Personal finanziert und stellt die Bundeswehr. In den Ländern Burkina Faso, Dschibuti, Mali, Niger, Ruanda, Somalia, Sudan, Togo und Zaire sind Soldaten hauptsächlich mit Fahrzeug-Instandsetzung und Fahrausbildung bei den jeweiligen Landesstreitkräften beschäftigt. Darüber hinaus leiten

die Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr den Bau von Straßen und Brücken und beraten die Regierungen der jeweiligen Länder "bis hinauf in höchste Ämter". (bw-aktuell, 22.8.) Die westdeutsche Ausbildungshilfe für afrikanische Truppen hat schon eine längere Tradition und so manchen Putsch wie in Nigeria mit vorbereitet. — (jok)

Äthiopien: Zitrusplantage mit westdeutschem Kapital

Vor Wochen hatten die GRÜNEN im Bundestag angegriffen, daß mit BRD-Kapital Zitrusplantagen und Plantagen für Exportgemüse in Äthiopien betrieben werden, so daß der so genutzte Boden für die Lebensmittelversorgung des Landes nicht zur Verfügung steht. Am 9.8. hat die Regierung nun darauf geantwortet. Der Antwort ist zu entnehmen: Die mit BRD-Kredit errichtete Plantage Merti Jeju erstreckt sich über 16 500

ha. Davon sind 55% mit Zitrusbäumen bepflanzt, der Rest sind Gemüseplantagen für Zwiebeln, Bohnen, Paprika, Tomaten usw. Fast alles wird exportiert, zumeist in die EG. Auf den Vorwurf der GRÜNEN, solche Projekte dienten wohl kaum der Steigerung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, antwortet die Bundesregierung dreist, fast alle Produkte könnten in Äthiopien verkauft werden, wenn nur erst Preissenkungen möglich seien. (BT-Ds. 10/3711 — rül)

DfB: Öffnung für Privatmedien

Das Bundeskartellamt will gegen ARD und ZDF vorgehen, weil die Fernsehanstalten Absprachen beim Einkauf von Übertragungsrechten von Fußballspielen getroffen haben sollen. Diese Absprachen sollen zu Wettbewerbsnachteilen privater Fernsehanbieter führen. "Bedenklich" sei auch das Abkommen, wonach ARD und ZDF

Antifolterkonvention

Bundesregierung will Zusatzprotokolle

Die Vorsitzende der westdeutschen Sektion von Amnesty International (ai), Frau Erler, hat kürzlich auf einer Konferenz in Helsinki den wiederholt von Amnesty erhobenen Vorwurf bekräftigt, die Bundesregierung wolle der UNO-"Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder menschenunwürdige Behandlung und Bestrafung" nicht beitreten. Amnesty erklärte, die Bundesregierung trete der Konvention nicht bei, weil darin verboten ist, Asylsuchende in Staaten zurückzuschicken oder auszuweisen, die Gefangene foltern. Die westdeutschen Behörden könnten also nicht mehr, wie bisher oft üblich, Asylsuchende z.B. aus der Türkei an die türkische Regierung ausliefern, wenn die Bundesregierung die Konvention ohne Bedingungen unterzeichnet.

Die Konvention ist im Dezember 1984 einstimmig von der UNO-Generalversammlung beschlossen worden, seither haben sie 20 Staaten unterzeichnet, damit ist sie in Kraft. Sie verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, so die UN-Mitteilung, "Folter in jeder Form zu unterbinden und unter Strafe zu stellen. Kein Staat soll eine Person an einen anderen Staat ausliefern dürfen, in dem es gewichtige Gründe für die Annahme gibt, daß sie in Gefahr geraten könnten, der Folter unterworfen zu werden. Ein von den Vertragsstaaten gewähltes zehnköpfiges Komitee soll dafür sorgen, daß die Konvention eingehalten wird." Das Komitee hat keinerlei direkte Kontrollbefugnisse, sondern kann lediglich Beschwerden von Gruppen oder

Einzelpersonen entgegennehmen und den beschuldigten Unterzeichnerstaat zur Überprüfung und Berichterstattung auffordern.

An der Ausarbeitung der Konvention hat die Bundesregierung, so erklärte der FDP-Bundestagsabgeordnete Rumpf in einer Bundestagsdebatte am 17. Januar dieses Jahres, "maßgeblich mitgewirkt" und dabei ihre Interessen in der Gestaltung der Konvention teilweise durchsetzen können. In der Konvention ist nicht bestimmt, welche Methoden der Behandlung von Gefangenen als Folter geächtet sind. Nach Auskunft von Amnesty International sind wahrscheinlich Foltermethoden wie Isolationshaft, dauernde Kontrollen usw., wie sie z.B. in der BRD gegen politische Gefangene angewandt werden, nicht verboten, weil sie von den Unterzeichnerstaaten nicht als Folter angesehen werden. Von ihrem Mitwirken bei der Abfassung der Konvention versprach sich die Bundesregierung vor allem Mittel zur Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Seesing hob in derselben Bundestagsdebatte hervor: "Menschen, die aktiv an Folterungen beteiligt waren, könnten dann in jedem Land angeklagt werden ... Staaten, die dieser Konvention beitreten, könnten sich nicht mehr darauf berufen, daß sich jemand in ihre Angelegenheiten einmischt." Bekanntlich findet die Reaktion Folter, Gefangenenmißhandlung etc. immer in den osteuropäischen Staaten, und ihre Absicht ist, wenn möglich und wenn sie ihrer habhaft wird, Justizbeamte der VR Polen, der UdSSR usw. völkerrechtlich gedeckt anklagen und verurteilen zu können.

Dennoch will die Bundesregierung der Konvention nicht bedingungslos unterzeichnen. Nach Auskunft des Justizministeriums bereitet sie zur Zeit

Zusatzprotokolle für die Unterzeichnung vor, in denen das Verhältnis von UNO-Antifolter-Konvention, Europäischer Menschenrechtskonvention und anderen Verträgen zum Schutz der sogenannten Menschenrechte, die die BRD unterzeichnet hat, klären will. Diesen Verträgen, insbesondere den Europarat-Verträgen, soll in den Zusatzprotokollen Vorrang eingeräumt werden. Sie binden die BRD weder bei der Auslieferung von Asylsuchenden an Regierungen, die sich mit blutigem Terror an der Macht halten, noch verbieten sie die Anwendung unblutiger Foltermethoden.

Zu befürchten ist, daß die Bundesregierung durch Unterzeichnung der Konvention mit Zusatzprotokollen ihre Praktiken in der Mißhandlung und Unterdrückung von Asylanten und politischen Gefangenen legalisieren und völkerrechtlich unanfechtbar verankern will.

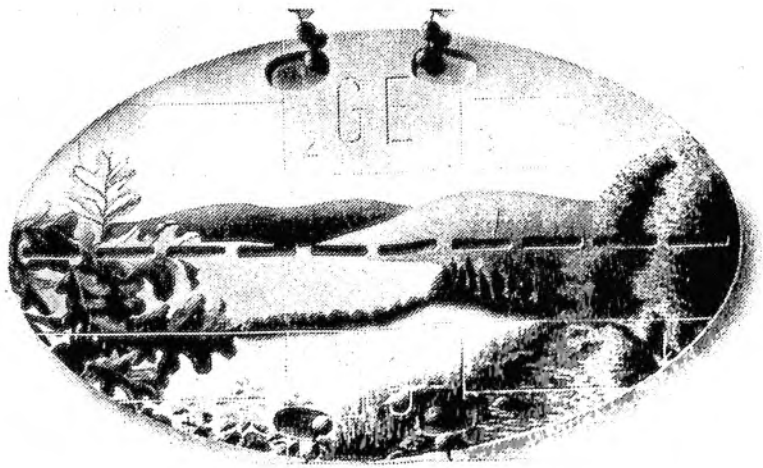
Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart vom 5. Februar 1985; Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 10/114; Arbeiterkampf Nr. 261 v. 28.8.85 — (uld)

Maritime Vorverteidigung

Der BRD-Flotte soll es an nichts fehlen

In diesem Monat beginnt die parlamentarische Beratung und Beschlußfassung des Wehrhaushalts 1986 (Einzelplan 14). Zur Abstimmung dabei steht ein Finanzvolumen von 50,86 Mrd. DM (einschließlich der im Einzelplan 60 verbuchten Mittel für die Lohnrunde 1986). Im Rahmen dieser Gesamtausgaben ist etliches Geld für den weiteren Ausbau der Bundesmarine eingeplant. Dabei sind die für "Be-

für die Fernsehrechte an Meisterschaftsspielen der beiden Bundesligen in dieser Saison pauschal zehn Mio. DM bezahlen. Der Pressesprecher des Kartellamts, Schön, sprach sich für eine Ausschreibung aus, um den Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anstalten zu gewährleisten. Der DFB hat sich auf die Privatmedien eingestellt: Er hat dem Geschäftsmann Beierlein die Übertragungsrechte für Pokal- und Länderspiele für 2 Mio. DM verkauft und ihn zum "Medienbeauftragten" gemacht. Beierlein verschauert die Übertragungsrechte meistbietend. Ähnliche Verträge gibt es schon im Eishockey und mit dem Deutschen Sportbund. Die Monopole sind damit in der Lage, ganze Sportveranstaltungen zu kaufen und die Sportler zu noch mehr Leistung zu zwingen, wenn sie nicht in Ungnade fallen wollen. Schließlich wollen Springer oder die FAZ was kriegen fürs Geld. — (Mak)



Das Bild zeigt eine Erkennungsmarke, meist "Hundemarke" genannt, die jeder Soldat bei sich tragen muß, damit er bei Verletzung oder Tod anhand seiner eingestanzten Personenkennziffer identifiziert werden kann. Das Verteidigungsministerium hat darauf eine "gesunde Natur" abbilden lassen und das Ganze auf ein Plakat gebracht. Es soll den "Bundeswehrangehörigen" daran erinnern, daß er die Natur zu schonen hat. Das ist erstens makaber, und zweitens: Wer befiehlt denn den Panzern, über die Äcker zu donnern? — (jok)

schaftungen" eingeplanten Finanzmittel bei der Marine, ebenso wie bei den anderen Teilstreitkräften, in die "Bundeswehrplanung für die 90er Jahre" (Zeitraum 1985 bis 1997) eingebettet. Für 1986 sind folgende Ausgaben vorgesehen:

- Etwa 200 Mio. DM für Minenkampfböote der Klasse 343. Insgesamt sollen davon zehn Schiffe angeschafft werden mit einem Gesamtvolumen von gut 1,1 Mrd. DM.

- Etwa 110 Mio. DM für Flottendienstböote der Klasse 423 (auch als Pueblo-Böote bekannt). Drei dieser Schiffsart sollen beschafft werden zu einem Gesamtsystempreis von ca. 400 Mio. DM.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die MBB-Werft in Bremen den Vertrag über die Minenkampfböote der Klasse 343 und die Flensburger Schiffbaugesellschaft den Vertrag für die Flottendienstböote von der Hardthöhe erhalten haben (in einschlägigen Kreisen wird offen darüber "geklatscht", daß dies wohl die Stimulanz für das "wundersame" Abstimmungsverhalten Koschniks im Bundesrat im Zusammenhang mit der frühzeitigen Pensionierung gestauter Bundeswehr-offiziere war).

- Etwa 100 Mio. DM für Fregatten der 112er Klasse. Insgesamt sollen zwei zusätzliche Fregatten der BREMEN-Klasse eingeführt werden (die "Wehrtechnik" schreibt dabei, dies sei der eigentliche "Knüller" des Verteidigungsetats). Diese beiden Fregatten einschließlich von vier Hubschraubern sollen 1,175 Mrd. DM kosten (Preisstand 1985) bei einer Verteilung der Kosten über fünf Jahre.

- 2,4 Mrd. DM für Munition. In den folgenden Jahren sollen diese Ausgaben auf 3,5 Mrd. DM jährlich ansteigen.

Weitere Gelder fließen der Marine über den Posten Forschung und Entwicklung zu. Vielleicht wie bei keiner anderen Teilstreitkraft werden gerade für die Marine hohe Aufwendungen für "innovative" Zwecke aufgebracht. Für Forschung und Entwicklung sind Mittel in Höhe von 2,65 Mrd. DM veranschlagt. Einiges davon wird die Schlagkraft der bundesdeutschen Marine weiter erhöhen.

Im Rahmen der Bundeswehrplanung für die 90er Jahre soll der Anteil für Schiffsneubauten an den Marinebeschaffungsausgaben von derzeit 800 Mio. DM pro Jahr auf 1,6 Mrd. DM pro Jahr bis 1992 ansteigen. Damit sollen unter anderem folgende Schiffsbauprogramme finanziert werden:

Sechs U-Böote der Klasse 332; Unterstützungseinheiten für Böote und Kampfschiffversorger und voraussichtlich fünf (sieben waren geplant) Fregatten der Klasse 124 (NATO-Fregatte 90). Indienststellung 1994 oder 1996.

Quellenhinweis: Wehrtechnik, 5/85 und 8/85 – (thk)

Wohnungs- und Städtebaupolitik

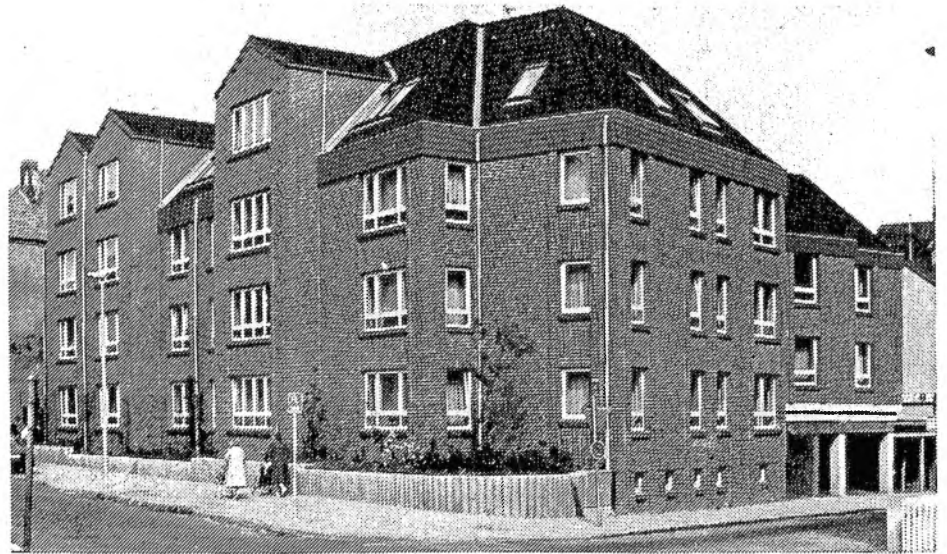
Schub für weitere Mieterhöhungen und Eigentumsumwandlung

Der im Mai von der CDU/CSU/FDP beschlossenen Steuerreform hat die Bundesregierung anläßlich der Haushaltsberatungen 1986 wichtige Maßnahmen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik folgen lassen. Wie die Steuerreform dienen sie folgenden Zwecken: Die Eigentumbildung in den Mittelklassen soll beschleunigt werden; alle Ansprüche der Arbeiterbevölkerung und Ärmere auf eine Absicherung der Versorgung mit bezahlbarem und angemessenem Wohnraum sollen beseitigt werden; wichtig ist der Reaktion dabei die Isolierung der Gewerkschaftsbewegung. Dazu ein Überblick:

a) Die Bundesregierung beschloß am 1.7., eine neugestaltete Wohneigentumsförderung vor den nächsten Bundestagswahlen zum 1.1.1987 einzuführen. Ihr Zweck ist die Erhöhung der Wohneigentumsquote von 40% auf 50% bis 1995 vor allem durch Gebrauchtwohnungskauf. Zusammen mit der Steuererminderung '86 werden dann mü-

nungen.

b) Die Bundesregierung hat am 1.7. ferner beschlossen, den Bundesanteil für "sozialen" Mietwohnungsneubau ab 1.1.86 von 1 Mrd. auf 446,5 Mio. DM zu kürzen. Er soll in beschränktem Umfang nur noch in den süddeutschen Ballungsgebieten stattfinden. Die eingesparten Mittel fließen andererseits "haushaltsneutral" exakt in eine Wohngelderhöhung 1986 vor allem für mietende Einzel- und Familienhaushalte in Sozialwohnungen, die ein niedriges Lohneinkommen haben oder von Sozialleistungen abhängen. Sie soll aus der veränderten Wohneigentumsförderung folgende Mieterhöhungs- und Verdrängungsprozesse im Sozialwohnungsbestand in den kommenden Jahren durch "Zusammenrücken mehrerer Generationen unter einem Dach" absichern. Denn nur unter Einbeziehung des Sozialwohnungsbestandes kann die beabsichtigte Heranzüchtung von ca. 2 Mio. neuer Wohneigentümer in acht Jahren gelin-



Beispiel aus Kiel, wie es anders geht: gemeinnützige Neubauwohnungen auf Stadt. Pachtgrund; keine Bankfinanzierung; 1 Mio. Zuschuß durch die Stadt.

helos gleich 1987 die Teile der Mittelklasse eine auf 300000 DM erhöhte Erwerbskostenabschreibung über acht Jahre zumindest zum Kauf einer Eigentumswohnung ausschöpfen können, die in gefestigter leitender Position oder als Selbstständige so viel verdienen, daß sie am Grenzsteuerbereich liegen. Finanzieren will die Bundesregierung dies "haushaltsneutral" aus dem Fortfall des zusätzlichen Schuldzinsenabzuges, mit dem vor allem in Bedrängnis geratene, lohnabhängige Eigenheimer ohne viel Eigengeld kurzfristig einer Zwangsversteigerung entgehen konnten. (1) Es gibt ja angeblich genug leerstehende Woh-

gen. (2) Der Reaktion kommt dabei gelegen, daß die Preisbindung für Sozialwohnungen aus den 50er und 60er Jahren bis 1995 wegen planmäßiger oder vorzeitiger Tilgung der öffentlichen Darlehen und Zuschüsse auslaufen. Für die Mieter dieser "frei" werdenden Bestände wird es dann heißen: Hungern für die Miete, Zusammenrücken und dann doch raus für die neuen Eigentümer.

c) Lautstark verkündeten Finanzminister Stoltenberg und Wohnungsbauminister Schneider am 4.7. eine Erhöhung der Bundesmittel für "Städtebauförderung und kommunale Umweltschutzinvestitionen" auf 1 Mrd.

Die Reaktion versucht, Gemeinnützige zu beseitigen

Regierung und Presse pflegen seit 1982 die Lüge, der Wohnungsmarkt sei bald übersättigt, und hantieren mit der demagogischen Aufbauschung, im Gemeinnützigen Wohnungswesen habe letzthin nur Bereicherung geherrscht. Die forcierte Eigentumsbildung bei Reichen und solchen, die ihnen in den Mittelklassen nachstreben, bleibt überall unangestastet; der Zugriff der Banken und die Staatsaufsicht, die Teile der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in schönster kapitalistischer Manier haben aufblühen lassen, bleiben unerwähnt; die Bedeutung dieses Sektors für die Wohnungsvergorgung der Lohnabhängigen verschwimmt in Enthüllungspropaganda.

Gut kann man das an der gewerkschaftseigenen "Neuen Heimat" sehen. Mit 305000 im "sozialen" Wohnungsbau erstellten Wohnungen und Reihenhäusern hält sie knapp 10% des Wohnungsbestandes aller Gemeinnützigen und ist das größte Unternehmen.

Ins Taumeln mußte der gemeinnützige Teil des Konzerns ohnehin irgendwann geraten, als die von Erhard geführte CDU-Regierung 1963 die Förderung des Mietwohnungsneubaus mit objektgebundenen billigen staatlichen Darlehen durch Bezuschussung der Zinsen für Bankdarlehen umstellte. Übersäumendes Kapital suchte Anlagensphären. Ferner, als 1969 durch die CDU/SPD-Koalition den Gemeinnützigen das Tätigwerden bei der Verwertung der Innenstädte für Bank-, Handels- und Dienstleistungskonzerne sowie der Erstellung der Stadtrandghettos der 70er Jahre regelrecht verordnet

wurde. Denn hierhin wurden durch das staatliche Wohnungsbauprogramm "Urbanität" die Mittel gelenkt.

Aus diesen Wendungen staatlicher Intervention im Wohnungswesen resultieren Bankschulden des gemeinnützigen Zweiges der "Neuen Heimat" auf den Wohnungsbestand von heute noch 600 Mio. DM; soweit Bodenbevorratung für Flächensanierungen und Vervollständigung der Stadtrandghettos betrieben wurde, liegt die Bankverschuldung heute noch bei 1,35 Mrd. DM. Knapp 200 Mio. DM Zinsen sind jährlich zu zahlen.

Die "Neue Heimat" mußte daher unter ständiger Drohung der Kreditkündigung seit 1982 über 30000 Sozialwohnungen verkaufen, davon 12534 1984. Weitere 30000 sollen bis Ende 1988 folgen. Erlöst wurden dabei 393 Mio. DM. Schleppend verlief der Verkauf unbebauten Geländes für 203 Mio. DM, das bei der beabsichtigten Drosselung der Förderung von Neubauten kaum Abnehmer findet. Den Nettogewinn aus diesen Auflösungen konnte die Neue Heimat nahezu vollständig für Zinszahlungen an die Banken abführen.

Die Bourgeoisie freut's. Der Wohnungsverkauf mußte aus den weitgehend entschuldeten Beständen der 50er und 60er Jahre bestritten werden, die für die Eigentumsbildung in den Mittelklassen sowieso vorgesehen sind. Den Krach mit den lohnabhängigen Mietern haben Gewerkschaften und "Neue Heimat". Gewerkschaftsvermögen ist futsch.

Vergessen gemacht werden konnte scheinbar, daß die Sozialwohnungen der Neuen Heimat im Schnitt immer noch billiger und besser ausgestattet sind als die Altbauklitschen privater Vermieter. Aus der öffentlichen Erörterung sind auch positive Beispiele aus



Der "Spiegel" begann 82 die Hetze.

dem gemeinnützigen Wohnungsbau wie in Kiel, wo in Zusammenarbeit mit Initiativen versucht wurde, in stadtnahen Wohngebieten ohne Fremdfinanzierung Neubauten in guter Qualität zum Abbau der Schlange von Wohnungssuchenden mit Festmieten um 40% unter den Marktmieten zu erstellen. Eine Aufhebung der Steuerbefreiung (252 Mio. DM 1984) würde viele solcher Wohnungsunternehmen in weitere Abhängigkeit von den Banken, die Neue Heimat womöglich in den Ruin treiben. Nicht Beseitigung dieser Unternehmen, vielmehr die dauerhafte Preis- und Belegungsbindung ihrer Bestände und eine Aufgabenreform könnten einer angemessenen Wohnungsvergorgung für die Lohnabhängigen nützen. Hierzu trägt aber die politische Opposition gegenwärtig nichts bei.

Quellenhinweis: Frankfurter Allgemeine, 02.02.85

ab 1.1.86. Mittlerweile liegen Zusagen aus Ländern und Gemeinden über eine Aufstockung dieses Programms um 1,3 Mrd. bereits vor. Es ist teils Konjunkturprogramm, um "abrupte Kapazitätsrückführungen im Baugewerbe zu vermeiden und ... bei der erforderlichen Anpassung Hilfestellung zu geben." Hinsichtlich der Städte handelt es sich andererseits u.a. um die Ankündigung einer Modernisierungs- und Wohnumfeldverbesserungswelle vor allem in den Wohnbeständen der 50er und 60er Jahre. Sie betrifft ca. 3,1 Mio. Wohnungen, von denen über die Hälfte durch gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen erstellt wurden. Diese gesamten Bestände entstanden im "Sozialen" Mietwohnungsbau als staatlich gelenkte Versuchsprogramme unter dem Titel "Nachbarschaft" in grünen Zungen um die Stadtkerne, sodann als geschlossene Geschoßwohnungs- und Reihenhausbau unter dem Titel

"Individualität und Freiheit" in annehmbaren Randlagen innerhalb der alten Gemeindegrenzen. Überwiegend Lohnabhängige aus den unteren Lohngruppen fanden hierzu als damals dringend benötigte Arbeitskräfte Zugang und haben sich dort selbst bei Scheidung, Arbeitslosigkeit, Erkrankung oder Verrentung "festsetzen" können. Wenn diese Gebiete jetzt mit ihren geringen Wohngrößen von 40-59 qm sowie minderem sanitärer Ausstattung durch Modernisierung, Zusammenlegung, mit Öko-Kinderspielflächen oder "Tempo 30" aufgepeppt werden sollen, so, um der Eigentumsbildung in den Mittelklassen auch von dieser Seite auf die Füße zu helfen. (3)

d) Am 7.8. hat sich Stoltenberg schließlich ein bestelltes Gutachten über die Abschaffung der Steuerbefreiung von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vorlegen lassen. Es basiert auf der seit 1982 in Umlauf gebrachten Lüge, es gäbe jetzt genügend

bezahlbaren und angemessenen Wohnraum bis auf Süddeutschland. Ferner auf der seit 1982 laufenden Hetze gegen die Neue Heimat (vgl. Kasten). Der Trick ist, daß nach den bisherigen gesetzlichen Regelungen staatlich gelenkten Wohnungsbaus die Steuerbefreiung nur zusammen mit den letzten Preisbindungen und Mindeststandards im "Sozialen" Wohnungsbau fallen könnte. Entfallen wären damit noch so verkrüppelte Anknüpfungspunkte für die Debatte um kollektive Absicherung von Wohnraumversorgung für die Lohnabhängigen. Der Neuen Heimat gäbe das den Rest; die Gewerkschaften stünden als Lackel da, die nicht einmal mit eigenem Vermögen umgehen können.

Quellenhinweis: (1) Bulletin der Bundesregierung, 4.7.85; Pol. Ber. 3/85, S. 10/11; Pol. Ber. 13/85, S. 4; (3) Bulletin a.a.O.; Kerstin Dörhöfer, "Erscheinungen staatlicher Wohnungsvergorgung ...", Berlin 1978 - (ped)

Müller-Gutachten zum "Arbeitskampfrecht"

Kampfstarke Tarifgebiete und Belegschaften sollen gebrochen werden

Das vom ehemaligen Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Müller im Auftrag von Blüm erstellte Gutachten unterstützt die energische Forderung der Kapitalistenverbände: An mittelbar von Streiks Betroffene dürfe kein Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld gezahlt werden. Mit solchen Zahlungen würde die Bundesanstalt für Arbeit (BA) in den Arbeitskampf unzulässigerweise eingreifen und "stets die Arbeitnehmerseite begünstigen". Die Aussperrung sei ein legitimes Kampfmittel der Arbeitgeber und dürfe nicht durch Leistungen der BA unterlaufen werden. Müller verlangt eine unverzügliche Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Der § 116 AFG und die darauf beruhende "Neutralitäts-Anordnung" des Verwaltungsrats der BA von 1973 sollen gekippt werden.

Unter Berufung auf das Gutachten von Müller formuliert Lambsdorff den unmittelbaren Zweck der Maßnahme: "Ich sehe ... einen Handlungsbedarf des Gesetzgebers, und zwar noch in diesem Jahr, um es ganz deutlich zu sagen. Nach meiner Auffassung muß das ein Antrag der Koalitionsfraktionen werden, damit wir nicht viel Zeit versäumen. Man müsse doch wirklich mit Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht sehe, daß die im vorigen Jahr abgeschlossenen Tarifverträge mit 21 bis 24 Monaten Laufzeit alle im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl auslaufen ... Die Gewerkschaften wüßten genau: Sie könnten die Mitgliedsbücher ihrer vom Streik mittelbar betroffenen Organisierten 'im Container abfahren', wenn sie nicht durchsetzen können, daß die Bundesanstalt für Arbeit zahlt." (Handelsblatt, 27.8.85)

Die Reaktion beabsichtigt eine ernsthafte Schwächung der Gewerkschaftsbewegung in den nächsten Tarifkämpfen. Offensichtlich hat hierbei die Freigabe der Aussperrung und ihr effektvoller Einsatz für die Kapitalisten Vorrang vor allen anderen Maßnahmen. Die Kapitalisten machen sich daran, die Kraft kampfstarker Belegschaften und kampfstarker Tarifgebiete direkt zu brechen. Wenn feststeht, daß kein Arbeitslosengeld gezahlt wird, hätte eine "kalte Aussperrung" im Nicht-Streikgebiet (z.B. in Bayern) eine verheerende Wirkung auf die Lage im Streikgebiet (z.B. Baden-Württemberg). Durch den nahezu beliebig möglichen Einsatz der Aussperrung könnten die Kapitalisten die Auseinandersetzung in Betriebe und Gebiete ziehen, in denen die Gewerkschaften schwach sind und so die kampfstarken Bereiche isolieren. Die

Kapitalisten könnten den Schaden in ihrem Lager steuern und gering halten und gleichzeitig den Schaden bei der Gegenseite maximieren.

Die Gewerkschaften könnten dem eigentlich nur mit einem großangelegten Streik über mehrere zusammenhängende Tarifgebiete oder durch Bestreiken der gesamten Branche begegnen. Eine solche Auseinandersetzung will jedoch die Sozialdemokratie mit Blick auf die Bundestagswahlen vermeiden. Das haben die Kapitalisten bedacht und drohen nun den Gewerkschaften bei schwächeren Kampfmaßnahmen wie Schwerpunkstreiks oder größeren Warnstreikaktionen mit einem unkalkulierbaren Risiko.

Der Plan der Unionsparteien scheint der zu sein, als Wahrer der Tarifautonomie und der staatlichen Neutralität bei Arbeitskämpfen in die kommenden



Gutachter Müller

Wahlen zu gehen und den Plan der "Kodifizierung" des Streikrechts gegebenenfalls der FDP anzuhängen. Dabei werden den Kapitalisten mit der von Müller geforderten Sanktionierung der Angriffsaussperrung und z.B. der "lösenden Aussperrung" — d.h. das Arbeitsverhältnis ist nicht einfach suspendiert bis zur Beendigung der Aussperrung, sondern gelöst (!) — Mittel in die Hand gegeben, die in der gegenwärtigen Lage so schlimm wirken können wie ein Streikverbot oder eine Zwangsschlichtung. Blüm hat nicht umsonst Müller als Gutachter bestellt. Bei Müller zählt nicht nur die Autorität als Professor des Arbeitsrechts, sondern auch die "rechts-ethische" Herleitung seiner gesamten Argumentation aus der katholischen Sozialphilosophie. Blüm verspricht sich

damit Wirkung auf die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Von Seiten der CDA ist schon Protest laut geworden gegen eine Sanktionierung der Angriffsaussperrung. Jedoch wird dieser Protest wieder verstummen, denn das Müller-Gutachten enthält — und darüber bewahrt die bürgerliche Öffentlichkeit bislang Stillschweigen — einen abgefeimten Plan. Müller zielt insbesondere auf Streiks mit "Vorreiterrolle" oder "Signalcharakter":

"Solange und soweit die Vereinigung und andere Organisationen betont die entsprechenden Forderungen erheben und von letzteren ein Vorantritt des dritten Verbandes bejaht wird, haben sie sich selbst hinsichtlich des in Verhandlungen stehenden oder umkämpften TV (TV = Tarifvertrag, d. Red.) ins Spiel gebracht. Ihre Angelegenheit steht mit in Rede und weil sie das Vorangehen der einen TV-Partei bejahen, setzen auch sie auf deren (etwaigen) Erfolg und überhaupt auf den erkämpften TV. Die 'Vorreiterrolle' der kämpfenden Koalition für ihre anderen Bezirke und für ihre anderen Branchen ist im gegebenen Falle von vornherein eindeutig."

Damit ist bei "Signalwirkung eines TV" bundesweit und branchenübergreifend Aussperrung ohne Zahlung von Arbeitslosengeld möglich.

"Die Signalwirkung eines TV ist auch dann anzuerkennen, wenn mehrere grundlegende Regelungen gefordert und umkämpft werden, aber nur einzelne von ihnen auch für andere Bereiche tarifvertraglich zum Zuge kommen sollen ..."

Die Signalwirkung erfaßt deswegen grundsätzlich alle der Sache nach überhaupt in Frage kommenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber (auch die Nicht-Organisierten, d. Red.). Ausgenommen sind allerdings diejenigen Arbeitnehmer, die Mitglieder einer Arbeitnehmervereinigung sind, die ihrerseits die in Rede stehende Grundregelung nicht verfolgt oder sie sogar ablehnt. Ihre Arbeitnehmer stehen damit nicht in dem weiteren Feld der angestrebten Regelung. Ihnen die Leistungen der Bundesanstalt nicht zukommen zu lassen, wäre sachwidrig."

Die Mitglieder christlicher Spaltergewerkschaften, die sich dem Tarifziel nicht anschließen oder es ablehnen, sollen also Arbeitslosengeld erhalten. So könnte man die CDA beruhigen, Nicht-Organisierte in die Arme des CGB treiben und den DGB aufreiben — lautet der Vorschlag unter Brüdern. Das haben die FDP und die 130 Unions-Abgeordneten bei ihrem Gesetzentwurf nicht bedacht (siehe nebenstehender Kasten). Müller nennt ihren Gesetzentwurf zu "grobflächig". Sofort nach Vorlage des Müller-Gutachtens haben die Unions-Brüder ihren Gesetzentwurf zurückgezogen. -- (poj)

Auszüge aus dem Müller-Gutachten

Verbot von "Erzwingungsstreiks"

Die von der Gewerkschaft getragenen verhandlungsbegleitenden Arbeitsniederlegungen, die nicht als Warnstreiks angesprochen werden können, üben nach ihrem Charakter keinen "milden Druck" aus, und sie sind von vornherein nicht hierauf ausgerichtet ... Es liegt in Wirklichkeit ein Erzwingungsstreik vor. "Zumindest sind die Grenzen zwischen Warnstreik (im ursprünglichen Sinne) und Erzwingungsstreik im Zeichen der 'Neuen Beweglichkeit' absolut fließend geworden" ... Es fehlt an einer Demonstration lediglich entschlossener Kampfbereitschaft ... Ihrer erkennbaren Tendenz nach bewirken die Arbeitsniederlegungen einen Druck dahin, und sie sollen ihn bewirken, daß die Verhandlungen mit einem bestimmten, nämlich für die Arbeitnehmerseite günstigen Ergebnis zu Ende kommen ...

Der Verfasser macht folgenden Vorschlag für eine gesetzliche Normierung:

Kurzfristige Arbeitsniederlegungen und kurzfristige Aussperrungen, die lediglich eine Beschleunigung der ins Stocken geratenen oder zögernd geführten Tarifverhandlungen verfolgen, sind zulässig. Sie sind zulässig, wenn ein Stocken oder eine Verzögerung der Tarifverhandlungen ersichtlich ist ... Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen der hier in Rede stehenden Art liegen nicht vor, wenn sie nach ihrer Gesamterscheinung den Charakter eines Erzwingungskampfes tragen ...

Streik nur als "letztes Mittel"

Die Angriffsaussperrung ist ausdrücklich anzuerkennen. Gleichzeitig ist zu betonen, daß sie gegenüber dem Angriffsstreik nur in weniger Fällen rechtmäßig in Betracht kommt. Vor allem ist hervorzuheben, daß die Kampfmittel nur letzte Mittel sind. Eine nähere Konkretisierung ist dieserhalb nicht möglich; ob ein Tarifkonflikt nur noch durch einen Arbeitskampf lösbar ist, hängt von der Lage des konkreten Falles ab. Die Rechtsprechung erhält mit "dem letzten Mittel" jedoch einen groben Anhaltspunkt für ihre Beurteilung ...

Folgende gesetzliche Regelung könnte in Betracht kommen: Sind Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages endgültig und unter Berücksichtigung aller Umstände für dauernd ins Stocken geraten, können Streik und Aussperrung eingesetzt werden. Der Arbeitskampf kann mit einer Aussperrung eröffnet werden ...

Angriffsaussperrung "notwendiges Instrument"

Angriffsaussperrungen können vorkommen in Wirtschaftsbereichen, deren Unternehmen in betonter Weise auf die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer angewiesen sind, wie z.B. im Dienstleistungsgewerbe ...

Vor allem aber kann in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Depressionen die Arbeitgeberseite in allen möglichen Branchen und Regionen vor der Notwendigkeit stehen, den Abbau tariflicher Leistungen im Interesse der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu fordern, während die Arbeitnehmervereinigungen unter allen Umständen bei den bisherigen Regelungen verbleiben wollen ... Bei solchem Interessengegensatz wären Tarifverhandlungen ohne die Befugnis zur Aussperrung nicht mehr als "kollektives Betteln".

§ 116 Arbeitsförderungsgesetz

(Die von Müller vorgeschlagenen Änderungen sind gesperrt gedruckt.)

(1) Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden. Die Möglichkeit, daß es zu einem Eingriff kommen

kann, muß bereits ausgeschlossen bleiben.

(2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.

(3) Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes, wenn

1. der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen in dem Betrieb, in dem der Arbeitnehmer zuletzt beschäftigt war, abzielt, oder

2. die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf (beeinflussen würde) beeinflusst oder die Möglichkeit einer solchen Beeinflussung gegeben ist.

(gestrichen: Die Bundesanstalt kann Näheres durch Anordnung bestimmen; sie hat dabei innerhalb des Rahmens des Satzes 1 die unterschiedlichen Interessen der von den Auswirkungen der Gewährung oder Nichtgewährung Betroffenen gegeneinander abzuwägen.)

(gestrichen: (4) Ist bei einem Arbeitskampf das Ruhen des Anspruchs nach Absatz 3 für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern ausnahmsweise nicht gerechtfertigt, so kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes bestimmen, daß ihnen Arbeitslosengeld zu gewähren ist. Erstrecken sich die Auswirkungen eines Arbeitskampfes über den Bezirk eines Landesarbeitsamtes hinaus, so entscheidet der Verwaltungsrat. Dieser kann auch in Fällen des Satzes 1 die Entscheidung an sich ziehen.)

(4) Absatz 1 gilt insbesondere auch für solche Arbeitskämpfe, deren Ergebnis nach den von den Tarifparteien für wesentlich erachteten Kampfzielen Modell- oder Signalcharakter haben.

Durch die §§ 70, 134 Abs. 4 AFG ist die Vorschrift für das Kurzarbeitergeld und die Arbeitslosenhilfe in Bezug genommen.

Gesetzesvorschlag von FDP und 130 Unionsabgeordneten

§ 116 wird wie folgt neu gefaßt:

1. Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden:

2. Ist die Arbeitslosigkeit durch einen inländischen Streik oder inländische Aussperrung verursacht, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht nur im regionalen Bereich des umkämpften Tarifvertrages, sondern darüber hinaus in allen Tarifbereichen, deren fachlicher Geltungsbereich dem des umkämpften Tarifbereichs entspricht. Die Absätze 3. und 4. entfallen.

Das Gutachten zu dem Gesetzesvorschlag

Gleichwohl kann der Vorschlag nicht akzeptiert werden ... Der Vorschlag spricht nur von dem gesamten fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages, innerhalb dessen die Ansprüche gegen die Bundesanstalt ruhen sollen ... Der persönliche Geltungsbereich ist aber ebenfalls bedeutsam ... Bei der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich durch die Industriegewerkschaften Metall und die Gewerkschaft Druck und Papier war eindeutig, daß sie für die dort beschäftigten Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit erhoben wurden. Das muß aber längst nicht so sein. Es sind ohne weiteres Tarifverträge denkbar, deren Signalwirkung sich außer auf den fachlichen Bereich gleichzeitig nur auf einen bestimmten persönlichen Bereich erstreckt, und es werden dies vielleicht nicht wenige sein.

Der Vorschlag beachtet ferner nicht, daß der für eine bestimmte Branche und einen bestimmten Tarifbezirk umkämpfte TV Signalwirkung für alle Branchen im Ausmaß seines persönlichen Geltungsbereichs haben könnte.

Nationale Befreiungsfront Kurdistans

Interview mit Vertretern von Feyka Kurdistan

Feyka Kurdistan ist der Name der "Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine Kurdistans in der BRD". Feyka Kurdistan unterstützt die nationale Befreiungsbewegung in Kurdistan unter Führung der ERNK, der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans.

Frage: In dem Aufruf der ERNK schreibt Ihr, daß es eine Hauptaufgabe in Kurdistan ist, die Bauern von der Unterdrückung und dem Ausbeutungssystem zu befreien und ihnen Landbesitz zu beschaffen. In der Türkei gibt es relativ viele kleine Bauern, die eigenen Landbesitz haben. Erklärt uns doch bitte, wie die feudalen Abhängigkeitsverhältnisse der Bauern in Kurdistan aussehen.

Antwort: Um die Situation besser begreifen zu können, muß man vor allem die sozio-ökonomische Struktur in Kurdistan betrachten.

Kurdistan ist ein halb-feudales, sich in einem Kolonialstatus befindendes Land. Die hier praktizierte Ausbeutung wird in jedem Bereich zur Anwendung gebracht, d.h. der soziale, politische, ökonomische, kulturelle, moralische, philosophische, militärische, kurz gesagt alle Bereiche sind dem kolonialistischen türkischen Staat unterstellt.

Die Bauernschaft gliedert sich in die folgenden grundlegenden Unterschiede auf: Die reiche Bauernschaft; diese Schicht ist mit der kolonialistischen türkischen Bourgeoisie verbunden. Die das eigene Land bewirtschaftende mittlere Bauernschaft. Die rechtliche und die Mehrheit darstellende Schicht ist die arme Bauernschaft; diese muß alles entbehren, wird immer ärmer und wird zwei verschiedenen Unterdrückungen ausgesetzt: der durch den türkischen Kolonialismus und der durch die feudalen Kompradoren. Die Folgen der Nichtentwicklung der Produktivkräfte im Land aufgrund der kolonialistischen und feudalen Unterdrückung macht sich besonders bei der Bauernschaft bemerkbar. Die mittlere und arme Schicht der sich im Finstern des Mittelalters befindenden Bauernschaft kann aus ihren landwirtschaftlichen Erträgen keinen Nutzen ziehen, sondern muß sich ihr Produkt vom Staat und den Kompradoren billig entreißen lassen.

Da der Unabhängigkeitskampf und der Kampf für Demokratie auch die Befreiung der Bauern herbeiführen wird, stellt die mittlere und arme Bauernschaft eine der grundlegenden Kräfte des nationalen Befreiungskampfes dar. Aus diesem Grunde ist im nationalen Befreiungskampf die

Organisierung der Bauernschaft in den Reihen des Proletariats die Aufgabe der Revolutionäre.

Frage: Welche Klassen gibt es in Kurdistan, welche Verbände oder Parteien haben sie?

Antwort: Nach den 60er Jahren ist auf der Grundlage des kolonialistischen Staatskapitalismus in der sozialen Struktur eine Spaltung erfolgt. Wenn wir diese kurz zusammenfassen:

a) Die Klasse der feudalen Kompradoren. Diese Klasse, die in einer engen Beziehung mit dem türkischen Kapitalismus entstanden ist, hat sich die Befreiung nicht zum Ziel gesetzt, sondern stellt den treuen Diener des türkischen Kolonialismus in Kurdistan dar. Sie sind Großgrundbesitzer, die durch von oben herab herbeigeführten Umwandlungen den Charakter von Kompradoren angenommen haben. Während der große Teil dieser Kompradorenschicht, die sich mit dem türkischen Kolonialismus vereinigt, sich in den kolonialistischen türkischen Parteien organisiert, organisiert sich der andere, scheinbar etwas nationali-



Kämpfer der "Befreiungseinheit Kurdistans (HRK)"

stischere Teil in Organisationen, die ihre Existenzgrundlage vom Kolonialismus und den feudalen lokalen Reaktionen erhalten und durch Reformen die materiellen Lebensbedingungen zu verbessern suchen.

b) Die städtischen Kleinbürgerlichen. Nach der Entwicklung des Kapitalismus im ökonomischen Bereich konnte man die Entwicklung der künstlichen Städtebildungsbewegung beobachten. In den Städten, die nicht auf der Grundlage der Industrialisierung, sondern durch auf künstliche

Weise erfolgte Vermehrung der Bevölkerung entstanden sind, entwickelt sich eine kleine, durch Schneider, Friseur, kleine Kaufleute, kleine Autoreparaturwerkstättenbesitzer, Ärzte, Rechtsanwälte und kleine Beamte gebildete Schicht, die städtischen Kleinbürgerlichen. Die, welche die Elite-truppe der kleinbürgerlichen Schicht darstellen und aus Rechtsanwälten, Ärzten und hohen bürokratischen Leuten bestehen, sind in jeder Hinsicht vom türkischen Kolonialismus und der feudalen Kompradorenschicht abhängig. Die Vertreter dieser Schicht, die heute in Europa im Exil leben und sich mit den verschiedenen Erscheinungsformen des Imperialismus vereinigt haben und zusammen mit ihm den nationalen Befreiungskampf Kurdistans mit Vorwürfen wie "die Zeit ist noch nicht reif", "terroristisch" usw. angreifen, sind heute nicht einmal in der Lage, die Interessen ihrer eigenen Klasse zu vertreten. Unter günstigen Bedingungen vertreten sie den Interessen dieser Klasse entsprechenden Reformismus, aber sobald die günstigen Voraussetzungen sich verschlechtern, werden sie zu Dienern des kolonialistischen Problems.

c) Proletariat. Das Proletariat Kurdistans, das auf der Grundlage der Entwicklung des kolonialistischen Kapitalismus entstanden ist, wird von seiten des kolonialistischen Systems am stärksten betroffen. Arbeitslosigkeit und Armut ist ein Teil seines täglichen Lebens. Es stellt die billigsten Arbeitskräfte für den kolonialistischen Staat. Das Proletariat wird von seiten des Kolonialismus in die Türkei, nach Europa u.ä. Gebieten verteilt und hat kein Recht auf die Bestimmung seiner Zukunft. In der sich zuspitzenden und unerbittlichen politischen Lage war die Schaffung einer führenden und kämpfenden Partei in Kurdistan unvermeidlich geworden. Schließlich wurde am 27. November 1978 die Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistan) gegründet. Alle Mitglieder und Kader der jungen Partei haben für die Vorbereitung der Vereinigung der Massen in den Reihen der einzigen Nationalen Befreiungsfront einen aktiven Kampf geführt. Die Beteiligung des Volkes von Kurdistan am Kampf hat den türkischen Kolonialismus tief erschüttert, und die Angriffe gegen die führende Kraft, die PKK, wurden verstärkt. In dieser Angriffssituation sind Hunderte von Söhnen und Töchtern des Volkes von Kurdistan gefallen. Um den Kampf des Volkes von Kurdistan unter Führung der PKK zu verhindern, kam am 12. September 1980 die kolonial-faschistische Junta des Kenan Evren an die Macht. Um die Vorbereitungen für einen stärkeren Kampf zu treffen und die Kräfte zu sammeln, hat die PKK in taktischer Hinsicht den Rückzug in die Praxis umgesetzt. Im August 1982 hat die PKK auf ihrem II.

Parteikongreß dem Beschluß zur Rückkehr in die Heimat einen offiziellen Charakter verliehen. Die unmenschliche und chauvinistische Politik des türkischen Kolonialismus hat mit der Machtergreifung der Junta ein massiveres Ausmaß angenommen. In den Gefängnissen der Junta, insbesondere im Gefängnis Diyarbakir, wurden zahlreiche kurdische Patrioten und Mitglieder der führenden Kraft unseres Volkes, der PKK, niederträchtig ermordet. Unter ihnen befanden sich drei Mitglieder des ZK der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Mazlum DOGAN, Kemal PIR, M. Hayri DURMUS, die in den Gefängnissen den nationalen Widerstandskampf begonnen hatten. Schließlich wurde als ein Ergebnis der in der Rückzugsphase geführten Vorbereitungen und der später in Kurdistan verwirklichten Aktivitäten am 15. August 1984 der Beginn einer neuen Phase, der Phase des langwierigen Volkskampfes, in der Geschichte des Freiheitskampfes unseres Volkes angekündigt. Ab dem 15. August haben die Partisanen der an diesem Tag proklamierten Befreiungseinheiten Kurdistans (HRK) unter der Führung der PKK in Eruh, Semdinli, Karakocan, Midyat, Sirnak usw. Aktionen gegen zahlreiche militärische Einrichtungen der kolonialistischen türkischen Armee verwirklicht. Am Tag des nationalen Widerstandsfestes unseres Volkes, Newroz, und dem Jahrestag der Ermordung des heldenhaften Sohnes unseres Volkes, dem PKK-ZK-Mitglied Mazlum DOGAN, wurde am 21. März 1985 die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) gegründet.

Frage: Die ERNK sagt in ihrem Aufruf, daß sie den nationalen Konflikt als den Hauptkonflikt in Kurdistan ansieht. Was ist damit gemeint?

Antwort: Wie wir schon oben zu erwähnen versucht haben, ist Kurdistan ein halbfeudales und kolonialisiertes Land. Der Kolonialismus stellt ein Hindernis für jegliche Entwicklung in Kurdistan, für soziale, politische, kulturelle, ökonomische u.ä. Entwicklung, dar. Aus diesem Grunde ist es in einem kolonialisierten Land unmöglich, die anderen Probleme zu lösen, bevor man die nationale Frage nicht gelöst hat. Wenn man in Kurdistan eine demokratische Gesellschaft errichten will, so muß man die Überreste des Mittelalters – den Feudalismus – zerstören und jegliche Reaktion zunichtemachen. Dies ist ohne die Lösung der nationalen Frage, das heißt ohne die Zerstörung des faschistischen türkischen Kolonialismus, nicht möglich, denn der Kolonialismus bildet den Grundboden und hält ihn auf den Beinen. Aber diese sind nicht voneinander abgekoppelt, sondern miteinander verbunden. Der Kolonialismus und der hinter ihm stehende Imperialismus sind es, die die nationale Einheit des Volkes von Kurdistan spal-

ten, es in eine unwissende Lage versetzen und es als eine Nation zu vernichten bezwecken. Aus diesem Grunde ist bei uns die nationale Frage, wie bei allen kolonialisierten Ländern, an erster Stelle.

Frage: Im Informationsbulletin des Kurdistan-Komitees 15/85 sind eine Reihe von Besuchen westdeutscher und amerikanischer Generäle in Kurdistan gemeldet. Sind diese Besuche Reaktionen auf den Befreiungskrieg?

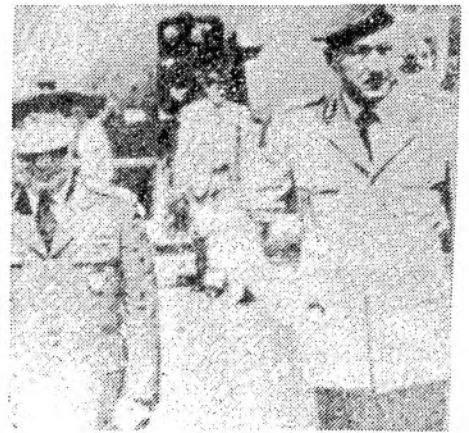
Antwort: Der sich unter der Führung der PKK in Kurdistan entwickelnde Nationale Befreiungskampf macht die imperialistischen Kreise unruhig, zerstört deren Politik im Mittleren Osten und bringt ihre Interessen in Gefahr. Die Rolle der Revolution in Kurdistan bereitet ihnen schlaflose Nächte. Der seit einem Jahr von seiten der HRK geführte Kampf zeigt offen und klar, daß die türkische Armee, die die stärkste Kraft in der Region und die zweitgrößte Armee in der NATO darstellt, gegen den bewaffneten Kampf in Kurdistan nicht lange standhalten kann. Das Ziel der militärischen Besuche von seiten der Imperialisten ist, die faschistische türkische Armee, deren Verfaultheit und Hohlheit an das Tageslicht getreten ist, zu modernisieren und die Konter-Guerilla-Aktivitäten zu verstärken. Diese Besuche zeigen die Panik des Imperialismus, in der er sich gegenüber dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans befindet.

Frage: Wie kann der Befreiungskrieg in Kurdistan hier in der BRD unterstützt werden?

Antwort: Die Frage der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans von seiten der fortschrittlich-demokratischen Öffentlichkeit in der BRD ist eine wichtige Frage. Man muß vor allen Dingen erwähnen, daß die fortschrittlich-demokratischen Kreise in der BRD in bezug auf die Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe in der Welt Erfahrungen haben. Die wichtigste von diesen ist die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes in Vietnam gewesen.

Wie kann man den nationalen Befreiungskampf Kurdistans in der BRD unterstützen? Man kann z.B. mit unserer Föderation und den von ihr abhängigen Vereinen, die sich diese Unterstützung zum Ziel setzen, Beziehungen aufnehmen, sich an Demonstrationen, Kundgebungen, Solidaritätsveranstaltungen beteiligen und ihn somit unterstützen. Man sollte sich auch an den Veranstaltungen und Spendenkampagnen beteiligen. Kurz gesagt, man muß neben der politischen Unterstützung auch geistige und materielle Unterstützung gewähren. Dies sind die Aufgaben eines jeden Demokraten, eines jeden fortschrittlichen Menschen.

Zum Schluß rufen wir jeden Demokraten und fortschrittlichen Men-



General Altenburg, Generalinspekteur der Bundeswehr, bei seinem letzten Besuch am 3. Juli 1985 in Ankara. Links: Der türkische Generalstabschef Necdet Ürug.

schen dazu auf, den sich heute in Kurdistan unter der Führung der PKK, der HRK und ERNK entwickelnden nationalen Befreiungskampf des Volkes von Kurdistan zu unterstützen.

Quellenhinweis: Detaillierte Informationen über die Lage in Kurdistan kann man in dem alle zwei Monate erscheinenden Kurdistan-Report erhalten. Dieser ist zu beziehen über: Sexxwebün, Postfach 10 16 83, 5000 Köln 1 – (eve, rül)

Israel

Die Hintermänner Kahanes

Nach Meinungsumfragen in Israel ist jeder zweite Rekrut Anhänger rechts-extremer Ideen. Würde jetzt gewählt, bekäme die rassistische Kach-Liste des Rabbi Kahane elf Sitze. Bei den Wahlen 1984 zog er erstmals mit einem Sitz (26000 Stimmen, 1,2%) in die Knesset ein (1981: 5220 Stimmen, 1977: 4400 Stimmen). Selbst in Israel wird die politische Karriere Kahanes mit der Hitlers und der NSDAP seit 1928 verglichen.

Kahanes Ideologie ist der Zionismus in reinster Ausprägung. Er fordert die Ausweisung aller Araber aus Israel und den besetzten Gebieten; Israel reiche vom Euphrat bis nach Ägypten. Er rühmt sich für seine engen Verbindungen zu israelischen Terrororganisationen.

Kahane, 1932 geboren, bis 1984 US-Staatsbürger, in den 60er Jahren FBI-Agent in Organisationen von Kriegsgegnern, gründete 1968 in New York die Jüdische Verteidigungsliga, auf deren Konto Bombenattentate und gewaltsame Ausschreitungen gegen Linke und sowjetische Künstler und Diplomaten gehen. Die JVL organisiert auch die paramilitärische Ausbildung

ihrer Mitglieder (1971 ca. 14000, viele auch in Westeuropa). 1971 übersiedelte Kahane nach Israel und gründete die Kach. Mitglieder rekrutierte er zunächst aus neu eingewanderten Juden (oft nur zwecks Einwanderung konvertierte Kriminelle) aus den USA und der Sowjetunion. Finanziert wurde die Kach aus den USA, vor allem über die JVL und von Millionären wie Risenhoover ("Jerusalem-Tempel-Stiftung"), sowie von den Baptisten- und Pfingstkirchengemeinden.

Anfangs nur als fanatischer Spinner eingeschätzt, wurde er seit dem Amtsantritt Begins 1977 tatkräftig von Armeeführung und Regierung unterstützt. Geld- und insbesondere Waffenbeschaffung sind für Kach seither kein Problem mehr. Seine Anhänger gewinnt Kahane zunehmend unter jüngeren Israelis orientalischer Herkunft und unter Armeeangehörigen. Durch seine Wahl erhielten seine Anschauungen vollends den Stempel der Legitimität. Versuche, nach Kach-Überfällen auf arabische Dörfer die Bewegungsfreiheit Kahanes einzuschränken, scheiterten nicht nur an seiner parlamentarischen Immunität; er wird offen unterstützt von Politikern des Likud-Blocks, der National-Religiösen und der Schas-Partei, ebenfalls radikale Zionisten, die sich im Vergleich zu Kahane gern als respektable Konservative ausgeben. "Ich sage, was du denkst", ist Kahanes politischer Slogan; Kahane ist offenbar nur die Spitze des Eisbergs einer rasanten Rechtsentwicklung unter der israelischen Bevölkerung.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin 35/84, 26/85, Arbeiterkampf 255, Münzinger-Archiv 12/85. — (bar)

Afrika

Wird Kap Verde wieder grün?

"Grünes Kap" — Kap Verde — hatten die Portugiesen die Inselgruppe vor der westafrikanischen Küste genannt, als sie sie vor 500 Jahren besetzten. Als Kap Verde nach langem bewaffneten Befreiungskampf vor genau einem Jahrzehnt seine Unabhängigkeit erreichte, war die einst blühende Vegetation vernichtet und lag die Landwirtschaft danieder. Eine industrielle Produktion hatte sich unter der portugiesischen Kolonialherrschaft nicht entwickeln können. Hungersnöte und allgemeine Not hatten viele Bewohner gezwungen, auszuwandern — 1976 lebten 300000 auf den Inseln, doppelt so viele im Ausland. Im Lande waren 60% arbeitslos. Von allen portugiesischen Kolonien hatte Kap Verde nach allgemeinem Urteil die schlechtesten Zukunftsaussichten.

Aber bereits heute hat sich das Bild gewandelt. Unter der Führung der Be-

freiungsorganisation PAIGC, die die ersten Wahlen überlegen gewann, hat das Volk von Kap Verde bedeutsame Fortschritte gemacht: bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit (45000 neue Arbeitsplätze wurden in zehn Jahren geschaffen), bei der Entwicklung des Erziehungswesens, der Gesundheitsversorgung usw.

Eine der dringendsten Aufgaben, die es zu bewältigen galt, war die Reorganisation der Landwirtschaft. Bei Beginn der Unabhängigkeit herrschte Trockenheit im achten Jahr; überhaupt hatte Kap Verde in diesem Jahrhundert schon mehrere Perioden von Trockenheit erlebt. Aufgrund dessen und aufgrund der Tatsache, daß in den 500 Jahren kolonialer Besetzung der ganze Baumbestand abgeholzt worden war, war die Bodenerosion weit fortgeschritten. Die Ernährungsprobleme wurden noch dadurch verschärft, daß die portugiesische Kolonialmacht den fruchtbarsten Teil des Bodens für den Anbau von "cash crops" ("Geldfrüchten") für den Export, z.B. Zuckerrohr, verwandt hatte.

Zu den ersten und wichtigsten Maßnahmen zählte eine Landreform, die die Bauern und Arbeiter ausführlich diskutierten und in deren Verlauf der Großgrundbesitz enteignet und das Pachtsystem abgeschafft wurde. Damit einher ging die Nationalisierung der Wasserversorgung, wodurch es erst möglich wurde, tiefgreifende Verbesserungen durchzuführen. Während die portugiesische Kolonialmacht sich unfähig und unwillens gezeigt hatte, die Probleme der Wasserversorgung zu lösen, leistete das unabhängige Kap Verde in den ersten zehn Jahren Erstaunliches: Mit aller-einfachsten Mitteln wurden zahlreiche neue Wasserlöcher gebohrt und wurden vor allem 15000 Gräben ausgehoben und 2500 km Staumauern gebaut, um das Wasser auffangen zu können aus den sturzbachartigen Regengüssen, die manchmal die Trockenperioden unterbrechen.

Nicht minder bedeutsam im Kampf gegen die Bodenerosion war das Bewaldungsprogramm, das die Regierung einleitete: In Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern wurden eine Zeitlang die zähesten und geeignetsten Baumarten geprüft, bevor mit der Pflanzung begonnen wurde. Inzwischen sind z.B. 23100 ha mit über neun Millionen Akazien bepflanzt. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, die Folgen von 500 Jahren Kolonialherrschaft zu beseitigen. Zudem soll die planmäßige Nutzung des Holzes Kap Verde bis 1990 erstmals seit langer Zeit unabhängig von jeglichen Holzbrennstoff-Einfuhren machen.

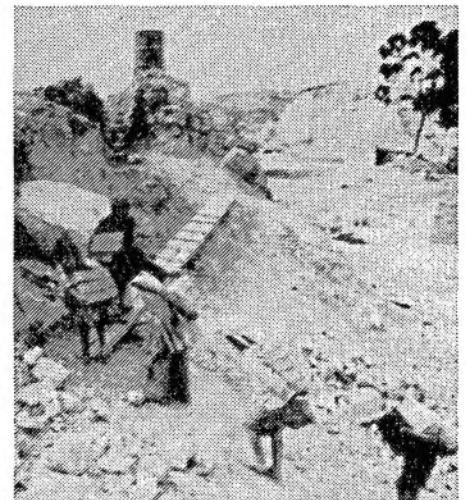
Quellenhinweis: Kap Verde, Ein Jahrzehnt der Freiheit, in: AfricAsia, August 1985; Thea Büttner (Hrsg.), Afrika — Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bd. 4 — (scc)

Brasilien

IWF und Banken erzwingen Haushaltsänderungen

Ende August traten Finanzminister Dornelles, der Präsident der Zentralbank Lemgruber, fünf Abteilungsleiter der Zentralbank sowie der Leiter der Außenhandelsstelle der Banco do Brasil zurück. Der Präsident der Staatsbank bot den Rücktritt an. Anlaß war die Entlassung des Stellvertreters von Dornelles, der eine Studie zur Wirtschaftssanierung Brasiliens erstellte, die sich weitgehend mit den Forderungen des IWF und der Gläubigerbanken des mit 105 Mrd. US\$ höchstverschuldeten Landes deckte.

Als Nachfolger des Finanzministers bestimmte Präsident Sarney den bis-



Kinderarbeit in Brasilien

herigen Chef der staatlichen Entwicklungsbank und Großindustriellen aus Sao Paulo, D. Funaro, und als Präsidenten der Zentralbank das Vorstandsmitglied des größten privaten Bankhauses Lateinamerikas, F. Bracher. Die zurückgetretenen Lemgruber und Dornelles hatten für weitere Kürzungen der Sozialabgaben und für Steuererhöhungen plädiert. Die angekündigten Sozialprogramme sollen v.a. durch Kredite, Handelsüberschüsse, Einnahmen aus der Privatisierung von Teilen der Staatsunternehmen und der Agrarreform finanziert werden. Die "Neuen" sollen der "Privatindustrie" die Führung im Entwicklungsprozeß (Sarney) zuweisen.

Die mittel- und langfristigen Schulden Brasiliens betrugen Ende 1984 rund 92 Mrd. US\$, davon waren 71 Mrd. Schulden des Bundes und der Bundesstaaten und 21 Mrd. die der Kapitalisten. Seit Februar hatte der IWF Brasilien noch ausstehende Kredite in Höhe von ca. 4 Mrd. US\$ gesperrt, weil die letzte Militärregierung den Auflagen des IWF nicht vollständig nachgekommen war. Der IWF forderte

von der neuen Regierung die Senkung des Staatshaushaltsdefizits von rund 18 Mrd. US\$ sofort um knapp 13 Mrd. und bis Ende 1985 auf Null. Die Regierung war zunächst nur zu einer Halbierung bereit. Sie weigerte sich auch, Tilgungen für die nächsten Jahre zu zahlen und somit die von der Figureiredo-Regierung unterschriebenen Verträge für die Umschuldung von 45,3 Mrd. US\$ bis 1991 zu erfüllen. Diese sehen zuzüglich der jährlichen Zinszahlungen in Höhe von 11 Mrd. US\$ eine Tilgungsrückzahlung von 9 Mrd. bis 1991 vor. Die brasilianische Regierung sperrte sich gegen die halbjährliche Überprüfung ihres Haushaltes durch den IWF und forderte zudem eine Senkung des "Risikozuschlages" auf internationale Zinsen von bisher 2% auf 1,125%. Die Verhandlungen wurden unterbrochen. Der Ausschuß der Gläubigerbanken unter Vorsitz der Citi-Bank machte eine weitere Kreditvergabe von einer Einigung mit dem IWF abhängig.

Finanzminister Dornelles erklärte im Mai, daß sich Brasilien auf keinen Fall einem Sanierungsdiktat des IWF beugen werde, da das IWF-Programm von 1980-83 zu verheerenden Auswirkungen führte: Sinken des Pro-Kopf-Einkommens um 12%; Rückgang der Beschäftigten in der Industrie um 23%; niedrigster Stand der Privatinvestitionen seit 30 Jahre und absolute Armut für 30% der Bevölkerung.

Ende Mai zwang der IWF der Regierung ein kurzfristiges Kreditabkommen statt des gewünschten langfristigen auf. Im Juli führte die Regierung Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen in Höhe von 6 Mrd. US\$ durch. Ende August werden Verhandlungen über ein Sanierungsprogramm wieder aufgenommen und die Kredite bis Januar 1986 verlängert.

Für März 1986 planen die latein-amerikanischen Staaten eine Schuldnerkonferenz in Panama.

Quellenhinweis: Brasilien-Ausschnittdienst 6-8/85; NZZ und Handelsblatt versch. Ausg. — (sie)

heimdienst der Armee (DGSE) hatte den Auftrag, den Aktionen von Greenpeace zuzuvorkommen. Seit Ende Mai hielten sich fünf seiner Mitglieder — die Mehrzahl Kampfschwimmer der Basis Aspretto auf Korsika — in Neuseeland auf, von wo die Greenpeace-Projekte starten sollten. Am 10. Juli explodierte das Greenpeace-Schiff Rainbow-Warrior im Hafen von Auckland, es gab einen Toten. Ursache der Explosion ist eine Unterwasserbombe. Am 17. Juli verhaftete die neuseeländische Polizei zwei Personen, die am 23.7. des Mordes und des Sprengstoffattentates beschuldigt wurden — sie sind Mitglieder der DGSE. Anfang August bestellte Präsident Mitterrand eine Untersuchung der Vorgänge: Der Bericht des Gaullisten Tricot bestätigte Ende August alle wesentlichen Fakten, sah jedoch keine Beweise für die Durchführung des Attentates durch den Geheimdienst DGSE. Die neuseeländische Polizei ermittelt weiter.

Der Tricot-Bericht war tagelang Thema Nummer eins der öffentlichen Debatte und Gegenstand zumeist ironischer Kommentare. Niemand akzeptiert bis heute die These der

Nichtverwicklung von Geheimdienst und Regierung, doch neben den Pressek Diskussionen über den Dilettantismus der Geheimdienste und den Spekulationen über die Beteiligung fremder (britischer) Dienste bzw. eine Versenkung durch Greenpeace selbst, die mehr Nebel verbreiten, als sie klären, fällt Folgendes auf: Die Rechte folgt der Parole des ehemaligen Innenministers Poniatowski, die Affäre nicht politisch auszuschlachten, da ein nationales Interesse bestehe, die Geheimdienste zu schützen, und hält sich zurück. Doch auch die PCF, die von Skandal und Staatsterrorismus spricht, spart den entscheidenden Gesichtspunkt, die französische Atom- und Militärpolitik aus. Und als Präsident Mitterrand Mitte August die Marine anwies, wenn nötig mit Gewalt jedes illegale Eindringen fremder Schiffe in das zur Sperrzone erklärte Gebiet um das Muroroa-Atoll zu verhindern, kritisierte die PCF v.a. die martialische Sprache. Kritik, die die französische Politik als imperialistisch und kolonialistisch angreift, dringt kaum durch und materialisiert sich nicht in Aktionen. — (pel)

Jugoslawien

Schuldenabbau durch enge Zusammenarbeit mit der EG?

Der Delegationschef der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Jugoslawien, Albert Maes, gab im Mai 1985 der jugoslawischen Zeitschrift "Internationale Politik" ein Interview über die Zusammenarbeit Jugoslawiens mit der EG.

Er äußert sich positiv über die bisherigen Beziehungen, die seit 1976 bestehen und seit 1980 nach einem Abkommen über "Zusammenarbeit" ausgebaut wurden:

"Die bislang erzielten Ergebnisse sind beachtlich, die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und Jugoslawien nahm eine harmonische Entwicklung, was durch die rasche Steigerung der jugoslawischen Exporte auf den Markt der Gemeinschaft und den drastischen Abbau des jugoslawischen Defizits auf diesen Märkten bestätigt wird.

Die sich äußernden Schwierigkeiten — und das Auftreten von Schwierigkei-



Frankreich/Greenpeace

Viel Wind— jedoch kaum Kritik an Atompolitik

Am 8. Mai dieses Jahres zündete die französische Armee in ihrem Experimentellen Nuklearzentrum im Muroroa-Atoll im Südpazifik eine Atombombe von ca. 150 Kilotonnen. Allen zugänglichen Informationen zufolge handelte es sich um den größten und wichtigsten unterirdischen Versuch in der mittlerweile langen Reihe der Tests — offizielle Begründungen gibt es nicht.

Seit dem Frühjahr war bekannt, daß die Organisation Greenpeace Aktionen gegen diese Tests plante. Der Ge-



Der Verleger der britischen Tageszeitung Daily Mirror, Robert Maxwell, mußte am 1.9. ein Abkommen mit der Druckergewerkschaft NGA unterschreiben, das einen Erfolg für die Gewerkschaft bedeutet. Die Drucker wehrten sich gegen die Verlegung der Produktion aus der Londoner Innenstadt nach Südlondon, weil damit Lohnkürzungen und Entlassungen verbunden wären. Als Reaktion schloß Maxwell die Londoner Ausgabe des Mirror. Jetzt wird nur die Sportzeitung Sporting Life verlegt, während der Daily Mirror und die Sonntagszeitungen des Verlags am alten Ort bleiben. Das Bild zeigt Drucker bei einer Solidaritätsaktion mit Bergleuten. — (hef)

Österreich: Weingesetz gegen Winzer

Auf einer Sondersitzung verabschiedete der Nationalrat am 29.8. mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ das "strengste Weingesetz Europas". Es ist ein Mittel, die kleinen Winzer zu ruinieren. Das Verbot, Wein mit Diäthylenglykol zu versetzen und Qualitätswein in Tanks zu exportieren, bestand auch bisher. Nach dem neuen Gesetz soll u.a. eine Beschränkung des Höchstertrages pro Hektar festgesetzt werden; die Winzer sind ferner verpflichtet, ihre gesamten Leseerträge auf dem Schwarzen Brett im Gemeindeamt amtskundig zu machen. Weiter sollen sie bei "Privatverkäufen ab Hof von mehr als 50 Litern" Namen und Adressen der Käufer registrieren. Das Ganze läuft auf eine stärkere Ab-



hängigkeit der Winzer von Handelsketten und Supermärkten hinaus. — Die ÖVP hat das Gesetz als bürokratische Gängelung abgelehnt. Die auf den schwarzen Listen erscheinenden Parteimitglieder hat sie in ihren Handelskammer-Ämtern belassen. Bild: Aktion gegen das alte Weingesetz. — (rua)

Philippinen: Journalistenprotest gegen Marcos-Regime

Über 300 Journalisten demonstrierten Ende August in Manila gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit durch das Marcos-Regime und gegen die Morde an Journalisten durch Soldaten oder andere vom Regime gedungene Killer. Seit 1979 sind 22 Journalisten ermordet worden, seit Anfang 1985 sechs Journalisten. Keiner der Morde wurde bislang aufgeklärt. In allen Fällen hatten die Journalisten das Regime kritisiert bzw. über die Lage in den durch die kommunistische NPA befreiten Gebieten berichtet. Die Demonstration richtete sich auch gegen die vier größten Tageszeitungen Manilas, die sich allesamt im Besitz der

Familie Marcos bzw. der herrschenden Kompradorenclique befinden. — (wom)

Ost-Timor: Erfolge der Fretilin

Die Fretilin, die den Kampf für die Befreiung Ost-Timors von indonesischer Besatzung führt, hat sich reorganisiert und in den letzten Monaten viele bewaffnete Aktionen durchgeführt. Allein bei einer Aktion tötete bzw. verwundete sie 30 indonesische Soldaten. Für das Wiedererstarken der Fretilin spricht auch, daß das Oberhaupt der kath. Kirche in Ost-Timor kürzlich den Befreiungskampf rechtfertigte und erklärte, entgegen allen Behauptungen sei ein Ende des Krieges nicht in Sicht. — (scc)

ten ist völlig normal— wurden von beiden Seiten stets im Geist der Zusammenarbeit erwogen ... Die stetige Steigerung des Handelsaustausches im Rahmen einer rationalen Arbeitsteilung auf internationaler Ebene wird sich sicher fortsetzen und wird mehr und mehr von einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in allen Bereichen begleitet sein ... Im vorigen Jahr bemühte sich die Delegation darum, Kontakte zwischen Unternehmen in den Ländern der Gemeinschaft und in Jugoslawien anzuknüpfen und zu verstärken."

Soweit der Vertreter der EG-Imperialisten, denen die "Zusammenarbeit mit Jugoslawien" offensichtlich einiges einbringt. In Jugoslawien selbst sieht die Lage anders aus.

Jugoslawien hat an die EG-Imperialisten, und allen voran an die westdeutschen, die höchsten Schulden. Führende Vertreter der "Integration in den Weltmarkt" und der seit 1983

durchgeführten Wirtschaftsreform in Jugoslawien sehen nur in enger Zusammenarbeit mit der EG die Möglichkeit, ihre Schulden schrittweise abzubauen. Dazu aus einem Vortrag von M. Krstic, serbischer Minister für Auslandsbeziehungen, vor der Südosteuropa-Gesellschaft München 1984 über "Das Jugoslawische Stabilisierungsprogramm":

"Jugoslawien hat sich nicht, wie man hätte erwarten können, gegenüber der weltweiten wirtschaftlichen Krisenentwicklung und deren Folgen in eine autarkische Selbstisolierung geflüchtet, vielmehr zieht sich durch das Programm wie ein roter Faden die Überzeugung, daß eine effiziente und rationelle Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft nur auf dem Wege ihrer größeren Öffnung gegenüber der Weltwirtschaft und unter der ständigen Einwirkung der Weltmarktkriterien gewährleistet wird ...

Die Ausgangsprinzipien der im Pro-

gramm vorgezeichneten Stabilisierungspolitik sind: der Grundsatz der Stützung auf die eigenen Kräfte, die entschiedene Öffnung gegenüber den Einflüssen weltwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten und Marktkräfte sowie die gesteigerte, aber selektive Expansion unserer Exporte."

Tatsächlich strebt Jugoslawien an, nicht nur den Export überhaupt in die EG-Länder drastisch zu steigern, sondern den Anteil industrieller Fertigprodukte daran zu erhöhen. Bis 1990 soll die Ausfuhr in westliche Länder um 14,9% gesteigert werden, während die Ausfuhren in RGW-Länder (die keine Devisen bringen) nur um 5,3% zunehmen sollen. Dadurch würde sich der Anteil der westlichen Industrieländer am jugoslawischen Export auf fast 50% (1983: 31,9%) erhöhen, wobei die Ausfuhr in die EG bis 1990 im Jahresdurchschnitt um 14,5% und die in die Länder der EFTA um 15,3% zunehmen soll.

Japan: Rüstungsetat überschreitet 1%-Marke

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte übersteigen die japanischen Militärausgaben 1% des Bruttosozialprodukts. Diese Marke konnten bislang die konservativen japanischen Regierungen angesichts der verbreiteten antimilitaristischen Strömungen in der Öffentlichkeit nicht überschreiten. Japans Ministerpräsident Nakasone hatte schon vor seinem Amtsantritt angekündigt, die Kriegsfähigkeit der japanischen "Selbstverteidigungstreitkräfte" zu verstärken. — (wom)

Indien: Sikh-Vertreter Longowal getötet

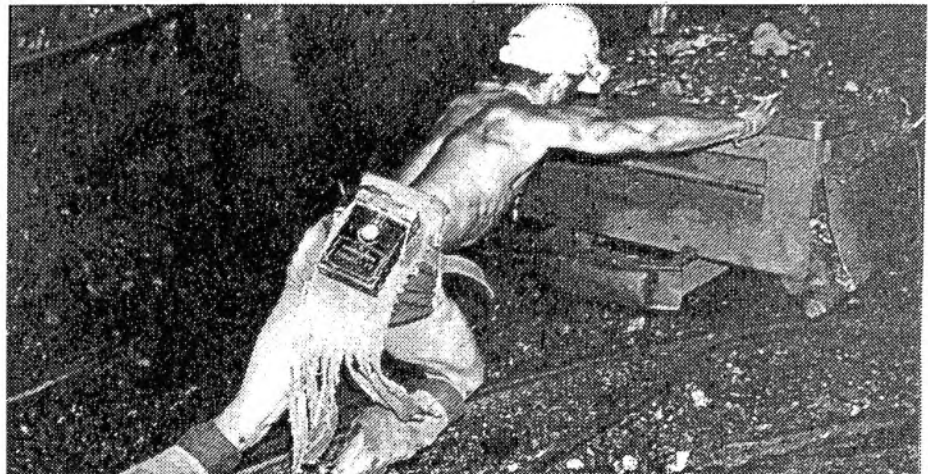
Am 20. August 1985 wurde der Vorsitzende der Akali-Dal-Partei Longowal im Punjab von militanten Sikh getötet. Grund war das am 30. Juli mit der indischen Regierung geschlossene Abkommen (s. Politische Berichte 17/85), das v.a. in Amnestieforderungen für desertierte Sikh-Soldaten und inhaftierte Anhänger des erschossenen Sikh-Führers Bhindranwale keinerlei Zugeständnisse enthielt. Die für November vorgesehenen Wahlen im Punjab werden allerdings lediglich um drei Tage verschoben, kündigte Ministerpräsident Gandhi an. Das Attentat fand in den Kreisen der Gegner des Abkommens keinen Beifall. Die Präsenz von Militär wurde kurzfristig erhöht. Allerdings soll die Aufhebung des Ausnahmezustandes bestehen bleiben. Als Nachfolger Longowals wurde der ehemalige indische Minister Barnala gewählt, der ein enger Vertrauter Longowals war und als Vertreter der wohlhabenden Sikh angesehen wird. Er hatte wesentli-

chen Anteil am Zustandekommen des Vertrages mit der indischen Regierung. Der Flügel der Gegner des Abkommens in der Akali-Dal konnte sich bei den Wahlen nicht durchsetzen. — (cog)

Südafrika: Der Rand fällt Kredite werden knapp

Seit Ende Juli ist die südafrikanische Währung Rand um über 30% gegenüber dem Dollar gefallen. Das ist eines der Ergebnisse der massiven Kapitalflucht aus Südafrika in den letzten Wochen. Schätzungen sprechen von über 6 Mrd. Dollar, die seit Juli abge-

zogen wurden. Offenbar sinkt das Vertrauen der imperialistischen Finanziers in die Zukunft des Regimes rasch. Letzte Woche hat die südafrikanische Regierung mehrere Tage alle Devisenbörsen geschlossen, um die Kapitalflucht zu stoppen. Notenbankchef de Kock flog nach London, um laut "Handelsblatt" vom 30./31.8. mit britischen, Schweizer und westdeutschen Bankern zusammenzutreffen, sowie nach Washington. Das Kolonialregime ist bei imperialistischen Banken mit 17 Mrd. Dollar verschuldet. 12 Mrd. Dollar müssen bis Sommer 1986 zurückgezahlt werden. — (rül)



Seit dem 1.9. streiken 70000 schwarze Bergarbeiter in sieben Gold- und Kohlebergwerken der Minenkonzerne Gemcor, Gold Fields und Anglovaal in Südafrika/Azania. Sie fordern, daß die Löhne um 22% erhöht und die Sicherheitsvorkehrungen in den Minen verbessert werden, daß schwarze Arbeiter für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie Weiße erhalten sowie, daß der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Die unabhängige Bergarbeitergewerkschaft NUM wollte zunächst am 25. August mit dem Streik beginnen, sie konnte die Kapitalisten spalten. Mit der Anglo-American Corporation vereinbarte die NUM inzwischen u.a. Lohnerhöhungen zwischen 18 und 22%. Der Vorsitzende der NUM erklärte am 1.9., wenn die Minenkapitalisten bewaffneten Werksschutz gegen die Bergarbeiter einsetzen, werde die NUM Solidaritätsstreiks in allen anderen Bergwerken durchführen. — (uld)

Bisher ist der Import jugoslawischer Industriegüter in die EG durch einen Katalog "hochwertiger Waren", die nicht importiert werden dürfen, beschränkt. Dazu kommt, daß aufgrund veralteter Industrieanlagen die Preise jugoslawischer Industrieerzeugnisse den EG-Imperialisten zu hoch sind und aufgrund starker Importrestriktionen wegen Devisenmangel für Industrieanlagen in Jugoslawien das "Modernisierungsprogramm" für die Industrie stagniert. Die Ursachen für diese Schwierigkeiten liegen in der Zeit von 1970 - 1980, als die jugoslawische Industrie im wesentlichen mit westlichen Anlagen und Know How ausgestattet wurde, ein Grund für die große Auslandsverschuldung und die Abhängigkeit vom Import westlicher Industrieanlagen, Ersatzteile usw.

Betrachtet man die bisherigen Beziehungen zwischen Jugoslawien und der EG, kann man feststellen, daß die Ergebnisse, die sich Jugoslawien da-

von erhofft, nicht oder nur aufgrund großer Opfer erreicht wurden. Zwar konnten die Schulden schrittweise abgebaut werden, aber auf Kosten des ständig sinkenden Lebensstandards der Arbeiter und Bauern in Jugoslawien. Die Exportsteigerungen wurden nicht durch höhere Produktion erzielt, sondern durch Umleitung der Warenströme vom Binnenmarkt und dem nichtkonvertiblen Gebiet (RGW) in die EG-Länder. 1984 waren 49% alle Exporte Jugoslawiens Rohstoffe und Reproduktionsmaterialien, 34% waren Massenverbrauchsgüter und nur 17% Maschinen und Industrieausrüstung. Der Export von Rohstoffen stieg im Vergleich zu 1983 um 14%, der Maschinexport sank um 38%.

Schon diese Zahlen zeigen die wachsende Abhängigkeit von der EG. Diese Politik geht eindeutig zu Lasten der Arbeiter, deren Löhne seit 1980 sinken, und zu Lasten der Bauern. Die jugoslawische Landwirtschaft wird zu

90% privat betrieben und ist rückständig organisiert. Der steigende Anteil von Rohstoffen und Nahrungsmitteln an den Exporten in die EG muß zu Überarbeit der kleinen Bauern und weiterem Bauernlegen führen.

Zunehmende Streiks und Demonstrationen zeigen den Widerstand der werktätigen Klassen gegen die so geartete Zusammenarbeit mit den Imperialisten, er ist aber bisher vereinzelt und ohne größere Wirkung.

Die Betreiber der Öffnung zur EG in Jugoslawien beteuern alle, daß sie für Erhalt der Blockfreiheit und des Selbstverwaltungssozialismus sind. Die reale Entwicklung führt aber offensichtlich in eine Reihe von Abhängigkeiten, die auch die politische Unabhängigkeit des Landes gefährden können.

Quellenhinweis: "Südosteuropa", 2/3 1984, "Internationale Politik" 5/85, mehrere Nummern "Ekonomika Politika" — (lsc)

* Veröffentlichungen *

Bericht des DIHT zur Berufs- und Weiterbildung

In dem vor kurzem erschienenen Bericht wendet sich der Deutsche Industrie- und Handelstag vor allem gegen jede Form von Berufsbildungsumlage. Er polemisiert gegen die Entschliebung der Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und der Bürgerschaften vom 7./8. März 1985, die eine Umlage von allen Betrieben verlangen, die nicht ausbilden oder nicht mindestens eine Ausbildungsquote von vier Prozent der Beschäftigtenzahl erreichen. Initiativen in einzelnen Bundesländern zur gesetzlichen Einführung einer Berufsbildungsabgabe werden als verfassungswidrig zurückgewiesen. Die Kapitalistenvereinigung hetzt besonders gegen die Gewerkschaftskampagne "Wer nicht ausbildet soll zahlen". Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10.12. 1980 zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz habe klargestellt, daß Jugendliche kein einklagbares Recht auf eine Lehrstelle hätten. Ihrer "sozialethischen" Pflicht hätten die Kapitalisten genüge getan. Wenn der DGB behaupte, augenblicklich seien 288.700 Jugendliche ohne Ausbildung, sei das übertrieben. Besonders aufschlußreich über die Absichten der Kapitalisten ist ein Aufsatz im Anhang zur "Fachfertiger Ausbildung". 1983 habe eine betriebliche Nachfrage von 38% nach qualifizierten Arbeitern und von 62% nach Arbeitern mit Qualifikationen unterhalb der Facharbeiterebene bestanden. Dem müsse die Ausbildung gerecht werden, damit "Humankapital nicht am Markt vorbei produziert wird". (Berufs- und Weiterbildung 1984/85, Deutscher Industrie- und Handelstag, 201 Seiten, 9,00 DM-clm)

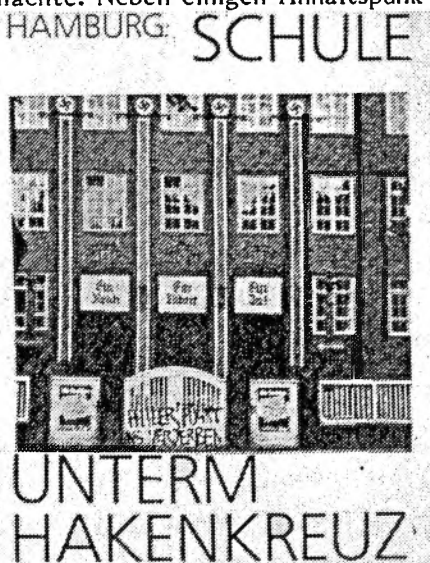
Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz

"Schule ist zu allen Zeiten ein Ort gewesen, der Rattenfänger angezogen hat, (...) Gegen diese Gefährdung kann sich Schule nur wappnen, indem sie Wachsamkeit gegenüber jeder Art von Mißbrauch zu ihrem Gesetz macht", befindet Hamburgs Schulse-nator Grolle (SPD) in seinem Geleitwort zu dem Band "Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz". Im Gegensatz zu diesen (entbehrlichen) Anklagen an Totalitarismustheorien kommen die 35 Verfasser (Autoren der Hamburger Lehrerzeitung und der VVN-Bund der Antifaschisten) zu einer materialreichen Verurteilung des Hitlerfaschismus und seiner sogenannten Bewältigung im Nachkriegswestdeutschland.

Im Zentrum des Bandes stehen Porträts antifaschistischer und verfolgter Lehrerinnen und Lehrer, die sich

der faschistischen Ausrichtung der Schulen nicht beugen wollten und am organisierten Widerstand teilnahmen.

Von einem Widerstand der Hamburger Lehrerschaft kann hingegen keine Rede sein. Mit 27% NSDAP-Mitgliedern waren die Lehrer 1935 die Berufsgruppe mit dem höchsten NSDAP-Organisierungsgrad. Dargestellt wird auch die wenig rühmliche Rolle der Lehrergewerkschaft, deren Umwandlung in den NS-Lehrerbund sich erschreckend geräuschlos vollzog, vom Widerstand einer kleinen "Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer" (IOL) abgesehen, die seit 1931 Front gegen die Reaktion machte. Neben einigen Anhaltspunk-



Lichtwark-Schule 1934 mit in Schulpforte einmontierter Schüleräußerung.

ten für die Gründe des faschistischen Einflusses in der Lehrerschaft werden durch Verarbeiten zahlreicher Dokumente und Augenzeugenberichte vor allem die Auswirkungen der faschistischen Ideologie und die Maßnahmen der Landesunterrichtsbehörde auf den Schulalltag dargestellt.

Der Nutzen des Buches wird dadurch vergrößert, daß über das Ende der faschistischen Herrschaft hinaus Dokumente der 50er und 60er Jahre aufgearbeitet werden. Dabei zeigt sich, daß Pädagogen, die von den Nazis verfolgt worden waren und in antifaschistischer Tradition zu bilden und zu erziehen versuchten, schon bald zu den Diskriminierten und durch den Adenauer-Erlaß von 1950 Gemaßregelten gehörten. So z.B. der Lehrer Walter Flesch, der 1953 wegen Verwendung "ostzonaler Fibeln" aus dem Schuldienst entlassen wurde. (U. Hochmuth / H.P. de Lorent (Hrsg.), Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz, 1985, 340 S., 28 DM; zu beziehen über: Hamburger Lehrerzeitung, Rothenbaumchaussee 15, Curiohaus, 2000 Hamburg 13-rad)

"Motivierung" und Arbeit, die krank macht

Wer sich mit modernen arbeitswissenschaftlichen Untersuchungen, darunter solche im Auftrag der Kapitalisten zur "Motivierung" ihrer Belegschaften, aber auch gewerkschaftsfreundliche Studien über Arbeitsbelastung und Krankheiten, befassen will, findet in einer von den Berufsgenossenschaften herausgegebenen Broschüre reichlich Hinweise. 95 arbeitswissenschaftliche Studien werden darin in äußerst gefärfter Form und in einem schauerhaften Deutsch vorgestellt. Die Broschüre stammt von der "Internationalen Arbeitsorganisation" (ILO), in der die Gewerkschaften nur ein Drittel der Delegierten, Kapitalisten und Regierungen dagegen zwei Drittel der Delegierten stellen. Interessant ist, daß offenbar immer mehr Arbeitswissenschaftler sich zu einer Kritik der kapitalistischen Arbeitsbedingungen aufraffen. Einen Hinweis darauf findet man gleich im Vorwort der Broschüre: "Viele Fachleute" gingen heute davon aus, daß "die Arbeitsbedingungen ... zunehmend intolerabler werden". (Hauptverband gewerblicher Berufsgenossenschaften, Streß, Arbeit und Arbeitszufriedenheit, Bonn 1985, 63 S., kostenlos, Lindenstr. 78-80, 5205 St. Augustin - rül)

Linke Sozialdemokraten zur SPD-Programmdebatte

Das Buch "SPD - Jenseits von Godesberg" ist ein Beitrag zur Programmdebatte innerhalb der SPD. Es ist eine Zusammenstellung von Aufsätzen verschiedener Autoren, die sich als linke Sozialdemokraten verstehen. Zum Kennenlernen aktueller reformistischer Vorstellungen für verschiedene gesellschaftliche Bereiche und der Geschichte bestimmter Programmpunkte der SPD ist das Buch nützlich.

Einleitend legt Professor Abendroth fest, was "'linke' Gruppierungen" bei ihrer Einflußnahme auf die Programmdebatte in der SPD beachten müssen, "wenn sie Erfolge erzielen und sich nicht isolieren wollen". Innerhalb der SPD seien vor allem Gruppierungen aus Verwaltung, Lehrpersonal und Gewerkschaftsbürokratie aktiv, denen sozialistische Vorstellungen fremd seien, "Vorstellungen von der Notwendigkeit einer solchen vollen gesellschaftlichen Umgestaltung, die die kapitalistische Steuerung des ökonomischen Lebens (und objektiv auch aller anderen Zweige gesellschaftlicher Tätigkeit) im Interesse des Profits der Einzelunternehmungen ... und damit die Gefahren, von denen wir in jeder Krise bedroht sind, beseitigt". Deswegen könne derzeit nicht gefordert werden "die Transformierung der Gesellschaft durch Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise in Richtung auf sozialistische Produktionsverhältnisse mittels eines Sy-

stems ökonomischer Planung durch den Staat und sozialistische Selbstverwaltung". Möglich sei dagegen aber, ein "Aktionsprogramm anzusteuern ... Dabei geht es erstens um alle Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes, anhand derer die Klassenproblematik unmittelbar bewußt werden kann, also neben der Verteidigung und Erweiterung des Lebensstandards vor allem um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (als wichtigstes Mittel der Bekämpfung nicht nur der unmittelbar krisenbedingten, sondern auch der strukturellen Arbeitslosigkeit) ... zweitens um Abrüstung und Friedenssicherung ... drittens um systematische Durchsetzung ökologischer Programme, die gleichzeitig der Vollbeschäftigung dienen." Erforderlich sei, an Zielvorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft der Zukunft "zu erinnern, weil die Krisen der kapitalistischen Gesellschaft und die breite strukturelle Arbeitslosigkeit stets neu das Erfordernis sozialistischer Planwirtschaft auf die Tagesordnung stellen werden".

Damit ist als Grund für den Sozialismus die Abschaffung der wirtschaftlichen Krisen angegeben und nicht die Abschaffung der Ausbeutung der Arbeitskraft, die die Grundlage der Kapitalherrschaft ist.

Die Mehrzahl der Verfasser wiederholt Abendroths Auffassungen und konkretisiert sie in ihren Aufsätzen. Geben die Verfasser Anhaltspunkte, die sich gegen eine weitere Anbindung der Lohnabhängigen und ihrer Interessen an eine Festigung der Kapitalentwicklung richten? Professor Schui schlägt vor: "Für die wirtschaftliche Stabilisierung, für Vollbeschäftigung in der langen Frist" muß "das große Kapital mit einem hohen Produktionsmittelbestand, absolut und auch im Verhältnis zur Produktion, vergesellschaftet" werden. Das führe dazu, daß die "Investitionstätigkeit nicht mehr an die Profitrate geknüpft ist" und gebe "Spielraum für eine Wirtschaftspolitik, die der Arbeitslosigkeit und der Armut ernsthaft begegnen will. Soll es um die Interessen der Arbeitenden gehen, kann der Konflikt zwischen ökonomischer und politischer Macht nur so entschieden werden."

In anderen Aufsätzen werden gemischte Produktionsverhältnisse gefordert – staatliches, gemeinschaftliches und privates Eigentum an den Produktionsmitteln nebeneinander. Dabei knüpfen die Verfasser an Keynes an und propagieren seine Mittel als Lösung der kapitalistischen Krisen. Die von den Verfassern vorgeschlagene staatliche Planung der Kapitalakkumulation wird aber die Abhängigkeit der Lohnarbeit von der Kapitalentwicklung und deren Gesetzen nicht aufheben, sondern weiterführen.

(SPD – Jenseits von Godesberg. Diestel-Verlag, 1985, 19,80 DM – gba)

Vorruhestandstarif

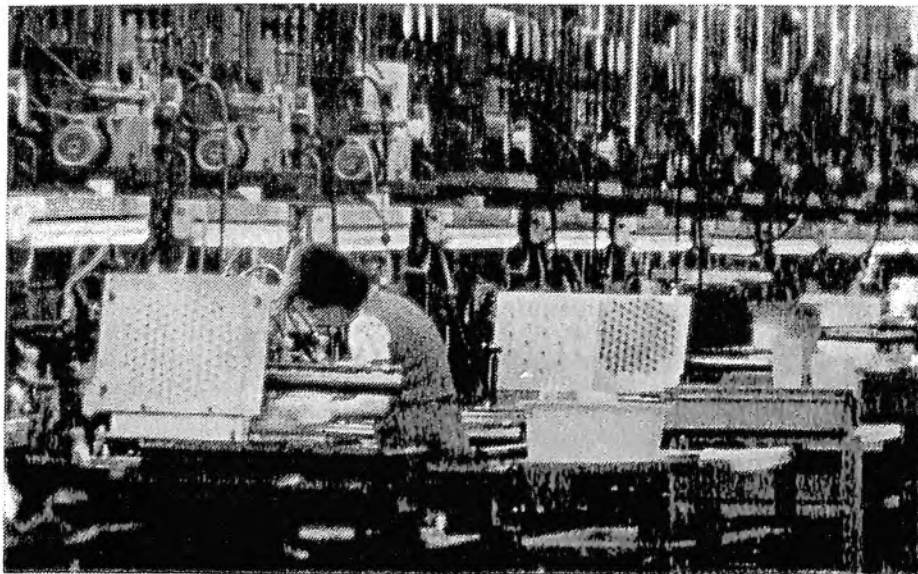
Gesichtspunkte zur Bewertung des Chemietarifvertrages

Bereits 1982 war die IG Chemie-Papier-Keramik u.a. mit der Forderung nach Einführung einer Tarifrrente für alle Arbeiter ab 58 Jahren in die Tarifaufeinanderersetzung gegangen. Wenige Monate zuvor hatte Hermann Rappe Karl Hauenschild als Vorsitzenden der IG CPK abgelöst. In einem 1982 gehaltenen Grundsatzreferat stellte Rappe eine solche Tarifrrente als einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und als Teil einer von ihm propagierten "gesamtgesellschaftlichen Verabredung" heraus. Anfang 1984 legte der IG CPK Hauptvorstand zur Vorbereitung des Gewerkschaftstags den Entwurf eines inzwischen beschlossenen Tarifpolitischen Programms vor, in welchem u.a. die "Tarifrrente im Rahmen eines Vorruhestandsgesetzes (...) als ein tarifpolitischer Zwischenschritt zur allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit" gefordert wird mit der Begründung: "zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, aus humanitären Gründen und zur Steigerung der Lebensqualität". Zum 1.5.84 trat das "Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand" aus dem Hause Blum in Kraft. Seither sind in mehr als 200 Tarifverträgen Vorruhestandsvereinbarungen getroffen worden.

Die IG CPK hätte sich dabei dadurch auszeichnen können, daß sie statt des Blümschen Vorruhestands für die Jahrgänge vor 1931 – womit die Altersgrenze, bis zu der ein Arbeiter seine Arbeitskraft anzubieten hat, nicht gesenkt werden soll, sondern von Arbeitsmarktlage und Verwertungsbedürfnis des Kapitals abhängig ge-

macht wird – zumindest eine jahrgangsunabhängige Fassung der Vorruhestandsregelung gefordert hätte. Stattdessen unterscheidet sich der Chemietarifvertrag vom 1.5.85 wesentlich von anderen Verträgen dadurch, daß den Forderungen der Chemiekapitalisten mit einer Altersteilzeitarbeit von 20 Wochenstunden für alle ab 58 Jahren (bei 85% vom Jahresbrutto) entgegengekommen wurde, während Anspruch auf Vorruhestand (bei 75% vom Monatsbrutto) nur Schwerbehinderte ab 58 Jahren, Kontischichtarbeiter ab 59 Jahren nach 15jähriger Schichtarbeit inkl. Sonntagsarbeit sowie alle 60jährigen haben. Anspruchsvoraussetzung ist jeweils 10jährige Betriebszugehörigkeit. Den Absichten von Regierung und Kapitalisten, sich das Recht auf Vernutzung der Arbeitskraft bis ins hohe Alter zu sichern, wurde durch die vereinbarte Altersteilzeitarbeit entgegengekommen. Obwohl noch keine ausreichenden Erfahrungen mit dem Chemie-Tarifvertrag vorliegen (Altersteilzeitarbeit frühestens ab 1.9.85 möglich, Vorruhestand ab 1.11.85), deuten Äußerungen der Kapitalisten bereits an, daß sie über 'Job-Sharing' oder 'täglich vier Stunden' die Altersteilzeitarbeit zu weiterer Intensivierung des Arbeitstages und Flexibilisierung der Arbeitszeit nutzen wollen (so z.B. sinngemäß der Leiter der Personalabteilung der Continental-Gummiwerke in Hannover).

Trotz dieser doch eher schlechten Bilanz der Tarifpolitik der IG CPK in Sachen Vorruhestand läßt Hermann Rappe nicht davon ab, weitere Vorruhestandsmaßnahmen zu propagieren.



Arbeit an Heizpressen. – Das Interesse der Chemiearbeiterinnen, nicht bis 60 ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, wurde nicht berücksichtigt.

Im "Handelsblatt" vom 16./17.8.85 spricht er sich aus Solidarität mit den Arbeitslosen gegen Beitragssenkungen bei der Arbeitslosenversicherung aus. Stattdessen sollten die Überschüsse zur Verbesserung der Vorruhestandsleistungen verwendet werden. Dem öffentlichen Dienst empfiehlt Rappe Stufenregelungen wie Altersteilzeitarbeit, falls der Vorruhestand zu teuer käme.

Festzustellen ist aber auch, daß die Kritik der Linken an der Vorruhestandspolitik schwach entwickelt ist. Dieser Artikel soll dazu beitragen, weitere Gesichtspunkte für eine Bewertung zu erarbeiten.

Ausländische Arbeiter

Der Tarifvertrag grenzt einen Teil der ausländischen Arbeiter aus. Im § 16, 1a heißt es: "Der Anspruch auf Vorruhestand erlischt, mit Beginn des Monats, von dem ab der ausgeschiedene Arbeitnehmer Altersruhegeld vor Vollendung des 65. Lebensjahrs, Knappschaftsleistungen oder ähnliche Bezüge öffentlich-rechtlicher Art beanspruchen kann." Direkt nach Abschluß des Tarifvertrags kommentiert die IG Chemie-Papier-Keramik: "Auch Leistungen ausländischer Träger können vergleichbar sein, wenn z.B. über zwischenstaatliche Regelungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherung die Gleichstellung vorgesehen oder die ausländischen Leistungen mittelbar in das deutsche System der sozialen Sicherheit einbeziehen."

Die Chemiekapitalisten wurden bei der Bundesregierung gleich nach Abschluß vorstellig und verlangten, daß das Sozialministerium auf dem Wege der Verordnung regelt, wie ausländische Arbeiter ausgegrenzt werden können. Dies ist inzwischen geschehen. Laut IG Chemie soll folgende Regelung durch Erlaß des Sozialministeriums in Kraft treten:

Soweit ausländische Arbeiter mehr als 50% ihrer persönlichen Versicherungszeit im Rahmen der westdeutschen Sozialversicherung beitragspflichtig waren, führen Leistungen ausländischer Versicherungen nicht zum Erlöschen des Vorruhestandsanspruchs. Überwiegen allerdings die Zeiten, für die der Arbeiter im Ausland beitragspflichtig war, führen Versicherungsleistungen dieser Versicherungsträger zum Erlöschen des Anspruchs.

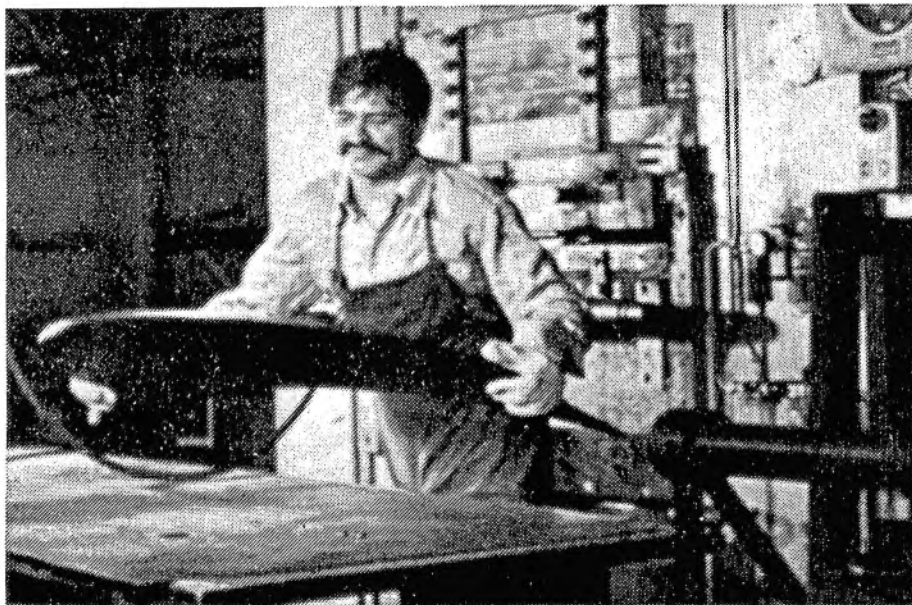
Türkische Arbeiter, die nach türkischem Rentenrecht mit 55 Jahren (bei 5000 Beitragstagen) Rente in der Türkei beziehen könnten und länger in der Türkei gearbeitet haben als in der BRD, können keinen Vorruhestand beanspruchen. Aber Zahlungen an ausländische Arbeiter, die die Kapitalisten zu leisten hätten, sind ihnen mit Sicherheit immer noch zu hoch. Einem 60jährigen türkischen Arbeiter müßten sie z.B. bis zum 65. Lebensjahr Vorruhestandsgeld bezahlen, weil der

türkische Arbeiter keinen Anspruch auf die flexible Altersgrenze von 63 Jahren hat. Liegt der Erlaß des Ministeriums vor, muß eine genauere Bewertung des Vorgangs vorgenommen werden. Es kann aber bereits jetzt festgestellt werden, daß die Ausgrenzung ausländischer Arbeiter aus dem Tarifvertrag mit Billigung der IG Chemie-Papier-Keramik vorgenommen worden ist.

Lohnhöhe bei Vorruhestand und Teilzeit

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat folgendes Beispiel vorgerechnet:

Lohn in der 40-Stunden-Woche: 2200.-DM
 Nettolohn (Steuerklasse III/o): 1588.-DM
 Vorruhestandsbezüge: 75% vom Brutto: 1650.-DM
 Netto-bezüge: 1298.-DM
 Altersfreizeit:



Die Auswirkungen der Vorruhestandsverträge für die ausländischen Arbeiter müssen besonders berücksichtigt werden.

20 Std. Brutto	1100.-DM
20 Std. 70%	770.-DM
1/12 vom 13.	156.-DM
1/12 Urlaubsgeld	64.-DM
1/12 vermögensw. Leistungen	44.-DM
Gesamtbrutto	2134.-DM
Netto	1548.-DM

Es wird hieran schon deutlich, daß in den unteren Lohngruppen die Bereitschaft, einen Vorruhestandsvertrag abzuschließen, geringer ist, als in den höheren Gehaltsgruppen, obwohl die Arbeitsbedingungen gerade in den unteren Lohngruppen eine frühere Verrentung unbedingt nötig machen. Der Arbeiter muß rechnen, von wieviel Geld er leben kann, würde am liebsten aber sofort aufhören, um die von der jahrelangen Ausbeutung angeschlagene Gesundheit zu schonen. Damit könnte sich die Diskussion in den Betlegschaften verlagern von der Frage, wie hoch die Rente sein muß, von der man leben kann zu der Frage, ob es nicht besser ist, sich einzuschränken

und von weniger zu leben und dafür nicht mehr zu arbeiten. Die gewerkschaftliche Diskussion um die Senkung des Rentenalters bei Erhaltung der Rentenhöhe wird durchlöchert. Hinzu kommt, daß Vorruhestandsvereinbarungen sich auf Rente und Betriebsrente senkend auswirken. Bei fünf Jahren Vorruhestand soll die Rente um 3% niedriger sein.

"Arbeitsmarktpolitische Komponente"

Die IG Chemie-Papier-Keramik begründet den Tarifvertrag mit seiner Beschäftigungswirksamkeit. In der Gewerkschaftspresse häufen sich Meldungen, daß für die "Vorruheständler" junge Arbeitslose eingestellt worden seien.

Das Arbeitsamt zahlt "35% der Aufwendungen für
 1. das dem ausgeschiedenen Arbeitnehmer in Höhe von 65% gezahlte Vor-

ruhestandsgeld und
 2. den Beitragsanteil des Arbeitsgebers zur Pflichtversicherung des ausgeschiedenen Arbeitnehmers." (Vorruhestandsgesetz)

Die Kapitalisten rechnen. Sie behaupten, der Vorruhestandstarifvertrag koste sie Unmengen, weil nur 35% ersetzt würden. Also müßten sie die restlichen 65% bezahlen, das macht bei drei Jahren Vorruhestand, sagen wir 120000 DM für einen Arbeiter. Was aber, wenn die Kapitalisten folgendes machen: Sie stellen einen Arbeitslosen für den ausgeschiedenen Arbeiter ein, kassieren den Zuschuß und entlassen dafür einen anderen kranken Arbeiter. Das Ergebnis: Die Kapitalisten erhalten einen Teil des Lohns und nicht des Vorruhegelds vom Arbeitsamt. Genauere Untersuchungen werden klären müssen, mit welchen Absichten die Kapitalisten den Tarifvertrag mit Leben und ihren Interessen füllen. — (güt/mio)

Kritik an der Bundesregierung fehlt

Westberlin. Seit mehreren Jahren führt der DGB in Westberlin am 1. September eine Demonstration und Kundgebung durch. Im Vergleich zum letzten Jahr steigerte sich die Zahl der Teilnehmer auf etwa acht- bis zehntausend (1984: fünf- bis sechstausend). Es haben sich alle Einzelgewerkschaften beteiligt, auffallend war eine größere Beteiligung der Industriegewerkschaften. Im ganzen Demonstrationszug war kein Transparent zu sehen, das "Abrüstung in Ost und West" gefordert hätte. Die meisten Transparente wandten sich gegen das rassistische Regime in Südafrika. Auf der Kundgebung sprach der DGB-Vorsitzende Breit. Man hatte den Eindruck, als wollte er wenige Tage vor dem Spitzengespräch in Bonn keinen mehr verärgern. In seiner teilweise etwas pfäffisch anmutenden Rede sprach er sich gegen jede Art von kriegerischer Gewaltanwendung aus. Er und der Westberliner DGB-Vorsitzende Pagels appellierten wiederholt an USA und UdSSR, ernsthaft zu verhandeln. Die Kritik an der Bundesregierung beschränkte sich auf deren Haltung zu SDI. Zum Revanchismus kein Wort.

München: Antikriegstag sozialdemokratisch

München. Zu einer sozialdemokratischen Werbeveranstaltung verkam die diesjährige Veranstaltung zum Antikriegstag des Münchner DGB, die er zum ersten Mal gemeinsam mit der SPD durchführte. Hauptredner war der SPD-Vorsitzende Brandt, weiter sprach der Münchner SPD-OB Kronawitter, der DGB-Kreissvorsitzende, zugleich SPD-Stadtrat, Mittermüller sprach das Grußwort für den DGB. An dem angekündigten "Infomarkt" konnten nur Gruppen der Gewerkschaft und der SPD teilnehmen. Andere Gruppen und Initiativen konnten keine Stände aufstellen und durften im Saal keine Flugblätter etc. verteilen. Einzelne Besucher, die mit Transparenten in den Saal wollten, wurden von der Polizei festgenommen. Brandt brachte in seiner Rede die bekannten sozialdemokratischen Positionen. Der Bundesregierung warf er vor, sie habe es nicht verstanden, "eine Entwicklung zu korrigieren, die beide deutsche Staaten gleichermaßen zu Abschußrampe und Zielscheibe von immer mehr Atomraketen macht". Nach Brandts Meinung müsse es zur Regierungspolitik werden, daß sich die BRD nicht an der Militarisierung des Weltraums beteilige. Es gelte, den internationalen Einfluß der Bundesrepublik zu verwenden, die bewaffnete Nutzung des Weltraum durch vertragliche Regelungen zu verhindern. (Süddtsch. Ztg, Abendzeitung, 2.9.85 — ror)



Hamburg. 2.500 Menschen demonstrierten am 28.8. gegen das südafrikanische Rassenregime und dessen Unterstützung durch die Bundesregierung und den Hamburger Senat. Zu der Demonstration hatten über 30 Organisationen aufgerufen, u.a. GAL, AAB, DAAB, BWK, KB, KPD, GIM, DKP, VVN. Der AK Azania sammelte 785 DM für inhaftierte Gewerkschafter in Azania. — (bab)

Demonstration gegen Zapfenstreich

Essen. 500 demonstrierten am 23. August gegen einen öffentlichen "Großen Zapfenstreich" der Bundeswehr. Aufgerufen hatten: VVN, Humanistische Union, DFU, DFG-VK, Volksfront, DKP, BWK, GAL, Grüne, Die Falken, verschiedene Initiativen. Ministerpräsident Rau (SPD) verlieh dem Fernmeldebataillon Essen-Kray das Fahnenband. Generalmajor Manthey erklärte dazu: Die Fahne stehe für eine lange "Kette deutscher Soldaten", die bereit waren "das Vaterland tapfer zu verteidigen" und dafür zu sterben. Die "Westdeutsche Allgemeine" veröffentlichte inzwischen Leserbrief, die darauf hinweisen, daß dies die Tradition des Angriffskrieges ist. Der Buderus-Sportplatz, auf dem der Zapfenstreich stattfand, war durch 500 Polizisten und über 100 Feldjäger abgeriegelt. Demonstranten, die vor der Absperrung ihren Protest zum Ausdruck brachten, wurden mit Schlagstöcken von der Polizei vertrieben. Dennoch war der Sportplatz bis zuletzt umlagert. — (mab)

Aktivitäten gegen das Militärregime

Köln. Zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei finden in Köln die Demonstration der DIFD u.a. am 7.9.85 sowie die der PKK am 14. September um 10 Uhr ab Ebertplatz (s. Pol. Ber. 17/85) statt. Die DIFD veranstaltet am 12.9. abends einen Fackelzug zum Dom, wo die ganze Nacht eine Mahnwache gehalten wird. Im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche vom 9. bis 14.9. führen Birlik Yolu, Di-baf, Fidef, Gercek ADK, Komkar und KKDK verschiedene Stände und am 13. September eine Mahnwache auf dem Wallrafplatz durch. Am Abend des 13. sind zu einer Podiumsdiskussion Vertreter der Gewerkschaften, der

Parteien SPD, CDU, FDP, DKP und GRÜNE eingeladen. Die Diskussion findet um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Die DIFD verbreitet eine Wandzeitung über "Die Demokratie der Generäle", in der verlangt wird, daß die Militär- und Wirtschaftshilfe an die türkische Regierung eingestellt wird. — (eve)

Antimilitaristische Aktionen in Holstein

Ursprünglich wollte die Bundeswehr am Antikriegstag eine öffentliche Parade in Oldenburg/H. durchführen. Diese Provokation wagte sie dann doch nicht — die Parade wurde um zwei Tage vorgezogen. An einer von den örtlichen Friedensgruppen initiierten Demonstration gegen dies Gelöbnis beteiligten sich 250, davon ein großer Teil aus Kiel und Lübeck. Die Polizei überfiel die etwa 50 Kieler Demonstranten schon vor der Abfahrt, nahm von einigen die Personalien auf und beschlagnahmte einen Werkzeugkoffer — angeblicher Waffensbesitz hatte als Vorwand gedient.

Die Proteste gegen das Gelöbnis führten dazu, daß sich Ex-Bundespräsident Carstens schützend vor die Bundeswehr stellte: Sie sei ein Garant für Sicherheit und Freiheit der Bürger. Auch darauf, daß die Garnison, 1935 begründet, immerhin in Nazi-Tradition feierte, ging Carstens ein: "Viel länger als dem Hitlerregime dient der Platz den Verbündeten in der NATO und seit 28 Jahren der Bundeswehr, die unsere Freiheit schützen. Und darauf können wir stolz sein."

Gleichzeitig mit den Aktionen gegen das Rekrutengelöbnis fand in Kiel ein Fest des DGB-KJA zur Mobilisierung für die Demonstration am 01.09. statt, zu dem etwa 300 Gäste erschienen. An den DGB-Demonstrationen beteiligten sich dann in Kiel etwa 500, in Lübeck 350. Quelle: Ostholsteiner Nachrichten — (hap)

Antifaschismus

Ruhrgebietstreffen erörtert antifaschistische Zusammenarbeit

Gelsenkirchen. Am 24.8. fand in Gelsenkirchen das dritte Ruhrgebiets-treffen antifaschistischer Organisationen und Initiativen statt. Mit 63 Teilnehmern aus 15 Städten war es genauso gut besucht wie die ersten beiden Treffen im letzten Jahr. Vertreten waren 21 Organisationen, Aktionsbündnisse und Initiativen, darunter VVN/Bund der Antifaschisten, DKP, DFG/VK, Volksfront und Falken sowie Mitglieder von GRÜNEN, Jusos und MLPD. Es fehlten die autonomen Gruppen, die im letzten Jahr dabei waren.

Berichte aus verschiedenen Orten versuchten, einen Überblick über die Entwicklung der Nazi-Organisationen in NRW zusammenzutragen. Von Be-

Während die NPD sich auf die Sammlung von "Wende-Enttäuschten" einstellt und moderater gibt, läßt die FAP keinen Zweifel an ihrer Militanz. Zunehmend ist gezielter Terror gegen einzelne Personen zu verzeichnen. Das Auto der Lebensgefährtin des Leiters des Ricarda-Huch-Gymnasiums in Gelsenkirchen ging in Flammen auf, nachdem er wochenlang Drohbriefe und -anrufe erhalten hatte, sein Haus und die Schule beschmiert und ihm ein "Todesurteil" verkündet worden war. Begründung: "Bevorzugung von Ausländerkindern", "Bildung kommunistischer Zellen an der Schule".

Die Tätigkeit der antifaschistischen Kräfte hat demgegenüber zugenommen. In Gelsenkirchen hat sich ein Ar-

zen will. Einigkeit bestand darüber, daß Druck in diese Richtung nötig ist. Das Ruhrgebietstreffen beschloß eine Erklärung hierzu an Landesinnenminister Schnoor.

In der Diskussion über "Antifaschistische Strategien" vertraten Mitglieder der VVN/BdA und der Volksfront die Ansicht, daß es allerdings dringlich ist, Forderungen wie das Verbot faschistischer Organisationen besser zu begründen. Das Erstarken der faschistischen Gruppen ist undenkbar ohne staatliche Förderung. Die "Hintermänner" der faschistischen Organisationen müssen stärker angegriffen werden, die Kapitalisten, die mit Stiftungen wie der Siemens-Stiftung seit Jahren an reaktionären und faschistischen Ideologien arbeiten, so ein Vertreter der VVN/BdA. Dies ist kein Gegensatz zu der Notwendigkeit, faschistischen Auftritten entgegenzutreten, vielmehr geht das eine ohne das andere nicht.

Mehrere Teilnehmer sprachen sich entsprechend gegen eine Ausgrenzung bestimmter Teile der antifaschistischen Kräfte aus. Die nächste Konferenz soll voraussichtlich im Januar stattfinden. Eingeladen werden soll ein Referent zum Thema Verbot faschistischer Organisationen. Das nach dem letzten Treffen eingerichtete Postfach für wichtige Nachrichten soll aufrechterhalten werden. Eine engere Koordination wurde noch nicht erörtert. — (wof)



Hoesch-Arbeiter bei der Demonstration gegen die Eröffnung des FAP-Büros am 23.8. in Dortmund. Zu Beginn der Aktionen hatten Betriebsrat und Vertrauensleute an der Westfalenhütte eine Gedenktafel an die von den Hitler-Faschisten ermordeten Hoesch-Arbeiter enthüllt. Anschließend führten mehrere hundert Antifaschisten eine Kundgebung vor dem FAP-Büro durch. Fünf Demonstranten wurden festgenommen. Die Faschisten, die sich hinter den Bürofenstern mit frechem Hitlergruß zeigten, brüsteten sich gegenüber der Lokalpresse un widersprochen damit, daß die für den 23.8. bekanntgegebene Büroeröffnung in Absprache mit der Polizei schon eine Woche vorher stattgefunden hatte.

deutung ist, daß die "Freiheitliche Arbeiterpartei" (FAP) Michael Kühnens Fortschritte im Aufbau einer offen faschistischen legalen Partei gemacht hat. An den Kommunalwahlen im September 1984 beteiligte sie sich in Wahlkreisen in Dortmund und Duisburg, an den Landtagswahlen im Mai 1985 zusätzlich in Münster, Witten und Aachen. FAP-Funktionäre können sich heute auf das Parteienprivileg berufen und ihre Versuche zur Sammlung eines Umfelds vor allem unter Jugendlichen besser fortsetzen. Die Wiking-Jugend führt die FAP inzwischen als Jugendorganisation.

beitskreis antifaschistischer Lehrer gebildet, in Essen eine Aktionseinheit gegen die Patenschaft der Stadt über die ehemals vom Deutschen Reich einverleibte Stadt "Hindenburg". Die IG Metall-Vertreterversammlungen in Duisburg und Dortmund haben die Forderung nach Verbot der FAP beschlossen. Gewerkschaftliche Kräfte haben die Aktionen gegen die Eröffnung eines FAP-Büros in Dortmund unterstützt. Der Dortmunder SPD-Landtagsabgeordnete Bodo Champignon hat als Reaktion öffentlich erklärt, daß er eine Initiative für ein Verbot der FAP im Landtag unterstüt-

Asylpolitik

Reaktion bläst zur Hatz auf Asylbewerber

Karlsruhe. Anfang Juli demonstrierten über 100 Asylbewerber gegen schlechtes Essen, unzumutbare Unterbringung und unmenschliche Behandlung in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) in Karlsruhe. Länger als ein halbes Jahr schon dauern die Auseinandersetzungen um das Sammelager an. Das Lager ist vollständig überbelegt: Sechs Personen müssen sich einen 20 m² großen Raum teilen, für zeitweise mehr als tausend Asylbewerber stehen ganze zwölf Duschen zur Verfügung. Jegliche Arbeitsaufnahme ist ebenso verboten wie das Verlassen des Stadtgebietes. Die monatlich siebzig Mark "Taschengeld" sollen nach Willen der Reaktion in Naturalien umgewandelt werden.

Ende Juli bringt die CDU einen Antrag im Gemeinderat zur "Wiederherstellung der Sicherheit der Oststadtbürger" ein. Zum Zeitpunkt der Beratung im Gemeinderat ist der Antrag bereits in die Tat umgesetzt. Polizeitruppen aus Heidelberg, Mannheim und Bruchsal patrouillieren im Oststadtviertel. "Nachdem es uns mit

sechs eigenen Organisationseinheiten – dem Oststadtrevier, der Dienststundestaffel, dem Sittendezernat, dem Notruf, dem Prostitutions- und dem Fahndungstrupp – nicht gelungen ist, den Zustand der öffentlichen Sicherheit herzustellen, mußten wir Verstärkung anfordern." Diese Aussage des Karlsruher Polizeipräsidenten Haas gibt einen ungefähren Eindruck, in welchem Umfang bereits seit Monaten Jagd auf Asylbewerber gemacht wird.

Per Erlaß hat das baden-württembergische Innenministerium noch im Juli verordnet, daß ab 1.9. alle Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern für je tausend Einwohner einen Asylbewerber aufnehmen müssen – zur "Entlastung der ZAST". Dadurch hat die Landesregierung die Kosten ihrer Asylpolitik den Kommunen, den Trägern der Sozialhilfe, aufgelastet. Sodann erleichtert dieser Erlaß die Anhangbildung der Reaktion für weitere Verschärfung des Asylrechts und Pogrome gegen Asylbewerber.

Der Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit hat die Asylpolitik des Innenministeriums und des Regierungspräsidiums angegriffen. Die Grüne Liste hat im Gemeinderat beantragt, den Asylbewerbern kommunale Wohnungen zur Verfügung zu stellen – wie schon den Aussiedlern aus Osteuropa –, und fordert die Auflösung des Sammelagers sowie Einstellung der Polizeikontrollen. – (map)

Müllabfuhr

Lohnsenkung, Intensivierung und Gebührenerhöhung

Hamburg. Durch Bruch des geltenden Tarifvertrages hat der Hamburger Rat in den letzten Monaten die Stellen bei der Müllabfuhr um mindestens 10% reduziert. Dagegen protestierten am 18.7. 110 Müllmänner mit einem zweistündigen Streik. Sie verweigerten die Ausfahrt, wenn nicht sofort die Kolonnenstärken von einem Fahrer und drei Trägern auf einen Fahrer und vier Träger erhöht würde. Im Tarifvertrag ist eine Kolonnenstärke von fünf, mindestens vier Trägern festgeschrieben. Anstatt die fehlenden 70 Stellen neu zu besetzen, zog Energie-senator Kuhbier Leute aus der Sperrmüllabfuhr ab. Das führte dann 14 Tage später zu einer totalen Arbeitsüberlastung bei der Sperrmüll-Abfuhr und liegengelassenen Müllbergen in den Stadtteilen.

Senat, CDU und "BILD" ("Warum setzen Sie nicht private Müllunternehmen ein?") berufen sich bei ihren Angriffen auf die Müllmänner auf eine Untersuchung des Rechnungshofes von 1984. In ihr heißt es: "Die Besetzung 1 + 5 ist mit einem wirtschaftlichen Müllabfuhrbetrieb nicht zu ver-

einbaren", um dann zu fordern: "Anhebung der Normalleistung mit der Folge der intensiveren Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit." Schon zu Zeiten der Untersuchung mußte ein Träger durchschnittlich 5,1 t Müll pro Tag bewegen. Nicht genug. "Außerdem hält der Rechnungshof den Hinweis für erforderlich, daß die gegenwärtige Praxis der Prämienbemessung gegenüber dem Gebührenzahler kaum zu rechtfertigen ist." Die Müllkolonnen erhalten eine Gruppenprämie von 32%. Durch Unterbesetzung (Rechnungshof: durchschnittliche Kolonnenstärke 1984 statt sechs nur 4,7) erhalten dann die einzelnen Müllmänner bis zu 60% Prämie auf ihren Grundlohn von 2 280 DM brutto. Der Rechnungshof kommt zu dem Ergebnis, daß die "Tarifparteien einer neuen Dienstvereinbarung zustimmen und den Tarifvertrag ändern" müßten. Angriff auf einen Tarifvertrag durch einen SPD-Senat? Ein populäres Ziel wurde gesucht. Der Rechnungshof hatte schon den Hinweis gegeben – der Gebührenzahler.

Mitte Juni entdeckten dann SPD-Spitze und CDU einen "Müllskandal". Die Stadtreinigung hatte nach der letzten Gebührenerhöhung 18 Mio. DM Überschüsse gemacht (1975, 1976 und 1977 auch schon zusammen 20 Mio. DM). Nichts Ungewöhnliches. Doch diesmal sah SPD-Fraktionsvorsitzender Voscherau die "politische Moral der Stadt in Gefahr" und drohte mit Rücktritt. CDU-Fraktionschef Perschau forderte die "Rückzahlung überhöhter Müllgebühren". Mit diesem Manöver sollte die öffentliche Meinung gegen die zu 90% in der ÖTV organisierten Beschäftigten der Stadtreinigung mobilisiert werden. Das Versprechen, allgemein die Gebühren zu senken, ist ein Bluff. Der Rechnungshof forderte gerade die Anhebung der Gebühren für mindestens 65% der täglichen Leerungen; nicht für Großbehälter der Industrie.

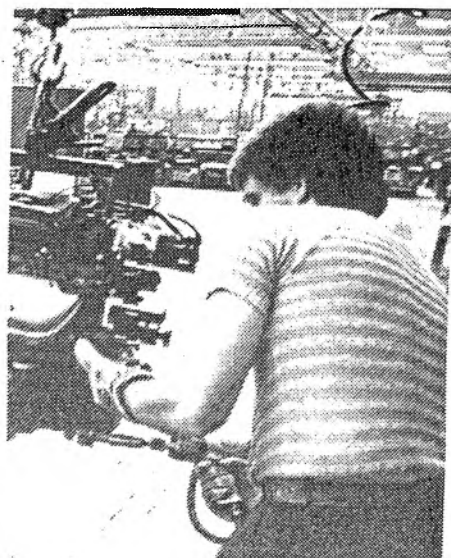
Mit dem Streik im Juli und einer Klage gegen die Streichung der Prämienlöhne verteidigt die ÖTV gegenwärtig den Tarifvertrag. – (mij)

Flexibilisierungsstudie

"Teilzeitarbeit für Männer attraktiv machen"

Heidelberg. Das baden-württembergische Arbeits- und Sozialministerium hat kürzlich eine 1981 beim Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht, die unter dem Titel "Flexible Arbeitszeit, Möglichkeiten, Empfehlungen, Modelle" untersucht, wie diverse Flexikonzepte sowohl Beschäftigten als auch Arbeitslosen näher gebracht werden können.

Aufgabe der Studie war "die praktische Entwicklung, Einführung und Erprobung von Modellen der Teilzeit und der Gleitzeit ... Flexibilisierung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit" an fünf kleinen bis mittleren Produktionsbetrieben, einem Ingenieurbüro, einem Kaufhaus und an der Filderklinik in Bonlanden. Als Zielvorgaben wurden bessere Auslastung der Betriebsmittel, Erhöhung der Produktivität, Reduzierung von Fehlzeiten auf der betrieblichen Seite sowie "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" oder "Entschärfung des Pünktlichkeitszwangs" auf Seite der



Beschäftigten angegeben. "Arbeitsmarktpolitische Effekte" wurden kaum erwartet und auch nicht erzielt.

Als wesentliches Ergebnis nennt die Studie, "... daß von Betriebsangehörigen vor allem Gleitzeitmodelle gewünscht werden mit der Möglichkeit der Zeitübertragung, ohne jedoch auf Vollzeitbeschäftigung verzichten zu müssen. Für die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen wurde sowohl bei Männern als auch bei Frauen geworben. Der Wunsch nach Teilzeit war relativ gering bei Vollzeitbeschäftigten (11%) und auch nicht wesentlich höher bei den Arbeitssuchenden (17%) ... Gegen Teilzeit sprach die Höhe des Einkommens, die zu erwartende Rente, die Arbeitslosenunterstützung bei Verlust des Arbeitsplatzes."

Bei bestehendem Bedarf der Kapitalisten an flexibler und Teilzeitarbeit sind die Konsequenzen, die die Sozialministerin Schäfer aus der Studie zieht, eindeutig: "Was wir brauchen ist ein breiter Wandel in der Einstellung zum Erwerbsleben ... Erst wenn es gelingt, mit Hilfe flexibler Arbeitszeiten Teilzeitbeschäftigungen auch für Männer attraktiv zu machen, wird der ... Durchbruch erzielt sein." Druck auf das Lohnniveau bei gleichzeitiger Kürzung von Versicherungsleistungen sollen den Wandel fördern. – (has/tht)

Frauenbeauftragte

Wenn schon Frauenbeauftragte, dann für die schlechtest bezahlten Frauen

Stuttgart. In mehreren Städten Baden-Württembergs gibt es Auseinandersetzungen um die Einrichtung einer Stelle für eine Frauenbeauftragte. Nach der Sommerpause wird der Verwaltungsausschuß des Stuttgarter Gemeinderats über die Einstellung einer Frauenbeauftragten des Gemeinderats entscheiden. Die Aufgaben sind folgendermaßen festgelegt: "Die Frauenbeauftragte soll die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft vorantreiben. Zu diesem Zweck soll sie insbesondere:

- Kontakte zu Frauenorganisationen, -initiativen und -gruppen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, Arbeitsverwaltung etc.

über Mißstände, beispielsweise in der Stadtverwaltung, zum Schweigen zu bringen, indem man das unter sich regelt. Von sich aus wird sie sich sicher nicht um Probleme der Frauen kümmern, die sie am nötigsten brauchen. Das wären z.B. Frauen in den Küchen der städtischen Einrichtungen, die sehr schwer arbeiten müssen, oder Erzieherinnen. Für beide gibt es u.a. keine Regelungen; wie Mutterschutz am Arbeitsplatz aussehen soll. Dazu mußte in der Aufgabenbeschreibung festgelegt sein, Untersuchungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen anzustellen, wie die Grünen in ihrem Antrag zur Gleichstellungsstelle forderten: "Erstellen von Studien und Vergabe von Untersuchungen,



Plakat auf der 1. Mai-Demonstration in Stuttgart

pflügen und von diesen Trägern durchzuführende Einzelmaßnahmen zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern unterstützen...

- Sprechstunden durchführen und Anregungen, Fragen und Beschwerden aus der Bevölkerung in Gleichstellungsfragen entgegennehmen" (Zitat aus der Aufgabenbeschreibung des Gemeinderats).

Die Frauenbeauftragte ist dem Amtsleiter des Hauptamts unterstellt und wird nach BAT Ib bezahlt (ca. 5000 DM brutto). Sie ist berechtigt, "Auskünfte bei allen beteiligten Ämtern und Referaten einzuholen...", in Fragen der Gleichstellung die beteiligten Referate und Ämter zu beraten, und verpflichtet, der Verwaltung regelmäßig darüber Bericht zu erstatten. Daraus ist zu entnehmen, daß eine Frau in dieser Position lediglich dazu dienen soll, zu laut werdende Stimmen

Probleme einzukreisen und Lösungsvorschläge zu entwickeln... Maßnahmenkatalog, um die Bedingung zu schaffen, Beruf, Familie und andere gesellschaftliche Aufgaben miteinander vereinbaren zu können."

Die Grünen im Gemeinderat hatten Ende letzten Jahres die Initiative für die Einrichtung einer Gleichstellungsstelle für Frauen ergriffen und einen entsprechenden Antrag an den Gemeinderat gestellt, wobei sie dies mit einer Aufgabenbeschreibung verbanden. SPD und FDP unterstützten das Anliegen der Grünen mit ähnlichen Anträgen, was bei den Haushaltsberatungen Anfang des Jahres zu einer heftigen Gemeinderatsdebatte führte. Die CDU begründete ihre ablehnende Haltung damit, daß ihr Mißstände nicht bekannt seien. Eine Frauenbeauftragte könne weder Arbeitsplätze besorgen noch eheliche Zwistigkei-

ten schlichten. Sie könne lediglich Anlaufstelle sein und Anliegen von Frauen weitergeben, man könne die Aufgaben auch ehrenamtlich wahrnehmen. SPD und Grüne prangerten die z.T. "frauendiskriminierende" Einstellungspraxis der Stadt besonders bei höher bezahlten Stellen anhand einiger Beispiele an. Die FDP-Stadträtin Walz führte aus, daß die Hauptprobleme der Frauen Arbeitslosigkeit, Mangel an Arbeitsplätzen für Mädchen, Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren und der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienpause seien. Letzterer Versuch führe meist dazu, daß Frauen einen Beruf annehmen müßten, der nicht ihrer Qualifikation entspreche, da sie nichts anderes bekämen. Außerdem fände man im öffentlichen Dienst in höheren Positionen kaum Frauen, was sich ändern müsse. Der Gemeinderat verabschiedete den Antrag der FDP, der lediglich die Berufung einer Frauenbeauftragten und zur Erfüllung der Aufgaben zwei Planstellen vorsah.

Da die Aufgabenbeschreibung des Gemeinderats nur vorläufig festgelegt ist, erhoffen sich die Grünen, noch einiges durchsetzen zu können. So z.B. uneingeschränktes Teilnahme- und Rederecht bei Ausschuß- und Gemeinderatssitzungen. Das wird aber nur dann von Nutzen sein, wenn dadurch Anliegen und Forderungen hauptsächlich der berufstätigen Frauen in den unteren Lohngruppen begründet und unterstützt werden. So müßte im Gemeinderat der Standpunkt vertreten werden, daß zur gleichberechtigten Berufsausübung für Mann und Frau selbstverständlich sein muß, genügend Plätze für die Unterbringung der Kinder tagsüber zur Verfügung zu stellen. Als erster Schritt müßten dazu die Öffnungszeiten in den bestehenden Einrichtungen den Bedürfnissen Berufstätiger entsprechend geändert werden. Die Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Forderung in dieser Richtung wird notwendig sein, um den Konservativen entgegenzuwirken. Man kann sich vorstellen, daß der OB sich wünscht, deren Vorstellungen von den "Pflichten" einer Frau besser wie bisher an den Mann bzw. an die Frau zu bringen.

Soll eine Frauenbeauftragte für die Frauen mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen dazu beitragen, etwas an deren Problemen zu ändern, so wird dies nur möglich sein, wenn die Interessensvertretungen auf Mißstände aufmerksam machen und die Rechte einfordern.

Es wird diese nicht der Aufgabe entheben, gemeinsam mit den Beschäftigten für die Durchsetzung beispielsweise von besseren Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder einzutreten oder eine Höhergruppierung der unteren Lohngruppen zu erreichen.

– (mok)

IG Druck und Papier München

Vorbereitung auf
Herbstaktionen des DGB

München. Am 31. August veranstaltete die IG Druck und Papier München ein Tagesseminar für Funktionäre, das der Vorbereitung auf die Aktionen des DGB im Oktober gegen Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten dienen sollte. Peter Glasbrenner, stellvertretender Landesbezirksvorsitzender der IG Druck in Bayern, stellte die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt seines Eröffnungsreferats. Die Maßnahmen der Regierung seien nur auf dem Hintergrund der mittlerweile 15 Jahre andauernden hohen Arbeitslosigkeit erklärbar. Die Regierung nutze die Situation, um einen großangelegten Umverteilungsprozeß von unten nach oben durchzuführen, wobei sie sich vor allem die gesellschaftlichen Gruppen vorgenommen habe, die ohne wirksame "Lobby" dastünden. Jetzt gehe die Regierung daran, Arbeitnehmerrechte und betriebliche Mitbestimmung zu beseitigen, indem das Betriebsverfassungsgesetz (Wahlordnung) geändert werden soll und Sprecherausschüsse für leitende Angestellte eingerichtet werden sollen. Als wesentliche gewerkschaftliche Forderungen angesichts dieser Entwicklung nannte er:

1. Programm für qualitatives Wachstum mit Schwerpunkt auf Umweltschutz;
2. Weitere Arbeitszeitverkürzung;
3. Maßnahmen zur Beherrschung des technischen Wandels.

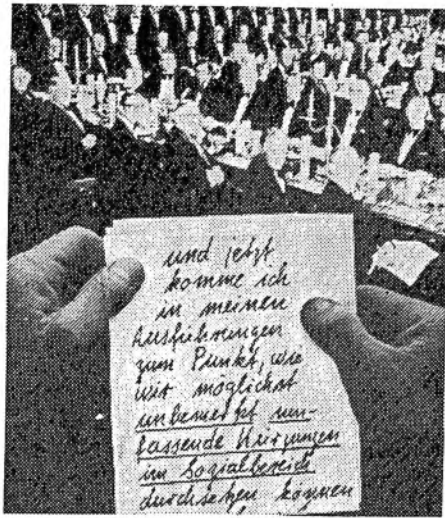
In der folgenden Diskussion wurden weitergehende Fragen aufgeworfen:

— Der DGB stelle zwar einen Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Rüstung dar, die Exportoffensive aber, die ja ebenfalls darauf sowie auf Arbeitsintensivierung und Lohnsenkung beruhe, werde nicht angegriffen.

— Das DGB-Beschäftigungsprogramm wurde in Frage gestellt, soweit es von den Lohnabhängigen aus Steuern finanziert werden soll, und damit der DGB selber an der kritisierten "Umverteilung" mitwirkt.

— Schließlich mache sich der DGB selber unglaublich, wenn er die Regierungsmaßnahmen zwar kritisiere, von wirksamen Maßnahmen aus seinem Selbstverständnis als nicht-politische Organisation aber absehe. In diesem Zusammenhang sei auch das "Dreiergespräch" schädlich.

Zum letzten Punkt führte Glasbrenner aus, daß die IG Druck und Papier von diesen Gesprächen wenig erwarte und unbedingt an den geplanten Aktionen festhalte. Die IG Druck und Papier München will zur Vorbereitung der Aktionswoche im Oktober noch folgendes durchführen:



Aus "druck und papier" 17/85

- Behandlung des Themas auf Vertrauensleutesitzungen sowie auf Betriebsversammlungen;
- Propagandaaktionen, wodurch sowohl vor den größeren Betrieben als auch mit Infocentren in der Stadt mobilisiert werden soll;
- Mitgliederversammlung Anfang Oktober, zu der Vertreter von CSU, SPD, FDP, Grüne und DKP eingeladen werden sollen, die sich anhand festgelegter Fragen zum Thema äußern sollen;
- Erstellung eines Flugblattes, das praktische Beispiele der Wirkung der Regierungstätigkeit im Organisationsbereich der IG Druck und Papier mit Hintergrundinformationen zum Thema verknüpfen soll. — (chs)

Krankenhausprivatisierung

Geringer Widerstand wegen
schwacher Argumente der ÖTV

Hildesheim. Am 15.7. hat der Hildesheimer Stadtrat gegen die Stimmen von SPD und GABL die Umwandlung des Städtischen Krankenhauses in eine GmbH zum 1.1.1986 beschlossen. Oberstadtdirektor Buerstedde begründet die Umwandlung damit, daß die normale Ämterverfassung nicht ausreiche, um ein Unternehmen wie ein Krankenhaus wirtschaftlich zu führen (das Krankenhaus hat ein Defizit von zwei Mio. DM). Die Stadtverwaltung soll von dem ausgeträchteten Unternehmen mit 800 Mitarbeitern und einem Etat von 65 Mio. DM jährlich entlastet werden. Das Krankenhaus brauche ein Management mit Macht und Verpflichtung und der Möglichkeit, zur Rechenschaft gezogen zu werden, wenn etwas schief gehe. (HAZ, 5.7.)

Auf der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz im Juni sprachen sich die 120 Delegierten gegen die Gründung einer GmbH aus. In einem Schreiben an alle Mitglieder des Stadtrates forderte die

ÖTV den Stadtrat auf, der Umwandlung des Krankenhauses nicht zuzustimmen. Die HAZ veröffentlicht daraus Folgendes: "Es geht um eine Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Stadt und Kreis Hildesheim. Sie darf nicht allein den wirtschaftlichen oder gar Gewinninteressen untergeordnet werden." Die ÖTV kritisiert, daß andere Möglichkeiten, die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses zu verbessern, nicht diskutiert worden sind, daß eine seit einem Jahr vorliegende Untersuchung der Verwaltung des Krankenhauses durch eine Revisionsgesellschaft in der Schublade festgehalten worden ist und daß bis heute keine Analyse über die Ursache der Verluste vorliegt. Sie befürchtet Personalabbau und greift an, daß die Rechte des Betriebsrates nicht gesichert sind, weil das Krankenhaus als Tendenzbetrieb geführt werden soll. "Wenn politisch Verantwortliche einer Gemeinde hemmenden Bürokratismus in ihren Reihen gesichtet haben, so sollten sie ihn beseitigen, statt ihn als Vorwand für Privatisierungsmaßnahmen zu nutzen." Der ÖTV ist es nicht gelungen, eine breite Öffentlichkeit gegen die GmbH herzustellen, die CDU und FDP im Stadtrat unter Druck hätte setzen können. Es sei ihr nicht gelungen, die Beschäftigten zum Widerstand zu motivieren (ÖTV-Information). Drei Tage vor der Stadtratsitzung haben sich von 403 befragten Krankenhausbeschäftigten 379 gegen eine GmbH ausgesprochen, weil sie Abbau von Rechten und Leistungen des Arbeitgebers befürchteten. Sie sehen außerdem den Kindergarten, die Wäscherei und andere zum Krankenhaus gehörende Einrichtungen gefährdet. Es ist nicht bekannt, wer diese Befragung durchgeführt hat. Vielleicht hätte sich die ÖTV nicht so sehr auf die Bürokratismus- und Wirtschaftlichkeitsdebatte einlassen, sondern aufzeigen sollen, durch welche Maßnahmen eine GmbH kostendeckend oder wie in Lüdenscheld sogar mit Gewinn arbeiten kann. — (anp)



Aktionen gegen Privatisierung und Rationalisierung— ÖTV-Magazin 3/84

Internationale Jugendbegegnungsstätte Dachau

Antifaschistische Bewegung in der bayerischen Provinz: Mit der Reaktion oder gegen sie?

Dachau. Der Besucherandrang in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers hat mittlerweile eine Million pro Jahr erreicht. Seit langem weisen Vertreter verschiedener politischer Strömungen auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte hin, um über den Besuch hinaus eine eingehendere Auseinandersetzung mit dem Faschismus zu ermöglichen.

Die Forderung gewann an politischer Bedeutung mit dem Hungerstreik der Sinti auf dem ehemaligen KZ-Gelände im Jahr 1980. Die Sinti wollten die Vernichtung der nationalsozialistischen Landfahrerakten, das Verbot ihrer Verwendung durch das bayerische Innenministerium, die Anerkennung der Sinti als NS-Verfolgte und ihre Entschädigung erreichen. Gleichzeitig forderten die Sinti die Errichtung eines Sinti-Kulturzentrums in Dachau.

Die CSU, seit nunmehr nahezu zwanzig Jahren mit einer absoluten Mehrheit von bis zu 60% im Dachauer Stadtrat zu Hause, lehnte ab. In dieser Auseinandersetzung bildete sich zur Unterstützung der Sinti-Forderungen ein Bürgerkomitee heraus, aus dem in der Folgezeit viele der politischen Kräfte heranwuchsen, die heute zur aktiven politischen Opposition gegen die örtliche CSU gehören. Freiwillige der Aktion Sühnezeichen haben antifaschistische Arbeit auf dem KZ-Gelände mit Diskussionsveranstaltungen und Ausstellungen aufgenommen, die Evangelische Jugend veranstaltet Zeltlager, ein Verein zur Erforschung der Dachauer Zeitgeschichte hat sich gebildet.

Im November 1984 gründet sich der "Förderverein zur Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte". Im Gründungsauftrag wird betont, für die jungen Menschen könne die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte nur dann wirksam werden, "wenn sie in Bezug zu ihrer eigenen Lebenssituation und ihren Problemen heute gesetzt wird". Gerade in Dachau bekämen "Themen wie die Entwicklung des Neofaschismus, die Situation von Minderheiten in der Bundesrepublik oder die Gefahr erneuter weltweiter kriegerischer Auseinandersetzungen ein besonderes Gewicht".

Die Gründung findet große Unterstützung. Neben zahlreichen örtlichen Organisationen aus kirchlichem und gesellschaftlichem Bereich treten auch der DGB-Landesbezirk Bayern und die GEW Bayern dem Verein bei. Im unterstützenden Kuratorium finden sich Namen wie Eugen Kogon,

Heinrich Böll, Hans-Jochen Vogel, Hildegard Hamm-Brücher. Gründungsmitglieder sind der Berliner Altbischof Scharf und der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München ebenso wie der katholische Prälat Höck aus der Nachbarstadt Freising, selbst jahrelang im KZ inhaftiert.

Die CSU ist gegen die Jugendbegegnungsstätte. Im Kommunalwahlkampf 1984 schickt sie die Junge Union vor. Sie argumentiert, hinter der Forderung stünden Interessensgruppen von

Der Förderverein strebe einseitige politische Agitation an, wie sein Bezug auf die aktuelle Ausländerpolitik und wie auch eine von anderen durchgeführte Veranstaltung zur Verfolgung der Homosexuellen auf dem KZ-Gelände zeigten. Der Gegenvorschlag der CSU: Da die Aufarbeitung der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 eine nationale Aufgabe sei, solle sie in München stattfinden. Dort könnten in einem "Jugendgästehaus" vom Kultusministerium zu berufende Universitätskräfte Seminarveranstal-



1980: Während des Sinti-Hungerstreiks legen ehemals inhaftierte Sinti Kränze vor dem Mahnmal auf dem KZ-Gelände nieder.

außerhalb des Landkreises. Nicht Dachau stünde im Mittelpunkt ihres Interesses, sondern "politische Agitation auf dem Resonanzboden des KZ". Sie verweist dazu auf den Hungerstreik der Sinti. Der Versuch, mit Volksgemeinschaftsideologie die antifaschistischen Bestrebungen zu ersticken, entspricht jahrzehntelanger Linie der örtlichen CSU. Mit der Propagierung des "anderen" Dachau, "unsere" unschuldig in die Nachbarschaft des KZ geratenen Künstlerstadt, für die weitere "Negativeinrichtungen" wie die Gedenkstätte nicht tragbar seien, hat sie bereits die Errichtung der KZ-Gedenkstätte und des Sinti-Kulturzentrums bekämpft.

Als Reaktion auf die breite Unterstützung des Fördervereins richtet die CSU einen Arbeitskreis ein, mit dem einzigen und erklärten Ziel, die Jugendbegegnungsstätte, wie sie der Förderverein plant, zu verhindern. Alle Spitzenpolitiker der CSU aus Stadt und Landkreis gehören ihm an. Im Juli 1985 veröffentlicht er eine erneut schroff ablehnende Stellungnahme.

tungen anbieten für junge Menschen, die sich mit dem "Problem totalitärer Herrschaft in Vergangenheit und Gegenwart" näher auseinandersetzen wollten.

Des Pudels Kern: Im Gegensatz zum Gründungsauftrag, der die Verhinderung eines neuen Faschismus in Zusammenhang mit der Entwicklung im Innern der Bundesrepublik — Ausländerpolitik, Situation von Minderheiten, Neofaschismus — stellt, sucht die CSU mittels der Gleichsetzung Faschismus = Totalitarismus, die antifaschistischen Bestrebungen chauvinistisch nach außen zu richten: Seite an Seite mit der freien Marktwirtschaft gegen das planwirtschaftliche Gesellschaftssystem der osteuropäischen Länder und gegen die Befreiungsbewegungen.

Ein treffendes Beispiel gab CSU-Landrat Christmann in seiner Rede zum letzten Volkstrauertag. Es müsse einen schlimmen stimmen, führte er aus, wenn bei einer Veranstaltung in der Gedenkstätte zur Reichskristallnacht der Vertreter eines totalitären Staa-

tes den größten Beifall kriege. Gemeint war der Botschafter Nicaraguas.

An diesem Kernpunkt der Auseinandersetzung wird der Vorstand des Fördervereins weich. In einer Gegenstellungnahme schreibt er quasi entschuldigend: "Wer mit Jugendlichen über Nationalsozialismus, Verfolgung von politisch Andersdenkenden und rassischen Minderheiten, Widerstand oder auch die Bedingungen totalitärer Herrschaft im allgemeinen reden will, kann aber selbstverständlich die Diskussion nicht rigoros auf die Jahre 1933 bis 1945 beschränken. Unweigerlich werden von den Jugendlichen selbst Bezüge zur Gegenwart hergestellt, die in pädagogisch und fachlich verantwortlicher Weise aufgegriffen werden müssen. Nur in diesem Sinn hat der Verein betont, daß die Erörterung aktueller politischer und gesellschaftlicher Probleme auch in einer Jugendbegegnungsstätte ihren Platz haben muß."

Das bewußte antifaschistische Handeln macht einem pädagogisch verbrämten Reagieren Platz. Scheu vor

der inhaltlichen Auseinandersetzung, stattdessen Liebeswerben um die CSU als Bündnispartner, so stellt sich die Taktik der im Förderverein dominierenden kirchlichen und sozialdemokratischen Kräfte dar. Auf der Gründungsveranstaltung appelliert der Vorsitzende, Pfarrer und Leiter eines evangelischen Bildungszentrums, an die CSU, sie verleugne mit ihrer Ablehnung ihre eigene Geschichte, da ihre Entstehung als überkonfessionelle Partei doch im Widerstand gegen das NS-Regime wurzele. Als die CSU mit der Gründung des Arbeitskreises ihren bislang schärfsten Angriff startet, spricht ein Vorstandsmitglied vom Unverständnis der CSU gegenüber der einmaligen Chance, durch die Jugendbegegnungsstätte Dachau zu einem Ort der Verständigung und Versöhnung zu machen; ein SPD-Funktionsträger spricht vom Austritt der CSU aus einem Konsens der demokratischen Parteien; der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat gar umwirbt die CSU mit der Aussicht, gerade bei einer Ablehnung der Jugendbegegnungsstätte werde den Besuchern die

Möglichkeit verloren gehen, "unsere Stadt" und das "andere" Dachau kennenzulernen.

Der Grund für dieses Verhalten: Die CSU hat die absolute Mehrheit in Dachau und im Land Bayern. Es scheint klar, ohne die CSU läuft nichts. Aber in dieser Lage gibt es zwei Möglichkeiten: entweder die inhaltliche Propaganda für die Jugendbegegnungsstätte so schlagkräftig zu machen, daß die CSU schlecht ausschaut, wenn sie weiterhin dagegen ist – oder aber selbst Zugeständnisse machen und von der Umarmung der CSU erstickt zu werden. Letzteres wird gefördert, wenn auf die Auseinandersetzung um den Zweck der Beschäftigung mit dem Faschismus verzichtet wird. Die Einschränkung auf Jugendliche als Zielgruppe erleichtert das, indem sie den Rückzug auf die häufig benutzte Floskel ermöglicht, die Jugendlichen müßten mit dem Faschismus "bekannt gemacht" werden.

Wie die Sache ausgeht, wird davon bestimmt sein, welche inhaltliche Arbeit in den Arbeitskreisen des Fördervereins gemacht wird. – (gra, lsc)

KZ-Gedenkstätte – schon immer umkämpft

"Lager Dachau – 11 Jahre danach" Artikel in der Süddeutschen Zeitung:

"Ich suchte das Konzentrationslager. Es ist trotz seiner Ausdehnung schwer zu finden. Kein Wegweiser, kein Hinweisschild ... Bis 1953 gab es hier noch einen Raum, in dem das KZ-System anhand von Tabellen und Dokumenten, von Photographien und Häftlingskleidern und den verschiedenen Abzeichen erklärt wurde. Als die staatliche Verwaltung für Schlösser, Gärten und Seen die Pflege der Gedenkstätte vom Landesentschädigungsamt übernahm, wurde dieser Raum geschlossen. 'No guide' steht lakonisch in der Totenkammer angeschlagen." (1956)

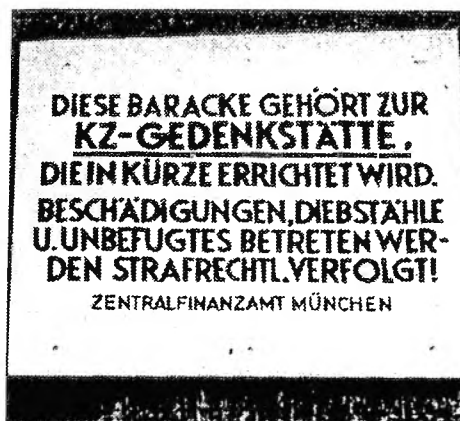
Anfang 1960 interviewt ein Korrespondent der Zeitung "The Washington Daily News" den damaligen 2. Bürgermeister von Dachau, Zauner (CSU), der im Faschismus auch 2. Bürgermeister von Dachau war.

Zauner: "Bitte machen Sie nicht den Fehler und glauben Sie, daß nur Helden in Dachau gestorben sind. Viele Häftlinge waren politische Gefangene, die deshalb dort waren, weil sie illegale Opposition gegen das herrschende Regime machten ... Sie müssen sich daran erinnern, daß viele Verbrecher und Homosexuelle in Dachau waren. Wollen wir ein Ehrenmal für solche Leute? ... Letztlich hat das Konzentrationslager doch gar nichts mit der Stadt Dachau zu tun. Wir hatten nichts damit zu tun. Wir wußten nicht, was dort geschah ... Aber ich

frage mich, ob es nicht besser wäre, Dachau langsam in Vergessenheit geraten zu lassen. ... Wenn es nach Pater Roth geht, dann wird das Lager eine Wochenend-Attraktion für Sensationslüsterne werden ... Man muß auch noch etwas anderes berücksichtigen: Die Erinnerung an das Dachauer Konzentrationslager ist schlecht für unser Geschäftsleben."

Zauner hatte schon einige Jahre vorher versucht, das KZ-Gelände mit Wohnblöcken zu überbauen. Dieser Versuch konnte vereitelt werden.

Pater Roth, den Zauner erwähnt, war seit 1941 in verschiedenen Gestapo-Gefängnissen und ab 1943 in Dachau Häftling. Nach 1945 wurde er katholischer Pfarrer für die damals im Lager Dachau untergebrachten Umsiedler.



Dieses Schild hing jahrelang.

Pfarrer Roth in einer Fernsehsendung 1959:

"Der Pfarrer sagte aber noch etwas ganz anderes, was beinahe zu einer Beleidigungsklage gegen ihn Anstoß geben könnte, nämlich daß das Land Bayern ebenso wenig wie die Bundesregierung Interesse daran hätten, aus dem KZ Dachau eine Gedenkstätte werden zu lassen. Man sei daran interessiert, daß das Konzentrationslager Dachau in möglichst kurzer Zeit verschwinde und möglichst zweckentfremdet bleibe." (Leserbrief 1959)

Aufgrund seines Einsatzes für die Umwandlung des Lagers in eine Gedenkstätte war Pfarrer Roth starkem Druck ausgesetzt. Zu dem Korrespondenten der "Washington Daily News" sagte er: "Ich kann mit Ihnen nicht über das Lager sprechen. Mir ist gesagt worden, ich hätte bereits zuviel gesprochen und daß ich keine Interviews mehr geben darf! ... Die Anordnung kam von der Kirche. Aber der Druck kommt von der Regierung."

Zauner wurde 1960 als Bürgermeister abgewählt, ein Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts für ihn zurückgezogen. Pfarrer Roth wurde in eine andere Pfarrei versetzt.

1965 findet die Einweihung der KZ-Gedenkstätte mit Mahnmahl und Ausstellung statt. Daß sie errichtet und wie sie ausgestaltet wurde, ist im wesentlichen das Verdienst des Internationalen Dachau-Komitees, der Organisation ehemaliger KZ-Häftlinge.

Quellen: Archiv der Gedenkstätte

Fernmeldehandwerker: berufs fremde Arbeit

Kiel. Im OPD-Bezirk Kiel sollen 55 der 97 ausgelernten F-Handwerker einen Arbeitsplatz bei Postämtern in Hamburg oder München annehmen, wenn sie nicht arbeitslos werden wollen. Fast alle anderen sollen ebenfalls ausbildungsfremd arbeiten. Aussichten, jemals im erlernten Beruf arbeiten zu können, bestehen kaum. Nach der Zusage des Postministers vom April, daß alle Auslernenden einen Arbeitsplatz bei der DBP erhalten sollten, stoppte die DPG alle geplanten Aktionen. Das Ergebnis dieser Politik ist entsprechend ausgefallen. — (mar)

Streik im Metall-Handwerk NRW

Bielefeld. Der im Sanitär-, Heizungs-, Schlosser-, Mechaniker- und Landmaschinenmechanikerhandwerk laufende Streik hat den Kapitalisten-Fachverband Sanitär, Heizung, Klima veranlaßt, mit einer Anzeige in den Tageszeitungen die "Öffentlichkeit zu informieren". Unter anderem wird die Taktik der IGM, durch Schwerpunktstreiks Haustarife zu erzwingen, angegriffen: "Die Gewerkschaft behauptet seit Jahren, sie wolle gleiche Ar-

Bielefeld. Nach Streikbeginn bei Steinbicher in Bielefeld (Bild) befinden sich jetzt ca. 150 Beschäftigte des Sanitär-, Heizungs-, Schlosser- und Mechanikerhandwerks im Streik. Beim Elektrohandwerk und bei der Heizungsindustrie will die IGM im September über Kampfmaßnahmen entscheiden. Das Elektrohandwerk bietet bisher 3,02% mehr Lohn sowie 30 Tage Urlaub für alle ab 1986 an. Die Heizungsindustrie bietet die 38,5-Stunden-Woche mit Samstags- und flexibler Arbeitszeit an. — (bes)

beitsbedingungen für die Arbeitnehmer! Tatsache ist, daß sie jetzt genau das Gegenteil tut. Haustarife; d.h. sie nimmt es bewußt in Kauf, daß Arbeitnehmer gleichwertige Arbeit zu ungleichen Konditionen leisten." Keine Lohnerhöhung, 38,5-Stundenwoche erst ab 1.7.87 ist das Angebot des Handwerksverbandes. Dagegen ist es der IGM über Haustarife gelungen, 70 Tarife über die 38,5-Stunden-Woche und 3,2% Lohnerhöhung durchzusetzen. Eine einstweilige Verfügung gegen den Streik hat der Verband verloren. Anträge auf Entlassungen im Betrieb des Landesinnungsobmeisters Michels hat die Belegschaft zurückgeschlagen. — (bes)



ÖTV klagt gegen Personalratsgesetz

Stuttgart. Nachdem bei den Personalratswahlen im Frühjahr eine griechische Beschäftigte des Jugendamtes durch den Wahlvorstand von der ÖTV-Kandidatenliste gestrichen wurde, hat die ÖTV jetzt beim Verwaltungsgericht Klage erhoben. Sie weist u.a. darauf hin, daß lediglich in Bayern und Baden-Württemberg ausländische Beschäftigte vom passiven Wahlrecht zum Personalrat ausgeschlossen sind und nur eine rechtlose Sondervertretung wählen können. Die EG-Kommission hat bereits im Juni die Rechtswidrigkeit dieser Bestimmung festgestellt. — (evc)

Erlaß gegen Ausbildungsverträge

Heidelberg. Nachdem die Absicht der Bundesregierung feststand, die Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege um 40 Prozent zu kürzen mit in Kraft treten des neuen Krankenpflegegesetzes zum 1. September und so den Tarif zu brechen, gaben das Innen-, Finanz-, Sozial- und Justizministerium von Baden-Württemberg auf dem Erlaßweg sofort Anweisung: "... bittet, die Landeskrankenhäuser und Universitätskliniken auf die Tarifverhandlungen hinzuweisen und sie zu ersuchen, mit Bewerbern ... noch keine endgültigen Ausbildungsverträge abzuschließen, weil für solche Ausbildungsverhältnisse ... die Vergütung ... erst noch festgelegt werden müssen." Der Personalrat der Orthopädischen Unikli-

nik hat daraufhin der Verwaltung mitgeteilt, daß den zugestimmten Einstellungen für die Ausbildung zur Krankenpflege der gültige Tarif zu zahlen ist. Alle Schüler waren vor dem 1.9. ordentlich eingestellt worden. — (irs)

Zwangsurlaub ohne Lohnfortzahlung

Die Transportbandfirma H. Maetens GmbH & Co. KG Flensburg hat u.a. Zeitverträge mit Drahtflechterinnen abgeschlossen. Die Verträge gehen maximal 1 1/2 Jahre, Probezeit vier Wochen. Es gelten MTV und LTV der metallverarbeitenden Industrie Schleswig-Holstein. Als besondere Vereinbarung mußten die Arbeiterinnen folgendes unterschreiben: "Während des Betriebsurlaubes vom 15.7.85 bis 9.8.85 besteht kein Anspruch auf Lohnfortzahlung, es wird unbezahlte Freizeit gewährt. Für diese Zeit muß sich die Arbeitnehmerin selbst um Krankenversicherungsschutz bemühen." — (sah)

ÖD: Festgeld wird gefordert

Braunschweig. Nachdem bereits die ÖTV-MV Bad Grund für den kommenden Tarifkampf eine Festgelderhöhung um 140 DM gefordert hat, stellt jetzt auch der ÖTV-Kreisarbeiterausschuß Braunschweig erstmals eine Festgelderhöhung um 150 DM unter den Arbeitern zur Diskussion. Beide beschlossenen Forderungen grenzen sich gegen die mangelhafte Strukturverbesserung ab, wie sie gHV und GTK in ihren Diskussionsrahmen vorsehen. — (kar)



Argentinien: Am 29.8.85 führten die Gewerkschaften den dritten Generalstreik in diesem Jahr durch. Der Streik richtete sich wie die vorhergehenden gegen die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung, die die Imperialisten des Internationalen Währungsfonds erzwungen hatten. Im Juni hatte die Regierung neben Kürzungen der öffentlichen Haushalte und Steuererhöhungen einen Lohn- und Preisstopp verhängt, was eine Senkung der Reallohn um 40% festschrieb. Seitdem ist der Reallohn weiter gesunken. Am Abend des 29.8. führten in Buenos Aires 150000 eine Kundgebung durch und forderten u.a. die Anhebung des Mindestlohnes. Bild: Generalstreik am 23.5.85 — (gba)

Südafrika/Azania

Breites Bündnis unterstützt Befreiungskampf

Angesichts einer sich verschärfenden Lage in Südafrika hatten Anfang August das Hessische Volksbegehren für den Frieden, die Grünen, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Alexander Schubart vom Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen und die Evangelische Frauenaktion Südafrika zu Aktionsgesprächen eingeladen. Mit den meisten politischen Organisationen links von der SPD, zahlreichen Komitees und Initiativen sowie einigen Betriebsräten wurde für den 24.8.85, einen Tag vor dem Beginn des von der südafrikanischen Bergarbeitergewerkschaft NUM geplanten Streiks, eine Demonstration beschlossen. Neben Aufklärung über die Vorgänge in Südafrika wurde die politische Stoßrichtung gegen die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika festgelegt. Aus dem Demonstrationsaufruf, der auch von der HBV-Betriebsverwaltung Frankfurt unterstützt wurde:

"... Seit mehreren Wochen herrscht in Südafrika Aus-



Südafrika-Demonstration am 24.8.85 in Frankfurt

nahmestand. Täglich die gleichen Bilder und Nachrichten aus dem Land: Polizei und Armee des Apartheid-Regimes gehen brutal gegen jede Menschenansammlung vor...

Immer dabei: Militär-Unimogs von Daimler-Benz, Militär-LKW's von Magirus-Deutz und Polizeihubschrauber von MBB.

... Nur ein Sechstel des Lohnes eines Weißen verdient ein schwarzer Industriearbeiter. Ein Profitparadies besonders auch für multinationale Konzerne. Mehr als 350 aus der Bundesrepublik sind dabei ... aus Frankfurt auch Hoechst, Degussa und die Metallgesellschaft.

Eine wichtige Stütze des Systems sind die großen Banken: Dresdner Bank, Commerzbank, Bayerische Vereinsbank, Hypo-Bank. Die Deutsche Bank z.B. verhandelt gegenwärtig über eine neue Anleihe von 150 Millionen DM. Die deutschen Banken springen ein, nachdem sich einige Banken anderer Länder unter dem Druck der Bevölkerung zurückziehen mußten ..."

An der Demonstration beteiligten sich bis zu 2000 Menschen. Auf vielen Transparenten wurde in scharfer Form die Tätigkeit von westdeutschen Banken und Konzernen angegriffen, Solidarität mit dem Befreiungskampf bekundet. Der Demonstrationszug führte am südafrikanischen Konsulat und zahlreichen Bankfilialen vorbei, denen die besondere Aufmerksamkeit des "schwarzen Blocks" zuteil

wurde — Steine flogen. Trotz eines Polizeieinsatzes mit Wasserwerfern konnte der Zug zusammengehalten und zum Kundgebungsort weitergeführt werden.

Auf der Kundgebung nannte Alexander Schubart Ausbeutung und Unterdrückung in der "Dritten Welt" als wichtige Ursachen des Unfriedens. Akteure des Unfriedens: weiße Rassisten und Entsender von Söldnerheeren. Die Bundesregierung sperre sich gegen Wirtschaftsboykott, weil sie sich Kapitalinteressen verpflichtet fühle. Schubart zog einen Vergleich zwischen Apartheidsgesetzen und den Nürnberger Rassegesetzen der Hitlerfaschisten. Die Apartheid sei "zum Teil made in Germany". Die Forderung nach vollständigem Boykott müsse mit direkten Aktionen umgesetzt werden.

Ein Sprecher des ANC wertete den Ausnahmezustand als Signal für den Zusammenbruch des Regimes. Bothas Reformankündigungen seien substanzlos, Apartheid ohnehin nicht reformierbar. Er zitierte den ANC-Präsidenten Oliver Tambo, wonach der bewaffnete Kampf intensiviert werden sollte. (Beifall der Kundgebungsteilnehmer)

Der ANC-Vertreter kritisierte die Lieferung von fünf MBB-Hubschraubern an Südafrika — angeblich für zivile Zwecke. Tatsächlich würden die Hubschrauber zur Überwachung von Demonstrationen eingesetzt.

Anschließend sprach sich Zakes Mofokeng von der schwarzen Kommunalarbeitergewerkschaft Sabmawu ausdrücklich für Sanktionen gegen Südafrika aus. Sie träfen nicht zuerst die Schwarzen, diese seien aber gegebenenfalls auch zu Entbehrungen bereit. Am Ende ging seine zuvorsichtige Voraussage "die azanischen Arbeiter werden siegen" im Beifall des Publikums unter.

Das Echo in den Medien auf die Demonstration war großes Gezeter über Steine und Scherben und Totschweigen der politischen Ziele. Auf der folgenden Sitzung der Aktionseinheit wurde nach langer Diskussion und nachdem sich die Evangelische Frauenaktion Südafrika wegen inhaltlicher Differenzen und Druck des Kirchenvorstandes zurückgezogen hatte, eine Presseerklärung gegen die reißerische und verfälschende Berichterstattung verabschiedet. Als nächstes will sich die Aktionseinheit an der Durchführung einer Veranstaltung gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika beteiligen. Für diese Veranstaltung soll ein Rechtsanwalt aus Windhuk, der dort mehrere Arbeiter der Rössing-Mine vertreten hat und sich wegen der Namibia-Anhörung der Grünen am 16./17. 9. in Bonn aufhält, gewonnen werden. Außerdem sollen die Verbindungen Frankfurts zu Südafrika näher untersucht werden. Erst im Juli war der südafrikanische Minister für Verwaltungs- und Wirtschaftsdienste vom Magistrat empfangen worden. — (thz)



Am Rande der Demonstration: Standbild mit Masken

Datenverarbeitung

Bücher und Arbeitshilfen für
Betrieb und GewerkschaftFrauen am
Computer

ist der Titel eines Taschenbuches bei rororo. In verschiedenen Beiträgen werden Bereiche mit klassischen Frauenarbeitsplätzen untersucht, wie sie sich durch Rationalisierung und mit dem Einsatz neuer Techniken entwickelt haben: – Auswirkungen der Umstellung auf Scanner-Kassen im Einzelhandel. – Arbeitsbedingungen in der Elektroindustrie, wo die Einführung der Mikroelektronik die Tätigkeit noch weiter standardisiert hat. – Entwicklung der Tätigkeiten im Bürobereich. – Rationalisierungsauswirkungen bei der Bundespost.

In einem zweiten Teil werden die Auswirkungen der wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Maßnahmen auf Frauenarbeit untersucht: Ausführlich wird das Problem neuer Heimarbeitsplätze mit Bildschirm dargestellt. Ein Beitrag kommt zum Schluß, daß durch die Einführung neuer Technologien sich die Einkommensunterschiede zwischen den Männern und Frauen eher verschärft haben. Abschließend wird ein Überblick über Frauenarbeitschutzgesetze gegeben, wo auch auf die Auswirkungen der geplanten AZO-Änderung eingegangen wird. (Frauen am Computer. Was die neuen Technologien den Frauen bringen. Hrg. E. Vogelheim, rororo Frauen aktuell, 8,80 DM. – ccs)

Auswirkungen des
Computereinsatzes

Das von Lothar Zimmermann, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, herausgegebene Buch wendet sich an Arbeiter, Angestellte und ihre Interessenvertreter. Im ersten Teil werden gut verständlich Grundlagen und Fachbegriffe der Computertechnik behandelt. Im zweiten Teil werden die Auswirkungen in einzelnen Anwendungsbereichen untersucht. Dabei setzen sich die Autoren mit Auffassun-

gen auseinander, daß die Technik Naturgesetzen unterliege, die ihre Gestalt und ihren Einsatz weitestgehend festlegen, sowie Aussagen, daß die Einführung der Computertechnik zum Wegfall weniger qualifizierten Tätigkeit und lästiger Routinearbeit führe. Mit einer Fülle von Beispielen und arbeitswissenschaftlichen Studienergebnissen wird dargelegt, daß unter kapitalistischen



Freiprogrammierbarer
Montageautomat

Bedingungen in der Regel eine Polarisierung der Qualifikationsanforderungen eintritt, wobei wenige hochqualifizierte Arbeiten einer wachsenden Anzahl minder qualifizierten gegenüberstehen. Im dritten Teil werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Es werden eine Menge Tips gegeben, auf was man – angefangen beim Kauf der Maschine bis hin zur Einspeicherung der Personaldaten – achten sollte. Darüberhinaus wird ein Raster für eine systematische Vorgehensweise von Betriebsräten entwickelt. Auch wenn an etlichen Stellen des Buches Illusionen über "Gestaltungsmöglichkeiten" beim Computereinsatz unter kapitalistischen Verhältnissen verbreitet werden (in Form der Mitbestimmungsideologie), tut dies dem konkreten Nutzen des Buches keinen Abbruch. (Computereinsatz: Auswirkungen auf die Arbeit, rororo aktuell, 9,80 DM – tri)

Datenverarbeitung als
Weg zum "wir-Gefühl"

Die "humanen, ästhetischen, sozial- und geistesgeschichtlichen Bedeutungen" technischer Objekte in ihren "übergreifenden Bezügen" darzustellen, ist der Anspruch der vom Deutschen Museum und dem Rowohlt-Verlag herausgegebenen Reihe "Kulturgeschichte der Naturwissenschaft und Technik". Der 1982 vom (SPD-)Bundesbildungsministerium und der VW-Stiftung geförderte Band "Information, Daten und Signale" hat die Entwicklung des Nachrichten-, Informations- und Datenverarbeitungswesens zum Gegenstand, die detailliert von den Griechen bis zum Kapitalismus nachgezeichnet wird; historische, ökonomische und politische Hintergründe ergänzen die technische Darstellung. Herausgekommen ist neben einer gründlichen Untersuchung historisch-technischer Entwicklungen allerdings eine Anbetung der Technik, gebremst durch den Appell an "uns alle" und "unsere Verantwortung", es nicht zu weit zu treiben etwa mit einer auf Kosten der Arbeitsplätze und des Individuums gehenden Rationalisierung. Oberliesen wärmt die Theorien von den menschenleeren Fabriken auf, behauptet "unser aller" Mitschuld an den neuen Ausbeutungsformen der Dritten Welt und betätigt sich als Mahner für eine gemeinschaftlich zu nutzende und zu kontrollierende Technik in der Art Epplers oder Lafontaines. (Ralf Oberliesen: Informationen, Daten und Signale. rororo Sachbuch, 12,80 DM – Mak)

HBV-Schulungsheft
zur Warenwirtschaft

In zweiter Auflage erschien jetzt das Arbeitsheft "Datenkassen – EDV-unterstütztes Warenwirtschaftssystem" der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Als Arbeitshilfe und Schulungsheft für Betriebsräte und Vertrauensleute führt es in die Funktionsweise eines computer-gesteuerten Warenwirtschaftssystems ein, wie es in allem größeren Einzelhandelsunternehmen zu fin-

den ist. Ausgehend von den sichtbaren Kassenbelegen, EAN-Etiketten (Strichkodierung auf Waren), POS-Banking (Kunden-Scheckkartensystem) wird das System der Warenbestandsführung, Lagerhaltung, Inventur, Tourenauslieferung, Personalüberwachung und -leistungserfassung, Personaleinsatzplanung sowie der Bildschirmtextesatz (am Beispiel des REWE-Konzerns) erläutert und die Rationalisierungsauswirkungen dargestellt.

Mit Checklisten werden den Betriebsräten Handlungsmöglichkeiten gegeben, in den Prozeß von Planung/Test/Einführung neuer Technologien einzugreifen, Forderungen zu stellen und Rationalisierungsschutzabkommen und Betriebsvereinbarungen zu erreichen.

Das Heft ist mit Musterbetriebsvereinbarungen bei den HBV-Geschäftsstellen oder beim Hauptvorstand, Abt. II, Tersteegstr. 30, 4000 Düsseldorf kostenlos zu beziehen. – (rub)

Arbeitshilfen
für BR und VL

Arbeitskammer des Saarlandes, Referat Presse und Information, Sophienstr. 6-8, 6600 Saarbrücken: Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei Rationalisierung durch Bildschirme und computergestützte Informationssysteme. – 128 S.; 21 DM

Wirtschafts und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (WSI), Hans-Böckler-Str. 30, 4000 Düsseldorf 1: (mehrere Veröffentl.) Literaturliste zu Personalinformationssystemen. – Kostenlos. Bildschirmarbeit Info-Paket. – 300 S.; 25 DM. Strahlungsgefährdung bei Bildschirmarbeit Info-Extra. – 140 S.; 15 DM. Textverarbeitung Info-Paket. – 160 S.; 15 DM. Neue Formen der Arbeitsorganisation Info-Paket. – 350 S.; 25 DM. Industrieroboter Info-Paket. – 260 S.; 20 DM. Soziale Folgen der Mikroelektronik Extra-Info. – 135 S.; 10 DM. Computer und Arbeit – Humanisierung durch Automatisierung? In: WSI-Mitteilungen, Jahrgang 36.1983, Heft 2, enthält insbesondere Beiträge zur Automatisierung in der Metall- und Textilindustrie,

Büroautomatisierung, CAD/CAM, PAISY bei Opel. — 152 S.; 6,50 DM.

Hans-Böckler-Stiftung, Schwannstr. 3, 4000 Düsseldorf 30: Wir Computer fordern Vollbeschäftigung: neue Technik und Personalplanung. In: Die Mitbestimmung, Jahrgang 30. 1984, Doppelheft 7/8. — 80 S.; 6 DM.

IG Chemie-Papier-Keramik / Hauptvorstand, Abt. 6, Königsworther Platz, 3000 Hannover 91: Personaldaten und EDV. In: Der Betriebsrat, Jg. 1984, Doppelheft 11/12. — Kostenlos. — (rub)

"Der programmierte Kopf"

Die ersten mechanischen Rechenmaschinen dienten der Entwicklung von Maschinen und Hilfsmitteln im Rahmen der Entfaltung des Handelskapitals, der Anwendung von Wissenschaft und Technik und der gewaltigen quantitativen Ausdehnung der Kopfarbeit von Angestellten zur Berechnung von Navigation und Logarithmen (1623), zur Steuereintreibung (Pascal 1642),

und Entwicklungstendenzen Ergebnis "der Erfordernisse kapitalistischer Produktion" sind, und welche Rationalisierungs- und staatliche Unterdrückungsmaßnahmen damit verbunden sind. (Sozialgeschichte der Datenverarbeitung, Wagenbach TB 11 DM). — (rub)

Kritik an "künstlicher Intelligenz"

Ab den 50er Jahren machten sich Forscher an den Bau von Computern, die nicht nur einzelne "intelligente" Tätigkeiten, sondern "das" menschliche Denken nachvollziehen sollten. Weizenbaum wendet sich gegen das mechanistische Menschenbild, das diesen Forschungen zugrundeliegt, und in welchem der Mensch als "ein relativ einfaches, sich verhaltendes System" betrachtet wird. W. setzt aber in seiner Kritik derartige Vorstellungen mit "der Naturwissenschaft" ineins, die den Menschen immer als Objekt sehe. Er sucht deshalb Grenzen der Wissenschaft vom Menschen und findet sie im Gefühl, durch welches wir unabhängig vom



Zunehmende Heimarbeit in der Daten- und Texterfassung: Eine 60-Stunden-Woche ist der Normalfall. (Bild: HBV)

ab 1725 zur Betreibung von Strickmaschinen mit Lochkarten und -streifen. Die US-Regierung finanzierte Holleriths Entwicklung der Tabelliermaschine zur Volkszählung 1890, womit der Aufstieg der IBM begann. Die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen wurden vor und im 2. Weltkrieg in Deutschland, England und den USA entwickelt. Ausführlich dokumentiert das Buch, daß "die Ursprünge wie auch die aktuellen Erscheinungsformen

Bewußtsein und "jenseits aller Beweiskriterien" Wahrheiten erführen, von Wissenschaft und Computer unerreichbar. Die Überschätzung der Fähigkeiten des Computers habe alle, herrschende wie beherrschte Klassen, in dessen Abhängigkeit gebracht; darum sei die eigentliche Frage nicht, was Rechner tun könnten, sondern die moralische Feststellung, was sie nicht tun sollten. (Weizenbaum: Macht der Computer. Suhrkamp, 16 DM — wos)

Zahlenlotto

Lieblingskind der Banken und der Bundesländer

Zwischen dem Wunsch von Millionen Lohnabhängigen, allein oder in Spielgemeinschaften das große Lottog Glück zu haben, und dem Vergnügen der Bourgeoisie in Spielcasinos oder auf Pferderennplätzen sind alle gesellschaftlichen Schichten als Teilnehmer und Einzelne als Gewinner an den verschiedensten Glücksspielen beteiligt. Ihr Gesamtumsatz betrug 1982 knapp 10 Mrd. DM, davon 65,5% Lotto- und Toto-Block; 10,5% in Geldspielautomaten in Kneipen und Spielhallen; 6,7% auf Trab- und Galopprennbahnen oder bei Buchmachern und 6,5% in den 27 Spielcasinos der BRD. Der Umsatz in den Spielcasinos verdeckt jedoch mehr, als er statistisch aussagt. Da theoretisch 97,5% des Roulette-Umsatzes als Gewinn wieder ausgezahlt werden müßte und nur 2,5% der Bruttospielertrag sein sollte, sind 1982 26 Mrd. DM über die Tische geschoben worden! Da nimmt sich der Umsatz von 6,5 Mrd. DM in den Glücksspielsparten Lotto, Toto, Rennquintett, Spiel 77 und Glücksspirale vergleichsweise bescheiden aus. Bescheidener auch das Gewinnvergnügen: Die Totalisatoren der Rennvereine zahlen 76% als Gewinn wieder aus; die Spielautomaten sollen 70% in kleinen Beträgen auswerfen; 72 bzw. 69% verheißten Sparkassen und Genossenschaftsbanken ihren Prämien- bzw. Gewinnspargern; die Klassenlotterien geben zwischen 55 und 51% wieder zurück; beim Zahlenlotto, Fußballtoto und beim Rennquintett ganze 50%; das Spiel 77 nur noch 43,3% und die Glücksspirale gar 32,9%. Schlußlicht ist die Fernsehlotterie mit 25% Gewinnrückzahlung. Und wer kassiert den Rest?

Die Glücksspiele unterliegen staatlicher Genehmigung und Kontrolle. Die Gewinnausschüttung z.B. im Lotto- und Toto-Block wird per Gesetz verfügt. Von den Spieleinnahmen kassieren die Länder 16 2/3% als Steuern und 23 1/4% als Konzessionsabgabe; 9% die Lottoannahmestellen als Provision und 1% die Lottogesellschaften. Diese Steuer- ausplünderung ist inzwischen zu einer bedeutenden Einnahmequelle der Bundesländer geworden: Zwischen 1970 und 1984 über 30 Mrd. DM. Aber auch ein einträgliches Geschäft für die Banken. Die Süd-Lotto-Bayerischer Fußball-Toto gehört der staatlichen Lotterieverwaltung im bayerischen Finanzministerium; die Nordwestlotto ist eine direkte Tochtergesellschaft der Westdeutschen Landesbank, die jährlich über zusätzliches Kapital von fast 2 Mrd. DM aus den Lottoeinnahmen in NRW verfügen kann und zudem noch einen Netto-Gewinn von 5 Mio. DM 1984 verbucht.

Von den 40% der Spieleinnahmen, z.B. in NRW (760 Mio. DM 1984) fließen 670 Mio. DM dem Landeshaushalt zu. Den Rest erhält: Der Verein zur Förderung der Vollblutzucht 0,5 Mio. DM, Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege 34,5 Mio. DM, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege 5,4 Mio. DM, Dombauvereine 4,0 Mio. DM, Landessportbund 45,7 Mio. DM, Deutscher Sportbund, Nationales Olympisches Komitee, Stiftung Deutsche Sporthilfe zusammen 3,2 Mio. DM. In Niedersachsen verteilt die Landesregierung Lottogelder per Gesetz seit 1980 zur Forschungsförderung, u.a. in Fachbereiche, denen zuvor der Etat gekürzt wurde.

Die Lottogesellschaften der Länder sind Tummelplatz der jeweiligen Bourgeois. Beim Nord-West-Lotto agieren der 1. FC Köln-Präsident, im Saar-Lotto der DFB-Sportpräsident Neuberger neben Politikern und vor allem Bankiers für eine jährliche Vergütung von mindestens 250000 DM. Etliche verdiente Altsportler werden hin und wieder mit einer Bezirksleiterstelle versorgt.

1982 führten die Lottogesellschaften das Mittwochslotto mit 50 Pfennig Mindesteinsatz ein. Das Samstagslotto verteuerten sie auf 1 DM. Trotz Gewinnerhöhung der "Sechs-Richtigen" ging der Gesamtumsatz im Lotto- und Toto-Block von 1982 6,47 Mrd. DM auf 6,17 1984 in der

BRD und Westberlin zurück. Immerhin schaffen die Lottogesellschaften pro Jahr rund 70 Lotto-Millionäre. Der Pro-Kopf-Umsatz sank insbesondere in den Stadtstaaten, z.B. in Westberlin von 188,63 auf 176,12 DM/Jahr im gleichen Zeitraum; während er in Bayern mit rund 82 DM auf einem unterdurchschnittlichen Niveau konstant blieb (BRD/Westberlin 1984: 100,97 DM). Das zusätzliche Mittwochsgeschäft gab den Lottogesellschaften jedoch weitere Rationalisierungsmöglichkeiten: Das Nord-West-Lotto senkte die Anzahl der Beschäftigten von 1407 auf 1279 von 1982 auf 1984. 1983 erschlossen die Lottogesellschaften in NRW und Bremen weitere Einnahmequellen: Glück a Konto. Durch ein langfristiges Abbuchungsgeschäft kassiert die Gesellschaft in NRW Zinsgewinne von fast 1 Mio. DM/Jahr, die der West LB nicht mitgerechnet. Durch die Einführung weiterer Gewinnränge und -erhöhungen soll das Mittwochslooto jetzt attraktiver werden.

Quellenhinweise: Geschäftsberichte der Westdeutschen Lotterie GmbH 82-84; DM 8/84; Capital 4/82; Politische Berichte 19/81. — (sie)

Wir drucken hier einen Artikel der Genossen der KPD ab, den sie im Roten Morgen Nr. 33/34 vom 23.8. 1985 mit folgendem Vorspann veröffentlicht haben:

"Die Genossen des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) haben in ihren 'Politischen Berichten' (Nr. 16/85) einen Artikel zum Programmentwurf des ZK der KPD veröffentlicht, den wir in der letzten Ausgabe des 'Roten Morgen' (Nr. 31/32-85) wiedergegeben hatten. Bereits dort hatten wir angekündigt, eine Erwiderung im RM zu veröffentlichen, was hiermit geschehen soll."

Wir werden uns bemühen, in einer der folgenden Ausgaben der Politischen Berichte einen weiteren Beitrag zur Klärung der in der Debatte aufgeworfenen sachlichen Probleme zu liefern. — (Red. Politische Berichte)

Zur Kritik des BWK am Programmentwurf des ZK der KPD

Über Lohnarbeit und Vergesellschaftung

Sachliche Debatte

Die Genossen des BWK (beziehungsweise der zeichnende Genosse gba) unterstreichen zu Beginn ihres Artikels, daß es ihnen darauf ankomme, eine sachliche Debatte zu führen, um vorwärts zu kommen. Unsererseits können wir sagen, daß es auch uns gerade darum geht. Soll heißen: Es geht uns nicht darum, mit Klauen und Zähnen jede Aussage oder gar jede Formulierung dieses Entwurfs zu verteidigen, sondern um eine echte inhaltliche Debatte, die keineswegs frei von Polemik bleiben muß. Dies geht davon aus, daß es wohl als selbstverständlich gelten kann, daß wir die Art, die Stoßrichtung (und natürlich auch den Inhalt) unseres Entwurfs für richtig halten, ebenso, wie es klar sein dürfte, daß von anderen Organisationen erhebliche Einwände kommen.

Die Hauptargumentation, die der Genosse des BWK vorträgt, ist in folgendem Zitat zusammengefaßt:

"Warum unsere Betonung, daß statt Dschungelgesetzen das Zwangsgesetz der Wertbestimmung die Bewegungen des Kapitals diktiert? Mit Bestimmungen wie 'Dschungelgesetz' ist für den Leser des Programm-Entwurfs nahegelegt, daß objektive Gesetze, die hinter dem Rücken der Kapitalisten wirken, nicht existieren."

Und weiter:

"Wohin die KPD in ihrem Programmentwurf weitergehen möchte, zur Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse bliebe bei dieser sozialistischen Zielsetzung Utopie, der Weg zur Aufhebung der Ausbeutung und zur geschichtlichen Emanzipation der Arbeiterklasse und

der ganzen Gesellschaft unverstanden.

Zusammengefaßt: Ebensowenig wie die kapitalistischen Krisen die Abhängigkeit der Ware Arbeitskraft, die frei ist von Produktions- und Reproduktionsmitteln, erklären und begründen, sondern nur verstärken, ebensowenig wird im Sozialismus der Arbeiterklasse die Beseitigung der Ausbeutung gelingen ohne die Abschaffung der Ware Arbeitskraft und der darauf beruhenden Wertproduktion."

Dschungel contra Wert

Es erscheint einigermaßen erstaunlich, wie die Genossen in ihrer Kritik eine ganze Argumentationskette aus einem Begriff herleiten. Sicher kann man darüber streiten, ob die Bezeichnung "Dschungelgesetze" besonders günstig, zutreffend oder klar sei und vermutlich kann man dabei auch zum Schluß kommen, daß dem nicht so ist.

Dennoch ist diese Art der Beweisführung weder besonders einleuchtend noch zutreffend.

Denn weder wird im Entwurf als Ursache für die Lage der Arbeiterklasse im kapitalistischen Westdeutschland ausschließlich auf das erwähnte Dschungelgesetz verwiesen, noch trifft es zu, daß das einzige im Programmentwurf angegebene "Gegenmittel" die einheitliche Planung wäre, wie es an anderer Stelle des Kritikartikels heißt.

Dies so darzustellen, halten wir einfach für ein unzulässiges Herausnehmen bestimmter Aussagen aus dem Gesamtzusammenhang.

Es sei deshalb erlaubt, zunächst einmal eine Passage aus dem Programmentwurf zu zitieren:

"Ein radikaler gesellschaftlicher und politischer Umschwung wird sich vor allem in folgenden Maßnahmen niederschlagen: (...)

Die Schaffung aller politischen und rechtlichen Voraussetzungen, die es der Arbeiterklasse ermöglichen, sich von Ausbeutung zu befreien, das System der Lohnarbeit zu beseitigen und die Leitung der gesamten Volkswirtschaft im Interesse der Gesellschaft zu erlangen."

Voraussetzungen dafür werden im Entwurf ebenfalls genannt.

Dies soll nun nicht die ganze Debatte auf eine Ebene bringen, in der darum gestritten wird, was denn nun wohl im Programmentwurf steht und was nicht. Da gäbe es erstens noch mehrere Fragen, die sich so — unergiebig — behandeln ließen, zweitens führt das wirklich nicht weit. Angeführt ist diese Passage ausschließlich deshalb, um deutlich zu machen, daß es so einfach nicht geht, anhand eines Begriffs eine ganze Argumentationskette aufzubauen.

Eine Debatte darüber, ob im Programmentwurf des ZK der KPD der Fehler darin liegt, daß das ganze kapitalistische System falsch begriffen werde, halten wir angesichts der getroffenen Aussagen wirklich nicht für nötig.

Etwas ganz anderes ist es, wenn es darum geht, zu diskutieren, welche politischen Vorstellungen es darüber gibt, wie diese Probleme im Sozialismus zu lösen seien.

Die Meinung, die dazu in unserem Programmentwurf vertreten wird, läßt sich verkürzt so umreißen: Enteignung, Vergesellschaftung und politische Massendebatte über den Plan.

Es wäre angesichts der programmatischen Zielsetzung, nicht bei der Verstaatlichung stehenzubleiben, sondern darüber hinaus Maßnahmen der direkten Verfügungsgewalt der Arbeiterklasse über die Produktion einzuführen, doch interessant zu wissen, inwiefern dies einer Zielsetzung der Aufhebung der Lohnarbeit nicht entsprechen oder gar widersprechen sollte. Im Gegenteil sind wir der Meinung, daß gerade dies ein wesentlicher Schritt dabei ist.

Eine ganz andere Frage wäre es, wenn gesagt wird, in einem solchen Programm sollten Schritte, bzw. die Zielsetzung der Abschaffung der Warenproduktion insgesamt genannt werden. Darüber ließe sich durchaus streiten, mit guten Argumenten dafür und dagegen. Aber diese Frage wird in dem Kritikartikel nicht aufgeworfen.

Konkrete Fragen

Diese beengte Herangehensweise in der Kritik am Programmwurf zeigt sich konsequenterweise denn auch in einer Reihe von Einzelfragen, die anschließend, auf Grundlage der genannten Argumentation, angesprochen werden.

So meint der Genosse gba:

"Mit der Feststellung, daß die Arbeitskraft als Ware abgeschafft werden muß, muß in einem kommunistischen Programm auch richtig gefordert werden: sofortiges Verbot der Akkordarbeit! Und nicht nur 'schnellstmögliche Abschaffung' wie im Programmwurf."

Das klingt selbstverständlich gut. Genauer überlegt, wirft es aber doch ganz direkt die Frage auf, was denn nun alles Akkord sei oder nicht. Direkt gefragt: Was sind, im Prinzip, im Sozialismus die technisch begründbaren Normen (oder wie der Begriff jeweils heißen mag) denn anderes als, vielleicht weniger kraß, akkordähnliche, ihrem Wesen nach mit ihm identische Formen von Lohnbestimmung? Noch gar beispielsweise im realen Sozialismus à la DDR, wo solche Normen ausdrücklich mit den sattem bekannten Refa-Methoden ausgearbeitet werden? So einfach ist diese Fragestellung eben nicht und der Verfasser des Kritikartikels läßt sie ganz außen vor, weil es ihm offensichtlich im wesentlichen um eine Begriffsdebatte zu gehen scheint, was wir als verfehlten Ansatz betrachten. Eine programmatische Festlegung auf ein sofortiges Verbot der Akkordarbeit (wenn diese richtig verstanden wird und nicht nur ganz bestimmte Einzelsysteme gemeint sind) — das erscheint in der Tat entweder als leeres Versprechen oder als Begriffsverwischung. Wobei es Ziel kommunistischer Politik sein muß, anzustreben, daß der Unterschied zwischen sofort und schnellstmöglich möglichst gering ausfalle.

Eine weitere konkrete Schlußfolgerung aus der grundlegenden Argumentation:

"Die Verfasser des Entwurfs gehen — ohne darauf hinzuweisen — von dem Fortbestehen der Lohnform im Sozialismus aus, denn sie fordern ausdrücklich das Streikrecht im Sozialismus, was aber nur einen Sinn gibt, wenn ein Markt für die Ware Arbeitskraft vorhanden ist."

An dieser Stelle läge es wohl am nächsten, Polemik mit Schimpfen zu verwechseln. Weil: Es ist schon ein bißchen viel der Unterstellung. Und: Allzu wortgleich mit der DKP und Co. argumentieren sollte man nun auch nicht. Unter Marxisten sollte — eigentlich — bekannt sein, daß Streiks keineswegs nur beim Verkauf der Ware Arbeitskraft eine Rolle spielen. Mit der hier angeführten Argumentation wird in den Staaten des realen Sozialismus der Arbeiterklasse das Recht auf Streik genommen.

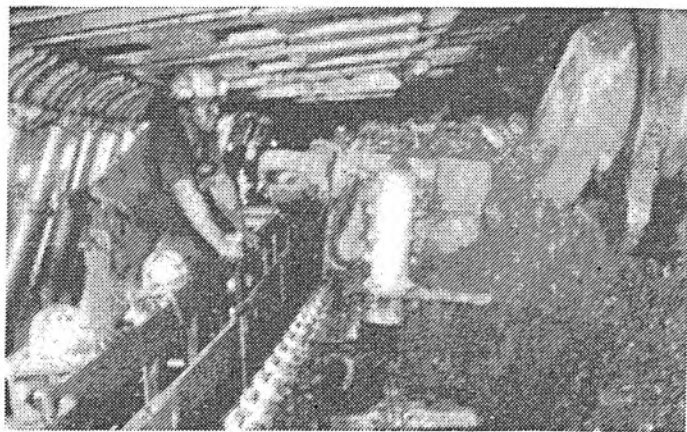
Nein, wir gehen nicht von der Lohnarbeit aus, schon gar nicht stillschweigend, und leiten daraus das Streikrecht ab, sondern ganz allgemein gesprochen, von der Vorstellung, daß im Sozialismus die Arbeiterklasse alle Möglichkeiten haben muß, Einfluß auf gesellschaftliche Vorgänge jedweder Art zu nehmen.

Wenn im weiteren der Genosse gba bei der Frage des Widerspruchs zwischen Hand- und Kopfarbeit fordert, im Programmwurf müßten konkrete Maßnahmen zu seiner Aufhebung benannt werden, wie etwa die Einheitsschule (gegen die ja nun kein Sozialist etwas haben kann), dann denken wir, wird ein Unterschied deutlich. Wir halten es für keine grundsätzliche Lösung dieses Widerspruchs, überspitzt gesagt, nun lauter Schlosser mit Abitur haben (wogegen nichts einzuwenden ist). Wir halten es aber, beispielsweise, für eine wichtige Methode für die Arbeiterklasse in diesem Widerspruch handlungsfähig zu sein, daß sie das Recht auf Streik hat.

Einige Konsequenzen

Im Anschluß an die oben zitierte Passage zum Streikrecht schreibt der Verfasser:

"Sie greifen das Fortexistieren der Wertproduktion aber nicht als ein Problem der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus auf. Sie weisen zwar warnend daraufhin, daß in der DDR und der Sowjetunion 'eine kleine Minderheit die Wirtschaft kontrollieren und die Arbei-



Keine Akkordarbeit? Aber technische Norm? Und der qualitative Unterschied? (Aus: Roter Morgen 33/34-85)

terklasse ausbeuten' kann. Dieser Begriff von der Minderheit ist eine Verharmlosung. Damit wird die Idee tradiert von den schon immer in der Geschichte der Menschheit wirkenden schlaun Bestien, die etwas usurpieren."

Es stimmt, wie bereits gesagt, daß das Problem der Wertproduktion, wie auch manch andere des Übergangs zum Kommunismus nicht behandelt werden. Darüber kann man diskutieren: Aber weder war es Aufgabe dieses Programmwurfs, die Strategie der Kommunisten für den Übergang vom Sozialismus (und nicht irgendeiner diffusen Übergangsgesellschaft) zum Kommunismus herauszuarbeiten, noch ist es so, daß zu dieser ganzen Problematik nichts im Entwurf steht. Hier sei nochmals darauf verwiesen, daß wir Fragen wie Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung usw. dafür für wesentlich halten.

Was die Passagen über die "Minderheit" angeht, so geht es uns weder darum, psychologische oder Charakterdebatten einzuführen über das Schlechte im Menschen, noch darum alles im Programm niederzuschreiben. Auffassungen über die Entwicklung in jenen Ländern haben wir in verschiedenen Texten im Rahmen der Programmdebatte dargelegt, diese sind allgemein zugänglich.

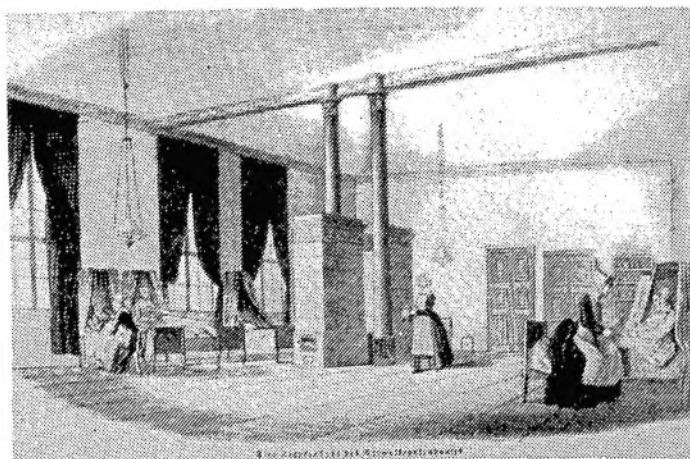
Die Konsequenz der gesamten geäußerten Kritik in diesem Artikel läßt sich unserer Meinung nach so zusammenfassen:

Der Programmwurf des ZK bestimmt das Wesen des Kapitalismus falsch, kann von daher auch die Grundzüge einer sozialistischen Gesellschaft nicht richtig treffen, womit sich auch die KPD-Kritik an den Staaten des sogenannten realen Sozialismus in idealistischer Spiegelfechterei auflöst.

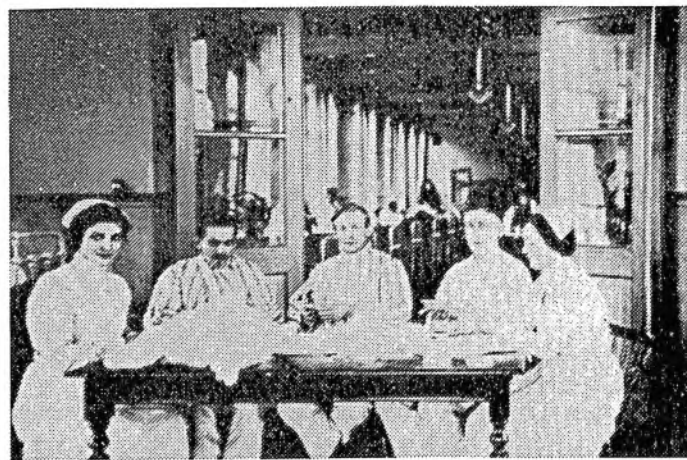
Wir meinen, daß diese Kritik, auch wenn die Formulierung "Dschungelgesetz" in der Tat überlegenswert erscheint, nicht zutrifft. Es trifft nicht zu, daß wegen der Verwendung dieses Begriffs, das ganze kapitalistische System und seine Funktionsweise im Programmwurf falsch dargestellt sei. (Eine ganz andere Frage wäre es wiederum, wer welche Schwerpunkte in einem Programm haben möchte, ob der Verfasser beispielsweise politisch der Meinung ist, das Problem der Arbeitslosigkeit sei nicht so wichtig oder ähnliches). Wir denken ganz im Gegenteil, daß wir in dem Programmwurf ganz wesentliche Fragen der Abschaffung der Lohnarbeit (und, wenn man so will, auch der Stellung der Arbeiterklasse im Widerspruch zwischen Hand- und Kopfarbeit sowie anderen auftauchenden gesellschaftlichen Widersprüchen) behandelt haben. Und wir meinen schließlich auch, mit der Verwirklichung der dabei angestrebten Maßnahmen (sowie einiger anderer Aussagen des Entwurfs) wäre ein wesentlicher Schritt gegen eine neue Ausbeuterklasse getan, als nur auf den ersten Blick einleuchtende Maßnahmen wie sofortiges Verbot von Akkordarbeit oder die Einheitsschule.

Wir denken, daß sich die Genossen des BWK auch noch zu anderen Fragen in diesem Zusammenhang zu Wort melden werden und erwarten solche Stellungnahmen.

Helmut Weiss



(Ca. 1840) Diakonisse C. Fliedner zu Fertigkeiten von Propflegerinnen: Verbinden, Pflasterschmieren ...; Baden und Einreiben, Thermometer, Klistiersetzen; Blutegelsetzen; Kräuter kennen; Waschen, Bügeln ...; Biblische Geschichte, Sprüche, Lieder, Glaubenslehre ...



(1907) In Preußen wird die erste Vorschrift über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen erlassen. Der Lehrgang an einer staatlich anerkannten Krankenpflegeschule dauert ein Jahr, das Mindestalter für die Ablegung der Prüfung ist 21 Jahre.

Neues Krankenpflegegesetz

Pflegepersonal soll Ausnahmebestimmungen unterstellt, der Pflegestandard weiter gesenkt werden

Zum 1. September tritt das neue Krankenpflegegesetz in Kraft. Seit gut 15 Jahren führt das gewerkschaftlich organisierte Krankenpflegepersonal die Auseinandersetzung mit den Bundesregierungen um die Novellierung des alten, aus dem Jahre 1965 stammenden Gesetzes. Die Gewerkschaft ÖTV verfolgte und verfolgt in dieser Auseinandersetzung das Ziel, daß die allgemeinen Gesetze und Bestimmungen der BRD auch auf die Krankenpflege und Krankenpflegeausbildung Anwendung finden und der Qualitätsstandard der Krankenpflege gehoben wird. Die Bundes- und Länderregierungen hingegen wollten Sonderbestimmungen insbesondere für die Ausbildung zur Krankenpflege aufrechterhalten und eine Verbesserung der Ausbil-

dungsbedingungen verhindern. Das jetzt in Kraft tretende Gesetz markiert einen Erfolg dieser reaktionären Bestrebungen und eine Niederlage für die Gewerkschaft ÖTV. Das neue Gesetz bestimmt ausdrücklich, daß das Berufsbildungsgesetz auf das Krankenpflegegesetz keine Anwendung findet und unterwirft sie damit einem Sondergesetz. Nur zum Schein hebt das Gesetz die Krankenpflege zumindest auf den in EG-Richtlinien festgeschriebenen Qualitätsstandard. In seinem Kern aber ist es ein Gesetz zur Verhinderung einer besseren Qualität der Krankenpflege und es ist zu befürchten, daß die BRD alles daran setzen wird, die Qualität der Krankenpflege EG-weit zu verschlechtern.

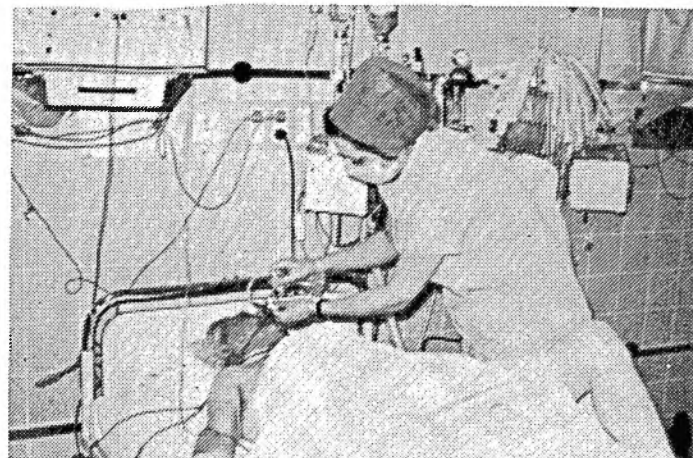
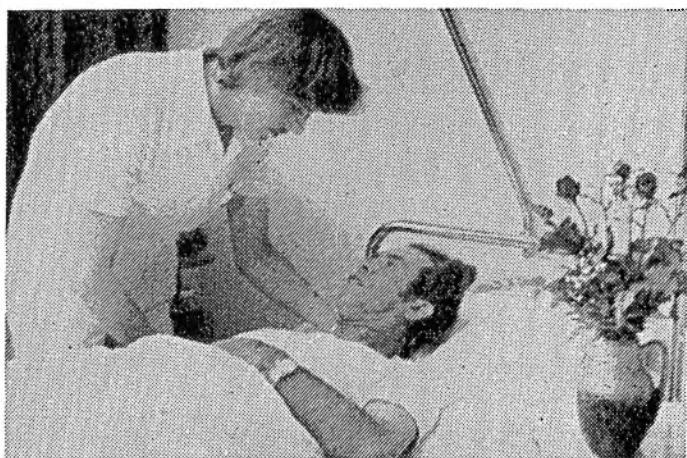
Die Kirchen erhalten freie Hand, die Ausbildungsbedingungen selber zu regeln

Stets hat die Reaktion in Deutschland und in der heutigen BRD zur Bekämpfung tariflicher Forderungen des Krankenpflegepersonals wie zur Verhinderung eines besseren Pflegestandards den Tatbestand genutzt, daß Krankenpflege in Deutschland historische Wurzeln in der Caritas hat, und die Reaktion behauptet interessiert, hier habe sie ihre einzigen Wurzeln. Als Ziel dieser Krankenpflege im 19. Jahrhundert beschreibt Anna Sticker: "Da die Ärzte den schweren Krankheiten gegenüber im Grund völlig machtlos waren, galt es, die Kranken zu einem geduldigen Ertragen der Schmerzen zu ermahnen und auf den Tod vorzubereiten." Die entsprechende Organisationsform dieser Art von Krankenpflege waren die Kirchen, die christlichen Orden mit ihren Mutterhäusern, in denen streng darauf geachtet wurde, daß Arbeit und Gebet im richtigen Verhältnis standen und

jegliche tarifrechtlichen Ansprüche tabu waren. Nach Auffassung des Arbeitsministers Dr. Blüm soll dies die Leitlinie der Krankenpflege bleiben oder wieder werden. In der Diskussion über das Krankenhausfinanzierungsgesetz führte er aus: "Ich glaube, wir müssen geradezu wieder neu für eine humane Medizin eintreten ... Der Tod, abgeschoben ins Krankenhaus und damit verdrängt! Ein fast heilloser Wettbewerb zwischen Diagnose und Therapie, ein Wettbewerb, den die Therapie nie gewinnen kann, weil am Ende des Lebens immer das Sterben steht. Vielleicht ist diese Verdrängung des Todes auch ein Grund für die Kostenträchtigkeit und die Züge von Unmenschlichkeit, die unser Gesundheitssystem bedrohen."

Zwecks Verwirklichung dieser christlichen Grundsätze der Krankenpflege ist bereits im neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz festgelegt,

daß die frei-gemeinnützigen, sprich konfessionellen Krankenhäuser, vorrangig zu fördern sind. Das neue Krankenpflegegesetz gibt den konfessionellen Häusern die Zwangsmittel an die Hand, die sie brauchen, um den Auszubildenden diese Grundsätze christlicher Krankenpflege anzudresieren. In § 22 ist festgelegt, daß die Bestimmungen, die das Ausbildungsverhältnis betreffen (§ 12 bis § 21), keine Anwendung finden auf "Schülerinnen und Schüler, die Mitglieder geistlicher Gemeinschaften oder Diakonissen oder Diakonieschwestern sind." Damit werden diese Einrichtungen von der Verpflichtung entbunden, einen ordentlichen Ausbildungsvertrag zu schließen, und sie sind nicht verpflichtet, den Ausbildungsgang sachlich und zeitlich zu gliedern. Sie brauchen den Auszubildenden weder Ausbildungsmittel zur Verfügung zu stellen, noch eine Ausbildungsvergütung zu zahlen. Sie sind von der Verpflichtung entbunden, dem Auszubildenden nur Arbeiten zu übertragen, die dem Ausbildungszweck dienen und seinen körperlichen Kräften angemessen sind. Schließlich gilt für sie



(1957) Empfehlungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft: Arbeiten, die auf ärztlichem Gebiet nicht von der Pflegeperson verrichtet werden sollen: intravenöse Injektionen und Infusionen, Bluttransfusionen, Katheterisieren bei Männern, Blutdruckmessen ...

(1985) Inzwischen ist z.B. Blutentnahme überwiegend pflegerische Arbeit. Kostenersparnis für den Dienstherrn bei einem Zeitaufwand von fünf Minuten: Ein Assistenzarzt (28 Jahre, verh.) erhält für diese Zeiteinheit brutto ca. 1,87 DM, ein Krankenpfleger 1,23 DM.

nicht die Verpflichtung, den Auszubildenden nur "ausnahmsweise" über die Regelarbeitszeit hinaus zu beschäftigen und dafür besonders zu vergüten. Das alte Mutterhaus soll wieder aufleben. Die Unterschiede bestehen nur darin: Die Ergebnisse kapitalistischer Rationalisierung sollen aus dem ehemaligen Bett ein Arbeitshaus machen, und war es früher ein fast freiwilliger Entschluß, durch den Eintritt ins Mutterhaus unter die Haube zu kommen, kann man heute als arbeitsloser Jugendlicher fast zwangsweise vom Arbeitsamt an die

Krankenpflegeschule eines konfessionellen Krankenhauses vermittelt werden.

Die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen an den konfessionellen Häusern, die alle auf die Ausnahmeregelung des § 22 pochen werden, sind von allgemeiner Bedeutung für die Krankenpflege. Das Krankenpflege- und Pflegehilfspersonal an den sogenannten frei-gemeinnützigen Krankenhäusern zählt fast 100000, das sind 37% des gesamten Krankenpflege- und Pflegehilfspersonals an Krankenhäusern.

Statt auszubilden, wollen die Dienstherrn die Auszubildenden als billigste Arbeitskraft vernutzen

Seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes im Jahre 1969 führt die Gewerkschaft ÖTV den Kampf dafür, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auch auf die Krankenpflegeausbildung angewandt werden. Punktuell hat sich die ÖTV in diesem Rechtsstreit durchsetzen können. Bestand z.B. früher der Dienstherr auf voller Ableistung einer dreijährigen Ausbildungszeit, erreichte die ÖTV in einer Grundsatzentscheidung, daß ab dem Tage nach Ablegung des Exams nicht mehr Auszubildendenvergütung, sondern Krankenpflegetarif gezahlt werden muß. An einigen Krankenpflegeschulen wurde von der vorgeschriebenen Probezeit von sechs Monaten abgewichen und die dreimonatige Probezeit nach Berufsbildungsgesetz vereinbart. Einzelne Krankenpflegeschulen erkannten sogar das Berufsbildungsgesetz als Ganzes im Ausbildungsvertrag als Grundlage für die Ausbildung an. Mit dieser Entwicklung macht das neue Krankenpflegegesetz Schluß. Ein eigener Paragraf (§ 26) regelt, daß das Berufsbildungsgesetz auf die Krankenpflegeausbildung keine Anwendung findet. Die Ausbildungs-

bedingungen in einer großen Abteilung des öffentlichen Dienstes sollen einem Sondergesetz unterworfen werden, damit Zug um Zug in allen Wirtschaftszweigen der BRD die erkämpften Ansprüche auf berufliche Bildung beseitigt werden.

Das Berufsbildungsgesetz bietet – wenn auch nur unzureichend – Anhaltspunkte dafür, gegen Ausbildungsbedingungen vorzugehen, die keine Ausbildung gewährleisten, sondern ausschließlich der Vernutzung der Auszubildenden als billige Arbeitskraft dienen. So regelt § 22: "Auszubildende dürfen nur eingestellt werden, wenn ... die Zahl der Auszubildenden in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze oder zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte steht ...". Der Entwurf für eine neue Bundespflegegesetzverordnung stellt diese Regelung auf den Kopf. Er schreibt vor, daß Auszubildende in der Krankenpflege im Verhältnis 5 : 1 auf den Stellenplan angerechnet werden müssen. Anstatt den Zeitaufwand für Ausbildungsaufgaben bei der Bemessung von Planstellen für Fachkräfte positiv zu ver-

anschlagen, wird die Arbeitsleistung der Auszubildenden positiv veranschlagt. Ergebnis dieser Anrechnungspolitik ist bereits jetzt, daß insbesondere in kleinen und mittleren Krankenhäusern Auszubildende häufig ganz allein für die Versorgung einer Station zuständig sind und die Verantwortung dafür tragen müssen.

Zielstrebig wird der Einsatz von Auszubildenden als billige Arbeitskraft ausgebaut. Der Entwurf des Bundesgesundheitsministers für eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung macht Nachtarbeit zum zwingenden Gegenstand der Ausbildung. War in der alten Ausbildungs- und Prüfungsordnung ein Nachtdienst im Rahmen der sogenannten Examenswache vorgesehen, sollen Auszubildende nach der neuen Regelung mindestens 120, höchstens aber 180 Stunden Nachtschicht arbeiten, das werden in der Regel zwölf bis 18 Nächte sein. Das Argument, daß das Waschen eines Patienten nur nachts zu lernen sei, kann entkräftet werden durch eine sowieso notwendige Kampagne, die darauf zielt, die Patienten nachts schlafen zu lassen und die Körperpflege in der Frühschicht durchzuführen, was durch entsprechende Besetzung gewährleistet werden muß.

Selbst zu Bereitschaftsdiensten und Rufbereitschaften sollen Auszubildende zukünftig gezwungen werden. So sieht der Entwurf der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für einen Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse für Auszubildende in der Krankenpflege in § 10 bereits die Bezahlung von Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft vor. In einem Rundschreiben an ihre Mitglieder weist die VKA auf die Möglichkeit der Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit hin: Nach § 16 Abs. 3 des Krankenpflegegesetzes sei eine über die vereinbarte regelmäßige tägliche oder wöchentliche Ausbildungszeit hinausgehende Beschäftigung nur aus-

Krankenpflegegesetzgebung

Keine Absicherung von
pflegerischen Mindeststandards

1900: Bis zur Jahrhundertwende blockieren die konfessionellen "Mutterhäuser" eine staatlich geregelte Krankenpflegeausbildung. Aber von den rd. 25% "freien" Pflegekräften regt sich Widerstand.

Während sich die Lohnwärter(innen) hauptsächlich gewerkschaftlich organisieren, um ihre Tätigkeit als Lohnarbeit anerkannt zu bekommen, waren die bürgerlichen Krankenpflegerinnen daran interessiert, konfessionell ungebunden, aber im gleichen "Schwesternstatus", den Pflegeberuf ausüben zu können.

1903: In Berlin wird von den freien Krankenpflegerinnen ein Fachverband gegründet, der seinen Mitgliedern eine Arbeitsplatzvermittlung ohne Eingriff in die Dienstverträge, Beratung in Arbeits- und Rechtsfragen sowie die Möglichkeit zum Abschluß einer Versicherung bot.

1906: Das gewerkschaftlich organisierte Wartepersonal fordert auf seiner 1. Reichskonferenz Gesundheitswesen in Mainz u. a., daß die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung auch auf das Anstaltspersonal ausgedehnt wird (was aber erst 1928 erfolgt).

1907: Zuerst in Preußen und danach in allen anderen Ländern des Deutschen Reiches (schleppend bis 1920) werden Vorschriften über eine staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen erlassen, die einen einjährigen Lehrgang und das Mindestalter für die Ablegung der Prüfung auf 21 Jahre vorschreiben. Allerdings war

diese Prüfung für die Berufsausübung nicht notwendig, so daß die christlichen Anstalten weiterhin nach ihren eigenen Regeln ausbilden konnten. (Die gleiche unverbindliche Regelung setzten die konfessionellen Verbände dann auch 1928 bei der Novellierung dieses Gesetzes durch.)

1918: Von der Revolution von 1918 wurde von den gewerkschaftlichen Organisationen eine grundlegende Verbesserung der proletarischen Krankenpflege erwartet. In der Gewerkschaftszeitung "Die Sanitätswarte" vom Dezember 1918 wird geschrieben:

"... Unter den Berufsgruppen, die unter den alten Zuständen am meisten zu dulden und zu leiden hatten, steht das Krankenpflegepersonal ... an erster Stelle. Miserable Entlohnung, überlange Dienstzeit – bis zu 14 und 16 Stunden – persönliche Unfreiheit, teilweiser Ausschluß von den Vorteilen der sozialen Gesetzgebung ...

Wir fordern daher ...:

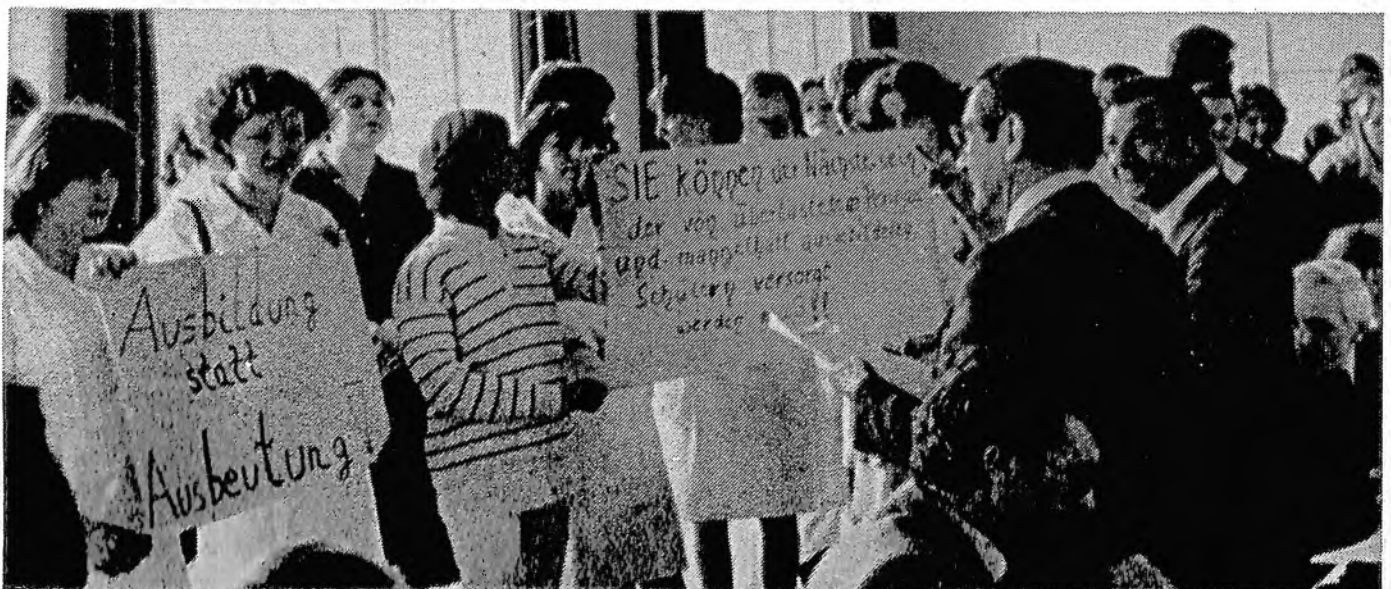
- Zahlung angemessener Löhne
- Herabsetzung der täglichen Dienstzeit auf acht Stunden
- Wöchentliche Ruhepausen von mindestens 36 Stunden / Persönliche Freizeit während der dienstfreien Zeit
- Beseitigung des Kost- und Logiszwanges (...)
- Einrichtung öffentlicher, paritätisch verwalteter Facharbeiter-nachweise und Verbot der gewerksmäßigen Stellenvermittlung
- Aufhebung aller Ausnahmebe-

stimmungen und Gleichstellung des Krankenpflegepersonals mit allen anderen Berufsgruppen in der sozialen Gesetzgebung."

1924: Durch eine Verordnung der Volksbeauftragten vom November 1918 wurde der Achtstundentag möglich. Eine von der Gewerkschaft herausgegebene Umfrage von 1920 zeigt den Umfang, in dem sich dieser im Gesundheitswesen bereits durchgesetzt hatte: Danach arbeiteten in 467 Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten von 30962 Pflegepersonen 19887 acht Stunden, 3024 bis zehn Stunden, 4585 bis zwölf Stunden und 3356 bis 15 Stunden.

In einem 1919 veröffentlichten Gesetzentwurf über eine einheitliche Arbeitszeitordnung in Krankenhäusern sollten acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich festgesetzt werden. Ein Prof. Dr. Irschner, Chefarzt in Königsberg, schreibt:

"Es ist bis zu einem gewissen Grade verständlich, daß die kritiklose Masse der gewöhnlichen Handarbeiter infolge Verhetzung und Irreleitung durch gewissenlose Agitatoren schließlich ihr Ideal in maximalen Arbeitslöhnen und minimalen Arbeitszeiten erblickte. Daß aber unter dem Krankenpflegepersonal, von dem man bisher annahm, es stünde auf einer wesentlich höheren Stufe der Bildung und besäße ein besonders ausgeprägtes sittliches Pflichtbewußtsein, eine derartige Bewegung ernstlich Fuß fassen konnte, ist erstaunlich. Die Tatsache zeigt, daß schon erschreckend weite Kreise unseres Volkes von der Seuche der Arbeitsscheu und Verantwortungslosigkeit ergriffen sind. Damit steigt das Pflegepersonal von der hohen Warte allgemeiner Wertschätzung und Achtung und wird zum zielbewußten



1982 demonstrieren Auszubildende der Krankenpflege zum Bielefelder Krankenhausausschuß. Sie verlangen, daß Auszubildende nicht auf den Stellenplan angerechnet werden und der chronische Unterrichtsausfall abgestellt wird.

nüchternen Lohnarbeiter herabgewürdigt ... Bei derartigen, weder langweiligen noch anstrengenden Dienstleistungen nach acht Stunden das Tagewerk zu beenden, heißt dem lieben Herrgott die Zeit wegstehlen ..."

Schon 1920 war von den "Mutterhäusern" durchgesetzt worden, daß "ihre Schwestern" nicht im gleichen Tarifvertrag wie die Lohnwärter(innen) erscheinen (die noch heute bestehenden Kr.-Gruppen) und auch die "freien Schwesternschaften" mochten sich nicht mit der Arbeiterbewegung solidarisieren, die daranging (z.B. 1923/24 in Berlin durch die Einrichtung von 40 Ambulatorien), die allgemeine medizinische Versorgung der Bevölkerung zu organisieren. Gegen die Gewerkschaften und mit den Dienstherrn stimmten sowohl konfessionelle als auch freie Schwesternverbände in einem paritätisch besetzten Fachausschuß der heute noch gültigen "Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten von 1924" zu, die zehn Stunden tägliche und 60 Stunden wöchentliche Arbeitszeit beinhaltet.

1938/1957: Nach den in diesen Jahren erlassenen Krankenpflegegesetzen bedarf es jetzt der staatlichen Erlaubnis, wer "die Krankenpflege berufsmäßig ausübt" (1938) bzw. unter der Bezeichnung "Krankenschwester", "Krankenpfleger" oder "Kinderkrankenschwester" die Krankenpflege ausüben will (1957).— Unter ähnlich klingenden Bezeichnungen kann die Krankenpflege aber weiterhin ohne berufliche Regelung ausgeübt werden.

Eine Definition der Tätigkeiten des Krankenpflegeberufes, die eine qualifizierte Ausbildung voraussetzen und so einen gewissen Mindeststandard auch in der krankenpflegerischen Versorgung bedeuten würden, wird jeweils nicht vorgenommen.

1965: Der aufgrund der unzumutbaren Arbeitsverhältnisse entstandene "Schwesternmangel" bewirkt bis in die ÖTV hinein eine "Lösungssuche". Die Gewerkschaft schlägt vor, "bewährte Stationsmädchen ... aber auch verheiratete und verwitwete Frauen (halbtags)" für einfache pflegerische Arbeiten auszubilden.

Die Bourgeoisie schafft über die Novellierung des Krankenpflegegesetzes die Voraussetzungen, um über kürzere "Ausbildungs"gänge qualifizierte Tätigkeiten auf billigere Berufsgruppen überzuwälzen. Zusätzlich wird der Gedanke der "Schwesternhelferin", die im 2. Weltkrieg im großen Umfang eingesetzt wurden, wiederbelebt, so daß das Rote Kreuz (und andere Verbände) seitdem zusätzlich vierwöchige Schwesternhelferinnenkurse durchführen.

nahmsweise zulässig und besonders zu vergüten, dies gelte aber nicht, "wenn eine über die festgesetzte tägliche Ausbildungszeit hinausgehende Inanspruchnahme innerhalb derselben Woche durch entsprechende Freistellung ausgeglichen wird". Um die Arbeitskraft der Auszubildenden tatsächlich rund um die Uhr verfügbar zu haben, hat die VKA in ihrem Musterausbildungsvertrag auch gleich die Möglichkeit einer "Residenzpflicht" vorgesehen: "Die Schülerin/Der Schüler verpflichtet sich, in der von dem Träger der Ausbildung bereitgestellten Personalunterkunft zu wohnen und an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen." Die Kriegsvorbereitungen nehmen mit dieser Regelung handfeste Formen an.

Bewegt sich das neue Krankenpflegegesetz mit einer Ausbildungszeit von 1600 Stunden für theoretischen und praktischen Unterricht und 3000 Stunden für praktische Ausbildung bereits an der Untergrenze der entsprechenden EG-Richtlinien, so wird diese Ausgestaltung der Ausbildungszeit, wie sie von den Dienstherrn angestrebt wird, keineswegs den EG-Richtlinien gerecht, die u.a. for-

dern: "... angemessene klinische Erfahrung; diese muß der Ausbildung dienen und unter der Aufsicht von qualifiziertem Pflegepersonal an Orten erworben werden, die aufgrund ihrer Ausstattung und wegen des in ausreichender Anzahl vorhandenen qualifizierten Personals für die Krankenpflege geeignet sind." So setzt die BRD mit dem neuen Krankenpflegegesetz Maßstäbe für eine EG-weite Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen in der Krankenpflege.



Die ÖTV fordert Verbot von Nacharbeit für Auszubildende.

Ausbildung zum Hilfsarbeiter soll die Pflegekosten senken

In den 60er Jahren wurde die einjährige Ausbildung zum/r Krankenpflegerhelfer/in mit der zweifelhaften Begründung neu geschaffen, den akuten Mangel an ausgebildeten Pflegepersonal möglichst rasch beheben zu wollen. Heute, da eine große Zahl ausgebildeten Pflegepersonals arbeitslos ist, wird im neuen Krankenpflegegesetz die Ausbildung zum/r Krankenpflegerhelfer/in dennoch aufrechterhalten. Erneut ein Verstoß gegen das Berufsbildungsgesetz, das einen Ausbildungsberuf mit einjähriger Ausbildungszeit nicht kennt!

Von 1975 auf 1982 ist das Krankenpflegepersonal (mit dreijähriger Ausbildung) an den Krankenhäusern um 35% von 144000 auf 195000 angewachsen. Im selben Zeitraum wurde das Pflegehilfspersonal (mit einjähriger und ohne Ausbildung) von 79000 auf 68000 um 16% verringert. Der absolute und relative Zuwachs des Krankenpflegepersonals ist aber keineswegs einer Qualitätssteigerung der Krankenpflege zugutegekommen. Er wurde aufgesogen durch das Anwachsen administrativer Tätigkeiten und vor allen Dingen durch die Überwälzung ehemals ärztlicher Tätigkeiten auf den Pflegedienst. Ist der Zuwachs des Krankenpflegepersonals somit eher ein Indikator für die Verbilligung ehemals ärztlicher Tätigkeiten, deutet die absolute Abnahme des Pflegehilfspersonals auf Abnahme des Pflege-

umfangs hin. Oder anders ausgedrückt: Mit der Aufrechterhaltung der einjährigen Ausbildung zum/r Krankenpflegerhelfer/in soll die Ausbildung für die Ausübung von Krankenpflege auf ein Jahr reduziert werden. Die dreijährige Ausbildung zielt auf die Rekrutierung ärztlichen Assistenzpersonals und einer Dienstaufsicht über das Pflegehilfspersonals. Die selbständige Krankenpflege entfällt.

In den Pflegesatzverhandlungen dringen bereits die Krankenkassen darauf, das Verhältnis von Krankenpflegepersonal zu Pflegehilfspersonal wieder zugunsten des Pflegehilfspersonals zu verändern. Auch in dieser Frage sind die "frei-gemeinnützigen" Krankenhäuser Vorreiter. Beträgt in den öffentlichen Krankenhäusern der Anteil des Pflegehilfspersonals 22%, sind es bei den "frei-gemeinnützigen" immerhin 29%.

Das neue Krankenpflegegesetz legt wie das alte Gesetz nur Bedingungen für das Tragen der Berufsbezeichnungen fest und verweigert sich der Forderung der ÖTV, die Erlaubnis zur Ausübung von Krankenpflege an Ausbildungsvoraussetzungen zu knüpfen. Damit wird dem Einsatz von "ehrenamtlichen" Helfern Tor und Tür geöffnet. Einen Anspruch darauf, im Krankenhaus von gut ausgebildeten Pflegepersonal versorgt zu werden, kann man aufgrund des neuen Krankenpflegegesetzes nicht geltend machen.

Kürzung der Ausbildungsvergütungen, um das gesamte Einkommensgefüge ins Rutschen zu bringen

Welche Angriffe die Dienstherren mit Hilfe des neuen Krankenpflegegesetzes auf die Arbeitsbedingungen des Krankenpflegepersonals tatsächlich durchsetzen können, dafür ist der Ausgang der Auseinandersetzung um die Absenkung der Ausbildungsvergütungen von großer Bedeutung. In den 60er Jahren konnte sich die ÖTV verschiedene Umstände zunutze machen, um eine drastische Anhebung der Ausbildungsvergütungen für die Auszubildenden in der Krankenpflege durchzusetzen. Die Ausbildungsvergütung bewegte sich in einer Höhe wie sie die Gewerkschaftsjugend anderer Ausbildungsberufe forderte, um als Auszubildender unabhängig leben zu können, ohne den elterlichen Haushalt zu belasten. Die Vergütung des ausgebildeten Krankenpflegepersonals bildete die Bemessungsgrundlage, die Ausbildungsvergütung betrug 75 % des entsprechenden Grundgehalts. Im Gefolge des 1. Haushaltstrukturgesetzes senkte die SPD-F.D.P.-Koalition die Bemessungsgrundlage auf 66 2/3 % ab, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand der ÖTV zu stoßen. In der zurückliegenden Tarifausschließung wollte Zimmermann eine weitere Absenkung auf 50 % erreichen, wick dann aber scheinbar zurück – der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV konnte sich im Erfolg wiegen –, um jetzt auf gesetzlichem Wege eine noch drastischere Senkung zu versuchen durchzusetzen. In der letzten Verhandlungsrunde verlangte er eine Absenkung im 1. Ausbildungsjahr um 288,66 DM auf 591,09 DM, im 2. Ausbildungsjahr um 326,32 DM auf 658,17 DM und im 3. Ausbildungsjahr um 433,42 DM auf 724,22 DM. Das Ausbildungsentgelt in der Krankenpflegehilfe soll um 216,23 auf 551,09 DM gesenkt werden.

Gelingt es den Dienstherren, sich mit der Absenkung der Ausbildungsvergütung in der Krankenpflege durchzusetzen, besteht die Gefahr, daß das gesamte Einkommensgefüge der Krankenhausbelegschaften ins Rutschen gerät. In der zurückliegenden Tarifrunde versuchte Zimmermann, die Entgelte der Praktikanten/innen in medizinischen Assistenz- und Hilfsberufen sowie die Entgelte der Praktikanten/innen in sozialen Berufen zusammen mit denen der Krankenpflegeschüler um 400 DM bis 300 DM abzusenken. Dieser Angriff würde mit Sicherheit eine Neuauflage erleben.

Weiterhin ist zu bedenken, wird die Differenz der Einkommen zwischen Auszubildenden und Berufsanfängern vergrößert, ist die Gefahr der Einkommensenkung für die Berufsanfänger groß. Da sich die Vergütungsordnung des BAT weiterhin im gekündig-

ten Zustand befindet, wäre eine niedrigere Eingruppierung von Neueinstellenden auf dem Erlaßwege zu regeln, ein Verfahren, das die Dienstherren seit anderthalb Jahren gegenüber bestimmten Besoldungs- und Vergütungsgruppen von sogenannten "Besserverdienenden" praktizieren. Hier könnte sich die Sorglosigkeit des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV in dieser Frage rächen. Wirklich unverständlich, warum die Wiederinkraftsetzung der Vergütungsordnung zu den alten Bedingungen bisher nicht als Forderung in der Tarifausschließung erhoben wird.

Gegenwärtig ist die Ausbildungsvergütung in der Krankenpflege auch noch ein Hindernis für die Pläne zur Absenkung der Ärzteneinkommen in ihrer Ausbildungsphase. So begründet die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände die Kürzung der Krankenpflegeausbildungsvergütung u.a. wie folgt: "Berücksichtigt werden müßten ferner die Vorstellungen, die der Gesetzgeber zur Vergütung der künftigen Ärzte im Praktikum entwickelt hat. Danach sollen auf einer Ärzteplanstelle drei Ärzte im Praktikum kostenneutral beschäftigt werden. Dies habe dazu geführt, daß in den Tarifverhandlungen am 21. Mai 1985 für die Ärzte im Praktikum eine Vergütung im ersten Jahr der Tätigkeit von 1000 DM und im zweiten Jahr der Tätigkeit von 1150 DM angeboten worden sei." Deutlich wird, wie das Niveau der unteren Einkommensgruppen auch den höheren Einkommensgruppen nutzt. Ein Tatbestand, der auch bei diesen Einkommensgruppen

das Interesse für eine besondere Anhebung der Niedrigeinkommen wecken sollte. Deutlich wird auch der Zusammenhang zwischen der Verteidigung der Einkommen und der Qualität der medizinischen Versorgung. Verschlechtert die Anrechnung der Auszubildenden in der Krankenpflege den Pflegestandard, so wird die Anrechnung der "Ärzte im Praktikum" die ärztliche Versorgung beeinträchtigen. Beide Maßnahmen werden sich gegenseitig potenzieren. Das ausgebildete Pflegepersonal wird nicht mehr die Zeit finden, die auszubildenden Ärzte anzuleiten und für das Pflegepersonal wird es immer schwieriger werden, fachkundigen Rat einzuholen. Eine Versorgung im Krankenhaus des Standards "gefährlich" wird die Folge sein.

Die Forderungen der ÖTV in dieser Auseinandersetzung stellen ein Aktionsprogramm dar, das unbedingt unterstützt werden muß. Wichtig ist, daß die ÖTV die Verteidigung der Ausbildungsvergütungen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellt.

"Das Ziel der Gewerkschaft ÖTV ist, diese Absenkung der Ausbildungsvergütungen zu verhindern!"

Die Gewerkschaft ÖTV will für alle Auszubildenden die Ausbildungsbedingungen verbessern. Deshalb hat sie auf der Grundlage des neuen Krankenpflegegesetzes den Entwurf eines Manteltarifvertrags für Auszubildende in der Krankenpflege und Geburtshilfe erarbeitet. Unsere wichtigsten Forderungen lauten:

– Die Auszubildenden müssen mindestens einen Tag im Monat für Vor- und Nachbereitung der Ausbildungsinhalte frei bekommen!

– Den Auszubildenden ist während der Ausbildungszeit Gelegenheit zu



Für die Erhöhung des Unterrichts von 1200 auf 1600 Stunden soll das Ausbildungsentgelt gekürzt werden.

geben, die Ausbildungsinhalte vor- und nachzubereiten.

— Die Auszubildenden dürfen nicht zu Überstunden, Bereitschaftsdiensten und Rufbereitschaften herangezogen werden.

— Fünf Tage Freistellung vor der Abschlußprüfung!

— Arbeits- und berufspädagogisch qualifiziertes Krankenpflegepersonal



Zwecks Militarisierung greift der Dienstherr Tarife an.

für die praktische Ausbildung.

— Der Urlaub muß auch während der Sommerferien genommen werden können.

— Freistellungen nach Tarifverträgen, Personalvertretungsgesetzen und für Bildungsurlaub muß auf die Dauer des Lehrgangs angerechnet werden." Quellenhinweis: Anna Sticker, Die Entstehung der neuzeitlichen Krankenpflege, Kohlhammer 1960; Franz Bauer, Geschichte der Krankenpflege, E.C. Baumann KG 1965; Emil Fritz, Problematik der Krankenpflege und ihrer Berufsverbände, Elwin Staude Verlag 1964; Claudia Bischoff, Frauen in der Krankenpflege, Campus Forschung, 1984; Krankenpflege in der Weimarer Republik – Ideologische Traditionen und Gewerkschaftskämpfe, in: Dr.med. Mabuse, Zeitschrift im Gesundheitswesen; EG-Richtlinien: 77/452/EWG, 77/453/EWG, 77/454/EWG, 77/455/EWG, 81/1057/EWG; Gesetz über die Berufe in der Krankenpflege (Krankenpflegegesetz – KrPflG) v. 04.06.85, BGBl. v. 11.06.85; Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Berufe in der Krankenpflege (KrPflAprO) des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit – Stand März 1985; Rundschreiben 225/85 der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA): 1. Richtlinien ... zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen/Schüler, die nach Maßgabe des Krankenpflegegesetzes oder des Hebammengesetzes ausgebildet werden ... , 2. Muster-Ausbildungsvertrag für Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege/Kinderkrankenpflege – (kar, frw, mis)

Militarisierung des Gesundheitswesens

Durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen hat es die Reaktion verstanden, den Beschäftigten in den Krankenhäusern eine Fülle von besonderen Schikanen aufzudrücken. Neben den Tendenzschutzbestimmungen in den kirchlichen Betrieben, die jede gewerkschaftliche Arbeit massiv behindern, ist hier die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1924 zu nennen, die noch heute für die Krankenhäuser Gültigkeit hat. Auf die Krankenpflegeschüler/-innen kommt als zusätzliche Unterdrückungsmaßnahme nach Absicht der Dienstherrn die Residenzpflicht, d.h. Kasernierung, zu.

Doch den Gipfel der Entrechtung stellen die Mobilmachungsmaßnahmen des geplanten Zivilschutzgesetzes (ZSG) aus dem Hause Zimmermann dar (Entwurf eines ZSG vom 5.6.84). Angestrebt wird von den Betreibern eine organisatorische und geistige Einstimmung auf den Krieg. Ob im Stahlhelm oder im weißen Kittel, es soll lückenlos für den Krieg erfaßt und mobilisiert werden. Man sollte dabei nicht meinen, daß der Zivilschutz ausschließlich der Zivilbevölkerung dient und stets friedliche Absichten verfolgt. Natürlich wird das vorgegeben, aber schon, daß der Katastrophenschutz in "Friedenszeiten" und der Zivilschutz für den "Spannungs- und Verteidigungsfall" im neuen Gesetzentwurf zum Zivilschutz zusammengefaßt werden, deutet auf die Unterwerfung aller Kräfte für die militärischen Zwecke hin. Oberfeldarzt Fischer von der Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr formulierte 1975 den Zusammenhang folgendermaßen: "Als Extremfall einer Katastrophe ... gilt der Krieg."

Der Zimmermannsche Entwurf für ein ZSG ist das weitestgehende Notstandsgesetz seit der Verabschiedung des Bündels von NS-Gesetzen 1968. Übelste Maßnahme ist die Zwangsverpflichtung aller Männer über 18 Jahre, die nicht zum Kriegsdienst eingezogen werden, zum Dienst als sog. "Helfer im Zivilschutz". Der Einsatz in paramilitärischen Bereichen des erweiterten Zivilschutzes ist möglich. Die Helfer werden kaserniert und sind zum Gehorsam verpflichtet unter Androhung hoher Strafen. Die Bevölkerung kann je nach militärischem Kalkül evakuiert oder zum Bleiben am Wohnort verpflichtet werden. Beamte können kaserniert und zum Einsatz in irgendeiner Einrichtung der NATO auch im Ausland verpflichtet werden, und das auch noch nach Erreichen des Pensionsalters. Diese

Maßnahmen sind prinzipiell schon in Friedenszeiten möglich.

Für das Gesundheitswesen sieht das ZSG besondere Zwangsmaßnahmen vor. Krankenhausverwaltungen werden verpflichtet, "Pläne zur Bewältigung eines Massenansturms von Verletzten aufzustellen" und Maßnahmen zur Ausweitung der Kapazitäten zu ergreifen. Damit wird die berüchtigte Triage zur Pflicht erhoben, die besagt, daß eine Selektion in Behandlungswerte und Behandlungswerte vorgenommen wird. Das bedeutet konkret, daß z.B. Verletzte der Kategorie IV mit z.B. schweren Wirbelsäulen- oder Schädelhirnverletzungen liegengelassen werden, um die leicht Verletzten schnell wieder für den Einsatz an der Front zusammenflicken zu können. Die zivilen Kranken werden sowieso zur Manövrierarmee und die Beschäftigten in den Krankenhäusern werden gnadenlos zur Mehrarbeit gezwungen werden. Das formulierte ein Dr. Otto vom konservativen Ärzteverband Hartmannbund auf einer Anhörung der SPD zum ZSG im November 1984 folgendermaßen: "Die größere Menge von Betten für den Verteidigungsfall kommt daher, daß ich in den Krankenhäusern der Zivilversorgung natürlich, wenn Not am Mann ist, Patienten entlassen kann. Wir wissen, daß in allen europäischen Ländern etwa 20 bis 30% der in Krankenhäusern Befindlichen ohne Schwierigkeiten entlassen werden könnten ... Außerdem lassen sich durch Aufstellen in Tagesräumen usw. die normalen Krankenhäuser auch noch um 10 bis 20% erweitern."

Die Gesundheitsversorgung wird durch das ZSG unter Androhung von Strafe den strategischen und taktischen Zielen der Kriegsführung untergeordnet. So ist nur logisch, daß Rettungsleitstellen den Behörden unterstellt werden, und diese dann entscheiden, wer in den Krankenhausbetten behandelt wird: die Belegung wird "zugewiesen" (§ 32 (1) ZSG). Kriegstaktisch heißt das: Räumung der Krankenhäuser für die Soldaten. Ist es heute jedem freigestellt zu kündigen, so gelten im Spannungs- und Verteidigungsfall entsprechende Vorschriften des Wehrpflichtgesetzes; der herangezogene Helfer, also der Soldat im weißen Kittel, wird zu seiner Zivilschutzseinheit zwangsverpflichtet und hat dienstlichen Anordnungen Folge zu leisten, oder er wird wie ein Fahnenflüchtiger mit Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren bedroht (§ 38). Die Bourgeoisie weiß, daß es Widerstand gegen die Zimmermannsche Sorte "Zivilschutz" und gegen den Zweck des Krieges geben wird. Das veranschaulichen ihre Pläne zur Militarisierung des Gesundheitswesens.



Kohls "Dreiergipfel"

Fast alle Forderungen, die die Gewerkschaften im Vorfeld des "Dreiergipfels" mit Regierung und Kapitalisten erhoben haben, sind von diesen schon vor dem Treffen abgelehnt worden. Einziges "Bonbon": Die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit sollen an die Kapitalisten für die "Qualifizierung" von Arbeitslosen

fließen. Angeblich stimmt der DGB dem zu. Stimmt das, so wäre auch die Verlängerung des Arbeitslosengeldanspruchs und die Rücknahme der Arbeitslosengeldkürzungen vom Tisch. Dennoch zieht's den DGB zum "Gipfel". Staatstragende Sozialdemokraten wünschen ein Bündnis mit den Christdemokraten. Welche Perspektiven ergeben sich für die Herbstaktionen?

Großbritannien: Gewerkschaftsbewegung vor Spaltung?

Der in diesen Tagen in Blackpool beginnende Kongreß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC steht vor schwierigen Aufgaben: Die Niederlage der Bergarbeiter hat die Gewerkschaftsbewegung erschüttert und zu Spaltungen in der Bergarbeitergewerkschaft geführt. Die Anti-Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Regierung zeigen Wirkung: Die Metallarbeiter haben sich den Gesetzen gebeugt und von der Regierung Gelder für die Durchführung von Urabstimmungen angenommen. Die Führung der Labour-Partei erwägt, bei einem Wahlsieg die Anti-Gewerkschaftsgesetze in Kraft zu lassen. Welche Konsequenzen zieht der TUC-Kongreß aus dieser Lage?



Nds. Landesausstellung

Das Spektakel der niedersächsischen Landesausstellung "Stadt im Wandel – Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland (1150–1650)" in Braunschweig ist Teil des politischen Programms der CDU-Landesregierung: Sie "hat sich zum Ziel gesetzt, wichtige Themen der Kulturgeschichte und der Landesgeschichte durch

sorgfältig vorbereitete Landesausstellungen der Öffentlichkeit nahe zu bringen. Davon verspreche ich mir gleichzeitig, das niedersächsische Landesbewußtsein unserer Mitbürger zu fördern." (Nds. Minister Cassens) Die Kritik ist schwach entwickelt und richtet sich hauptsächlich gegen die hohen Kosten, weniger gegen das vermittelte Geschichtsbild und das Ziel der Ausstellung.

WAA Wackersdorf: Baubeginn noch im Oktober?

Noch vor dem 12. Oktober hofft die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) auf die erste Teilerrichtungs-genehmigung für den Bau der WAA, um dann mit den Rodungsarbeiten zu beginnen. Der Auftrag zur Rodung des Geländes ist an eine örtliche Firma vergeben. Die betroffenen Gemeinden streiten über die Aufteilung der Gewerbesteuer-einnahmen. Am 12. Oktober findet in München eine bundesweite Demonstration gegen die WAA statt. Bei Beginn der Rodungsarbeiten sind Platzbesetzungen geplant. Die GRÜNEN gaben bekannt, daß sie, "wann immer sie Lust haben, gegen das Vermummungsverbot verstoßen werden".



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkenstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Ginter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler.
Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.